REISE WELT

Mittwoch, 21. August 1985 · D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 193 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bevölkerungsschwund: Die Zahl der Einwohner der Bundesrepublik wird nach einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamts von zur Zeit 56,7 Millionen in den nächsten 45 Jahren auf rund 41 Millionen zurückgehen, „wenn sich der Trend nicht wesentlich verändert". 1984 nahm die Bevölkerungszahl wiederum um nahezu 250 000 gegenüber dem Vorjahr ab.

Tarife: Als erste der großen DGB-Gewerkschaften will die ÖTV am 14. November die Lohnforderung für die Tarifrunde 1986 festlegen.

Bilanz: Auf die große Bedeutung öffentlicher Darstellung von Fällen von Menschenrechtsverletzungen und Ausreisewünschen in der „DDR" wiesen in Berlin die Arbeitsgemeinschaft 13. August und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte hin. Dadurch sei fast ausnahmslos eine schnelle Bearbeitung von Ausreiseanträgen begünstigt worden, hieß es. (S. 4)

Neuer Anschlag: Mindestens 40 Menschen wurden getötet und 100 verletzt, als gestern in einer Menschenmenge in der libanesischen Hafenstadt Tripoli eine schwere Autobombe detonierte.

Absage: Die UdSSR hat überraschend ihre Teilnahme an dem diesjährigen Treffen von Erice (Sizilien) abgesagt, wo Spitzenwissenschaftler aus Ost und West seit Jahren über Atomwaffen und die Gefahren eines nuklearen Krieges diskutieren. Anlaß war offenbar das mysteriöse Verschwinden eines sowjetischen Wissenschaftlers und eines Sicherheitsbeamten der Sowjetbotschaft in Rom. (S. 8)

Überwachung: Die staatliche britische Rundfunk- und Fernsehanstalt BBC hat bestätigt, daß ihr Personal vom Geheimdienst MI5 überwacht wird. Das System der Sicherheitsüberprüfung sei bereits 1937 eingeführt worden. (S. 3)

Iran: Staatspräsident Khamenei ist bei den Wahlen in seinem Amt bestätigt worden. Er erhielt rund 85 Prozent der mehr als 14 Millionen gültigen Stimmen. (S. 5)

Südafrika: Kritik an der Weigerung des schwarzen anglikanischen Bischofs Tutu, an dem Treffen von Präsident Botha mit Vertretern der christlichen Kirchen teilzunehmen, übte die amerikanische Regierung. Es sei dringend erforderlich, daß alle Südafrikaner sich zusammensetzen und für eine bessere Zukunft Südafrikas arbeiten. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



» Wenn der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung beträchtlich über dem in den kommunistischen Staaten liegt, kann nur Böswilligkeit behaupten, die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik sei kapitalistische Ausbeutung «

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, auf einer Tagung im Institut der deutschen Wirtschaft in Köln FOTO: LOTHAR KUCHARTZ

WIRTSCHAFT

US-Zinsen: In Amerika wächst der Druck auf das Kreditgewerbe, die Zinsspannen zu reduzieren. Unter anderem wird den Banken vorgeworfen, sich nach dem Reinfall in Lateinamerika und den vielen faulen Farm-, Energie- und Schiffsbaukrediten auf Kosten der kleinen Kreditnehmer sanieren zu wollen. (S. 9)

Werbung: Der Kampf um Käufer und Abonnenten am Markt der Publikumszeitschriften wird mit immer härteren Bandagen geführt, beklagt der Deutsche Werberat. Unwillen beim Verbraucher erregten vor allem Verletzungen religiöser Gefühle und der Würde der Frau. (S. 9)

Firmenpleiten: Insgesamt 9377 Insolvenzen wurden im ersten Halbjahr 1985 in der Bundesrepublik registriert, fast zwölf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Am stärksten betroffen waren der Dienstleistungsbereich, das Baugewerbe, der Handel und das verarbeitende Gewerbe.

Börse: Die Kurse an den Aktienmärkten konnten sich teilweise erholen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 198,37 (197,06). BHF-Rentenindex 104,942 (104,824). Performance Index 106,826 (106,676). Dollarmittelkurs 2,7652 (2,7647) Mark. Goldpreis pro Feinunze 334,15 (340,90) Dollar.

KULTUR

Germanisten: Erstmals seit Kriegsende findet der Weltkongreß der Germanisten wieder in Deutschland statt. Zu der Veranstaltung vom 25. bis 31. August in Göttingen werden rund 1200 Wissenschaftler erwartet. Die WELT sprach mit Kongreßleiter Albrecht Schöne über Entwicklungen, Tendenzen und Aufgaben der Germanistik. (S. 17)

Otto Dix: Die bislang umfangreichste Retrospektive des 1969 verstorbenen deutschen Malers, darunter unbekannte oder erstmals im Westen gezeigte Werke, ist vom Freitag an im Museum Villa Stuck in München zu sehen. Die Ausstellung umfaßt 474 Exponate aus Kanada, den USA, Frankreich, Italien, der Schweiz, der „DDR" und der Bundesrepublik.

SPORT

Tennis: Boris Becker hat sich nach seiner Niederlage von Kitzbühel wieder gefangen. Das erste Spiel beim Turnier in Cincinnati gewann der Wimbledonsieger souverän. (S. 16)

Moderner Fünfkampf: Nach dem Fechten, der zweiten Disziplin, rückte die deutsche Mannschaft bei der Weltmeisterschaft in Melbourne auf den zehnten Platz vor. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Entwicklungshilfe: Als „Friedens- und Facharbeiter in Uniform" sind Bundeswehrsoldaten weltweit begehrt. Sie sind schon in 24 Ländern tätig. (S. 18)

Bedauern: Der Staatssekretär im Stuttgarter Innenministerium, Ruder, hat den gegenüber dem Polizisten Gianoncelli erhobenen Verdacht in Verbindung mit drei Morden im Großraum Ludwigsburg/Heilbronn „zutiefst" bedauert. Es tue ihm leid, „was dem jungen Mann gegenüber geschehen" sei. (S. 18)

Wetter: Meist bewölkt, zeitweise Regen. Im Süden sonnig. 20 bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Papst und Hassan überwinden Gegensätze ihrer Religionen

Johannes Paul II. spricht vom „einzigen Gott der Christen und Mohammedaner"

ROLF GÖRTZ, Casablanca

Während in Libanon eine christliche Minderheit verzweifelt um ihr Überleben kämpfen muß, betet Papst Johannes Paul II. in Marokko vor 60 000 Moslems zum „einzigen Gott der Christen und Mohammedaner um dauerhafte Brüderschaft unter den Nationen". Ein historisches Ereignis: Nach einem Jahrhunderte währenden, teilweise offenen Kampf zwischen Christen und Moslems erinnern zwei hohe Vertreter ihres Glauben, der Papst und König Hassan von Marokko, an die gemeinsamen Werte des Geistes und menschlicher Würde als Basis für ein friedliches Zusammenleben.

Zusammen mit dem König von Marokko und Obersten Priester seines Landes fährt der Bischof von Rom durch eine Hunderttausende zählende jubelnde Menge von Moslems. Der Papst folgte einer Einladung des Königs, der ihn in Rom um diesen Besuch gebeten hatte.

Eindringlich, von lebhaften Gesten unterstrichen, trug Hassan seinem Gast jetzt im Königlichen Palast von Casablanca seine Vorstellung von der Befriedung eines der gefährlichsten Brennpunkte, des Nahen Ostens, vor. Ausführlich unterrichtete der Alouiten-Herrscher den Papst über die politischen Strömungen im arabisch-islamischen Lager, so, wie er sie bei der letzten arabischen Gipfelkonferenz im gleichen Raum vor zwei Wochen zusammenfassen konnte. Der Papstbesuch muß in diesem Zusammenhang gesehen werden; er hat kaum etwas mit seiner Missionsreise durch Afrika zu tun.

SEITE 2:
Päpstlicher Regenbogen

„Wir Christen und Mohammedaner haben vieles gemeinsam als Gläubige und als Menschen", sagte Papst Johannes Paul II. eine Stunde später im bis zum letzten Platz gefüllten Olympia-Stadion von Casablanca vor den Teilnehmern der arabischen Jugendwettkämpfe und etwa 50 000 moslemischen Zuschauern. Er faßte die heißen Eisen der politischen und religiösen Konflikte der Zeit an, indem er den Marokkanern für ihre „traditionelle Toleranz" dankte: „In diesem islamischen Land gab es immer auch Juden und fast immer auch Christen. Ihr jungen Marokkaner seid vorbereitet, als Bürger der Welt von morgen mit allen jungen Menschen auf Bruderschaft zu hoffen." An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß König Hassan das Symposion über den jüdischen Gelehrten Maimonides im März dieses Jahres aus Gründen einer langfristigen Annäherung an Israel abhalten ließ.

Krieg und Gewalt hätten immer nur Unschuldige zu zahlen. „Ihr werdet euch", so der Papst, „gegen die Eskalierung der Waffen wehren. Aber das bedeutet nicht den Frieden um jeden Preis. Der Frieden muß mit der Gerechtigkeit einhergehen."

Weit mehr als das heutige Christentum ist der Islam als Lebenslehre mit der Politik, auch der Tagespolitik, verbunden. Islamisten sehen in diesem Zusammenhang von Religion und Politik einen der Hauptgründe dafür, daß sich selbst sozialistische Länder Arabiens dem Kern der mar-

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Griff zum Hörer

PETER GILLIES

Jener unscheinbare und neuerdings auch popfarbene Apparat, der immer zur Unzeit läutet, hat die Welt verändert. Rund um den Globus sind mehr als eine halbe Milliarde Exemplare registriert; jeder Deutsche greift im Jahr 410 mal zum Hörer, jeder Amerikaner 1600 mal jährlich, um die kleinen und großen Nachrichten über kleine oder große Entfernungen zu transportieren. Das Telefon, dem Kulturpessimisten oft so Schreckliches nachsagen, ist Wirtschaftsfaktor, Motor des kommunikativen Fortschritts, vor allem aber ein Stück menschlicher Begegnung.

An der Telefondichte eines Landes lesen die Ökonomen dessen Lebensstandard ab, an seiner Fortentwicklung die Innovationsfreude einer Volkswirtschaft. Hier haben die Deutschen gewiß einiges aufzuholen; denn das Fernmeldemonopol marschiert bei uns – trotz hoher Gebühren – keineswegs an der Spitze des technischen Fortschritts. Aber dieser Fernmeldeapparat, auf den kaum jemand verzichten mag, übertrifft den Gebrauchsnutzen von Konsumüblichkeiten bei weitem.

Es sind nicht nur die alltäglichen Gespräche zwischen Freunden, Bekannten oder Kollegen, nicht nur die Bestellung beim Versandhaus, der Glückwunsch an die Tante in Hongkong oder die vermeintliche nutzlose Plauderei zweier Klatschbasen, die das Telefon so nützlich machen. Wirtschaft und Warenaustausch bedürfen der raschen Information, die in Gedankenschnelle via Satellit um die Erde fliegt, Seelsorger spenden Trost per Telefon, Einsamen ist der Apparat oft die letzte Verbindung zur Umwelt.

Das Telefon ist zum Zentralnervensystem moderner Staatswesen geworden, verfeinert durch drahtlose Funkdienste vom Auto bis zum Notarzt, ergänzt um viele Fernmeldedienste von Telefax bis Bildschirmtext und Dienstleistungen. Der Einsatz von Rechnern, Glasfasern und technischer Intelligenz kann für eine Wirtschaft und ihre Menschen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Mancherorts gilt es als schick, das Telefon als Objekt des Verdrusses einzustufen, nicht etwa deswegen, weil es immer läutet, wenn man gerade duscht, sondern weil sich dieser maschinelle Diener bereits zum Herren über den Menschen erhoben habe. Statt einen wohlgesetzten Brief zu schreiben, greife man rasch zum Hörer, eine kommunikative Verarmung und keineswegs eine Bereicherung, die Menschen näherbringe. Diese düstere Betrachtungsweise wird in Wahrheit jedoch milliardenfach widerlegt – durch jeden Griff zum Hörer. Eigentlich darf man sich hin und wieder von dieser Faszination des Alltäglichen gefangennehmen lassen.

Als „Agenten-Führerin" verdächtigt

Frau Richter wurde schon seit längerer Zeit beobachtet / Einschleusung nach bekanntem Muster

hey./gba./ub. Bonn

Bei der untergetauchten Buchhalterin des Bundes des Vertriebenen (BdV), Ursula Richter (52), handelt es sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden um eine Agentenführerin des Ostberliner Staatssicherheitsdienstes. Im Gegensatz zu der ebenfalls gesuchten früheren Sekretärin Sonja Lüneburg (60) hat sich Frau Richter nicht erst durch ihr Verschwinden verdächtig gemacht: Gegen sie bestand schon seit geraumer Zeit Spionageverdacht. In beiden Fällen scheint es sich aber um die gleiche Art der „Einschleusung" gehandelt zu haben. Während Frau Lüneburg offenbar nach einem Identitätstausch im französischen Colmar in die Bundesrepublik Deutschland kam, ist von Frau Richter bekannt, daß sie den Namen einer in die „DDR" übergesiedelten Frau für die Einreise über Kanada benutzt hatte.

Staatsschutzexperten wollten gestern nicht ausschließen, daß sich aus Furcht vor Entdeckung noch weitere Ostagenten abgesetzt haben. Möglicherweise werde deren Verschwinden erst nach Ende der Urlaubszeit entdeckt werden. Für diese Einschätzung spricht auch, daß Frau Richter für eine „Residentin" des „DDR"-Geheimdienstes gehalten wird. Allerdings wird nach WELT-Informationen praktisch ausgeschlossen, daß sie mit Frau Lüneburg zusammengearbeitet hatte. Wäre sie der Führungsoffizier der Bangemann-Sekretärin gewesen, hätte sie nach deren Verschwinden mit dem eigenen Untertauchen nicht zwei Wochen gewartet. Im übrigen sind Agenten, die nicht miteinander arbeiten, voneinander abgeschottet.

Die kriminaltechnischen Untersuchungen von Fotos und Schriftprobe im Fall Lüneburg dauerten gestern noch an. Durch genaue Vermessungen einzelner Gesichtspartien auf Originalfotos soll eindeutig festgestellt werden, ob die bis 1966 in Berlin lebende Sonja Lüneburg mit der jetzt Verschwundenen identisch ist.

SEITE 8:
Wo das MfS einschleust

Die über Kanada eingeschleuste Frau Richter hatte zunächst bei der katholischen Presseagentur KNA gearbeitet. Die letzten zwölf Jahre war sie dann beim BdV in der Buchhaltung, bis sie am Wochenende sich zu einem einwöchigen Urlaub abmeldete. Meldungen, nach denen die beinamputierte, zuckerkranke Frau sich in eine Hamburger Spezialklinik begeben hätte, wurden gestern von der Bundesanwaltschaft eindeutig dementiert. Aber anders als bei Sonja Lüneburg, gegen die erst aufgrund einer Vermißtenmeldung ihres Ministeriums Ermittlungen aufgenommen worden waren, bestand gegen sie schon vorher Spionageverdacht. Zu ihrem Untertauchen hat möglicherweise geführt, daß die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland seit geraumer Zeit wieder verstärkt sogenannte Einschleusungsfälle untersuchen.

Wie die WELT erfuhr, hatte Ursula Richter tatsächlich eine Bekannte in Hamburg. Mit ihr hatte sie nach kurzfristigen Absprachen wiederholt Camping-Ferien in der Lüneburger Heide gemacht. Am vergangenen Wochenende hatte es allerdings keine Vereinbarung gegeben.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Gerhard Jahn, forderte gestern eine umfassende Information des Innenausschusses und der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) über die beiden Spionagefälle. Er schloß auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht aus. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Paul Laufs, kritisierte, daß SPD-Innenminister durch übertriebenen Datenschutz die Arbeit des Verfassungsschutzes behindern würden.

Amerikanisches Fernsehen feilscht wieder um Olympia

Spiele in Seoul sollen eine halbe Milliarde Dollar kosten

FRITZ WIRTH, Washington

In den Chefetagen der drei großen amerikanischen Fernsehgesellschaften ABC, CBS und NBC wird im Augenblick eine Frage diskutiert, die den legendären Baron de Coubertin, den Wiederbegründer der Olympischen Spiele, in hellen Zorn versetzt hätte: „Wieviel Millionen Dollar ist Olympia wert?"

Während sie über diese Frage noch grübeln, hat ein Mann namens Barry Frank bereits eine sehr feste Vorstellung von diesem Preis. Er rechnet mit einer halben Milliarde Dollar, rund 1,4 Milliarden Mark. Soviel sollen die Fernsehübertragungsrechte für die Olympischen Sommerspiele in Seoul im Jahre 1988 kosten.

Barry Frank ist von den koreanischen Organisatoren und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zum Chefverkäufer dieser Rechte gemacht worden. Am 12. September soll in Lausanne das große Ramschen beginnen. Die Summe, um die es dabei geht, bereitet nicht nur den drei potentiellen Käufern aus den USA Kopfzerbrechen, sie muß auch bei jenen, die die Fernsehrechte der Olympischen Spiele 1972 in München an die amerikanischen TV-Menschen verkauften, schmerzliche Erinnerungen wecken. Die Münchener Rechte gingen damals für 7,5 Millionen Dollar an ABC – ein Spottpreis aus heutiger Sicht. Andererseits, zum Trost für die Münchener Unterhändler: Die Olympischen Spiele 1960 in Rom gingen seinerzeit für lächerliche 400 000 Dollar an die Gesellschaft CBS.

Das große Feilschen um Olympia spielt sich für die amerikanischen Fernsehmogule inzwischen nach einem festen Muster ab: Sie sprechen empört und entrüstet vom untragbar gewordenen Olympia-Wucher, wenn sie von den einst sehr geldscheuen und eigentlich sehr idealistischen Olympia-Herren zur Kasse gebeten werden, und verweisen vier Jahre später, wenn die neuen Preise verlangt werden, voller Wehmut auf die letzte Summe. Bereits heute spricht man ganz offen darüber, daß bei den übernächsten Spielen 1992 die Traumgrenze von einer Milliarde Dollar überschritten wird.

Vor vier Jahren nannte man die 225 Millionen Dollar, die ABC für die Spiele in Los Angeles bezahlte, das absolute Limit. Mit dieser Summe, so argumentierte sogar die Konkurrenz von ABC, sei mit absoluter Sicherheit kein Gewinn mehr zu machen. Sie irrten. ABC machte so große Profite mit seinen Werbespots in 140 Olympia-Stunden, daß die Gesellschaft für die Olympischen Winterspiele 1988 im kanadischen Calgary die Rekordsumme von 309 Millionen Dollar bezahlte.

Was die von den Olympia-Herren in Seoul und Lausanne angestrebte Summe von einer halben Milliarde Dollar so schmerzhaft macht: Seoul wird für die Amerikaner mit hoher Sicherheit lange nicht die gleiche Goldschwemme bringen, wie sie Los Angeles den USA mit insgesamt 83 Olympia-Siegen bescherte, denn es ist damit zu rechnen, daß der Ostblock, der die Spiele 1984 weitgehend boykottierte, dieses Mal wieder mit dabeisein wird. Außerdem ist der

● Fortsetzung Seite 8

Anzahl der Beschäftigten stieg 1984 an

DW. Nürnberg

Trotz leichten Anwachsens der Arbeitslosigkeit hat 1984 die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik zugenommen. Nach einer gestern von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Statistik gab es Ende Dezember 1984 im Vergleich zum Vorjahr 168 000 (0,8 Prozent) mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Die Beschäftigungszahl für Deutsche stieg dabei um 256 000 (1,4 Prozent), während die der Ausländer um 88 000 (5,4 Prozent) sank. Insgesamt erreichte die Beschäftigung damit einen Stand von 20 232 000. Im Jahresdurchschnitt waren 1984 – bei einer unveränderten Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent – 7000 Menschen mehr arbeitslos als 1983.

Israelischer Diplomat in Kairo ermordet

DW. Kairo

Ein israelischer Diplomat ist gestern in Kairo von unbekannten Terroristen ermordet worden. Zwei weibliche Botschaftsangehörige wurden verletzt. Nach Angaben der israelischen Botschaft schossen die Attentäter im Kairoer Vorort Maadi aus einem roten Fiat 127 auf den Volkswagen des erst seit kurzem in Kairo tätigen Verwaltungsattachés. Sie konnten unerkannt flüchten. Das ägyptische Außenministerium verurteilte das Attentat und erklärte, die ägyptischen Behörden würden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Täter zu finden. Die 1979 aufgenommenen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten befinden sich derzeit in einer Phase der Verbesserung.

Kredite sind billiger geworden

cd. Frankfurt

Die Zinsen für Überziehungs- und Ratenkredite an Privatkunden sinken auf breiter Front um 0,7 bis ein Prozent. Nach den gestrigen Beschlüssen großer Banken und Sparkassen verbilligen sich Überziehungskredite im Schnitt um 0,75 Prozentpunkte. Sie kosten 9,25 bis 9,75 Prozent. Die Zinsen für Ratenkredite unter 10 000 Mark bei fünfjähriger Laufzeit werden von der Deutschen Bank von 11,26 auf 10,16 Prozent zurückgenommen, von den beiden anderen Großbanken von 11,08 auf 10,41 Prozent und von den Sparkassen um 0,75 Prozentpunkte auf 9,28 bis 9,51 Prozent. Die Sparzinsen bleiben vorerst unverändert.

Seite 9: Auf breiter Front

Wo sich 50 000 Leute ein Telefon teilen

DIETER THIERBACH, Bonn

Der Telefonboom hält unvermindert an: Insgesamt wurden Anfang 1984 auf unserem Globus 576 Millionen Telefonapparate registriert. Das sind 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Sprechstellendichte weltweit von neun auf zwölf Sprechstellen pro 100 Einwohner erhöht.

Etwa 1600 Mal pro Jahr greift – statistisch betrachtet – jeder Einwohner der USA zum Telefon, also mehr als viermal am Tag. Mit diesem Wert liegen die Vereinigten Staaten an der Spitze aller Länder. Insgesamt wurden die Telefonhörer in den USA über 380 Milliarden Mal abgehoben, um ein Orts- oder Ferngespräch zu führen. In Kanada wurden rund 29 Milliarden, in der Bundesrepublik Deutschland 25, in Großbritannien 22 und in Italien 15 Milliarden Gespräche geführt.

In detektivischer Kleinarbeit werden seit mittlerweile 19 Jahren diese Zahlen in einer „Internationalen Fernsprechstatistik" von der Siemens AG zusammengetragen und veröffentlicht. Die Landesvertretungen verschicken zu diesem Zweck Fragebögen an die Postgesellschaften in aller Welt. „Ein mühsames Geschäft für einen kleinen Kreis von Interessenten", meinte ein Siemens-Sprecher zur WELT. Vor allem Telefongesellschaften und Fernmeldeverwaltungen warten auf die neuen Zahlen. Aber auch Schulen und Hochschulen dient die in einer Auflage von einigen tausend Exemplaren erscheinende kompakte Statistik als Arbeitsmaterial.

Die Rückschlüsse aus dem Zahlenwirrwarr sind vielfältig: Bezogen auf die Bevölkerung ist abzulesen, daß jeder Kanadier knapp 1200 und jeder Däne 690 Mal pro Jahr telefoniert. Ein Australier führt durchschnittlich 464 Gespräche; in Großbritannien und hierzulande sind es rund 410 Gespräche pro Einwohner, in Italien 280 und in der „DDR" 125.

In Japan teilen sich – so eröffnet die Statistik – 128 Einwohner eine öffentliche Telefonzelle, während in der Bundesrepublik Deutschland noch mehr als 380 Einwohner mit einem öffentlichen Fernsprecher auskommen müssen. In Indonesien „entfallen" sogar 50 000 Menschen auf eine einzige Telefonzelle.

Erstaunliche Unterschiede in der Dichte öffentlicher Fernsprecher gibt es auch innerhalb Europas. So begnügen sich die Niederländer mit einer Telefonzelle pro 1667 Einwohner, während in Italien 138 Menschen ein öffentlicher Fernsprecher zur Verfügung steht.

Bei den Sprechstellen-Zahlen hat Schweden fast den statistischen Idealwert von einer Sprechstelle pro Einwohner erreicht (exakt: 0,89). In den USA und der Schweiz gibt es rund 80 Telefone je 100 Einwohner, in Dänemark 74, in Norwegen 58, in den Niederlanden 57, in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland 57 (Vorjahr 51), in Japan 54 und in Großbritannien 52 je 100 Einwohner.

Opposition fordert Rücktritt von Premierminister Fabius

Mitterrand wartet noch den Untersuchungsbericht ab

DW. Paris

In der Diskussion um die mutmaßliche Verwicklung des französischen Geheimdienstes DGSE in den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior" der Umweltschutzorganisation „Greenpeace" hat die liberal-konservative Opposition in Frankreich jetzt ihre bisherige Zurückhaltung aufgegeben und die sozialistische Regierung direkt angegriffen. Der Fraktionsvorsitzende der neo-gaullistischen RPR im Senat, Charles Pasqua, und sein Parteifreund Yvon Bourges, ehemaliger Verteidigungsminister, forderten den Rücktritt von Premierminister Laurent Fabius.

Wenn der Geheimdienst mit der Sache zu tun habe, sei „Fabius der Verantwortliche", betonte Bourges im Senat. Pasqua forderte Fabius auf, selbst die Verantwortung zu übernehmen und nicht Verteidigungsminister Charles Hernu als „Sündenbock" vorzuschicken.

Über einen möglichen Rücktritt Hernus wird in den französischen Medien seit Tagen spekuliert. Der Minister selbst erklärte gestern gegenüber Journalisten, er habe „niemals an Rücktritt gedacht". Auf die Frage, ob er die Aktionen gegen Greenpeace für gerechtfertigt halte, sagte Hernu, diese sei „nicht meine Meinung, denn wir leben in einer Demokratie". Er fügte hinzu, der Verteidigungsminister „nimmt seine Verantwortung wahr und wird sie weiter wahrnehmen".

Staatspräsident François Mitterrand, der bisher von Angriffen verschont blieb, und Premierminister Fabius haben zu der Affäre bislang nicht Stellung genommen. Sie wollen den für morgen angekündigten Untersuchungsbericht abwarten.

Unterdessen haben „dem DGSE nahestehende Kreise" über die französischen Medien die These verbreitet, sämtliche in Neuseeland eingesetzten Agenten des Geheimdienstes hätten die „Rainbow Warrior" im Hinblick auf geplante Protestaktionen gegen die französischen Atomtests im Pazifik zwar überwachen sollen, aber nichts mit dem Attentat zu tun gehabt, bei dem am 10. Juli im neuseeländischen Hafen Auckland ein portugiesischer Fotograf ums Leben kam.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Langer Prager Winter

Von Carl Gustaf Ströhm

Siebzehn Jahre sind seit dem 21. August 1968 vergangen – dem Tag, als die Sowjetarmee, formell unterstützt von den Streitkräften der Länder des Warschauer Pakts (außer Rumänien), in die Tschechoslowakei einmarschierte und dort dem „Prager Frühling" ein gewaltsames Ende bereitete. Aus diesem Anlaß hat die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" an die Sowjets den Appell gerichtet, ihre Truppen in der CSSR zu vermindern, um zur Überwindung der Teilung Europas in Militärblöcke beizutragen.

So mutig und im Prinzip richtig die Forderungen der Bürgerrechtler sind – drei von ihnen, darunter der Schriftsteller Vaclav Havel, wurden kurz vor dem Einmarsch-Jahrestag festgenommen –, so wenig Aussicht besteht auf Erfüllung dieser Wünsche. Die sowjetische Besatzungsmacht hat sich in der Tschechoslowakei einzementiert. Mit mehr als 80 000 Mann. Die gegenwärtige Prager Führung aber hat jetzt jene Rolle des „sowjetischen Musterschülers" übernommen, die früher einmal von der „DDR" gespielt wurde.

Auch unter Gorbatschow klammert sich der Kreml an seine Herrschaftspositionen in Mitteleuropa. Seit Polen von inneren Spannungen heimgesucht wird, seit die „DDR" und Ungarn sich dem Verdacht allzu großer Eigenständigkeit aussetzen, bleibt den Sowjets nur noch Prag als „zuverlässige" Bastion. Hier in Böhmen, Mähren und der Slowakei scheint alles ruhig zu sein. Die Bevölkerung hat sich nach der enttäuschenden Niederwerfung der Reformbewegung Dubçeks in ihr Privatleben zurückgezogen. Die Hoffnungen, es könne jemals wieder anders kommen, sind geschwunden. Was bleibt, sind Routine und Apathie.

Das aber ist für ein Herrschaftssystem auf die Dauer eine sehr schmale Basis. Die großen Fragen, die in der Tschechoslowakei 1968 so lebhaft diskutiert wurden, sind bis heute nicht beantwortet. Die Sowjets mögen die Ruhe von Prag genießen. Aber daß sie in den Tschechen und Slowaken wirkliche Freunde haben, werden selbst die Kühnsten im Kreml nicht ernsthaft behaupten wollen.

Zensur-Kompetenz

Von Detlev Ahlers

In Anerkennung der Bedeutung der Verbreitung von Informationen aus den anderen Teilnehmerstaaten" haben sich die KSZE-Staaten zum Ziel gesetzt, „die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern". Gezeichnet: Honecker, gegeben zu Helsinki 1975. Zehn Jahre später, der Jubiläumssekt ist gerade hinuntergespült, sitzen zwei junge Engländer in Ost-Berlin im Gefängnis. Sie sind am 1. August in Frankfurt an der Oder festgenommen worden, weil sie im Besitze von „Schriften gegen den sozialistischen Staat und subversiver Literatur" waren, wie die „DDR"-Behörden dem Londoner Außenministerium mitteilten. Die beiden Briten waren auf der Durchreise zu Verwandten nach Polen.

Die „DDR" nimmt den Vorgang „sehr ernst", wurde London bedeutet. Das britische Ministerium hingegen vermutet, daß den beiden Einundzwanzig- und Zweiundzwanzigjährigen nicht bewußt war, daß die Schriften vom Ostblock als „diffamierend" interpretiert würden.

Über den genauen Inhalt schweigen sich beide Seiten aus, vermutlich bis zur Abwicklung der Angelegenheit; ein britischer Konsul durfte die zwei inzwischen besuchen. Bei der Festnahme kann es sich einfach nur um einen Schuß vor den Bug des Außenministers Howe handeln, der sich durch sein westlich-selbstbewußtes Auftreten im April in Ost-Berlin und in Prag (wo einer seiner Mitarbeiter den Aufpassern beim Abendessen entwischte und Dissidenten traf) keine Freunde gemacht hat.

Doch zurück zu Helsinki. Wer dort von „freierer Information" liest, sollte auch das „Kleingedruckte" lesen. Denn zugesichert wird von den Unterzeichnerstaaten nur, daß sie „auf ihrem Territorium die Verbesserung der Verbreitung" von Veröffentlichungen „erleichtern" und „kompetente Firmen und Organisationen ermutigen, Abkommen und Verträge zu schließen, die auf eine schrittweise Erhöhung der Menge" von Information gerichtet sind.

Diese Firmen sind im Osten staatlich. Es handelt sich also nicht um freien Fluß von Informationen, sondern nur darum, daß der Osten zugesteht, alles hereinzulassen, was seine „kompetenten" Zensurbehörden für ungefährlich halten. Nicht nur die beiden jungen Briten müssen das begreifen.

Ausländer raus!

Von Peter M. Ranke

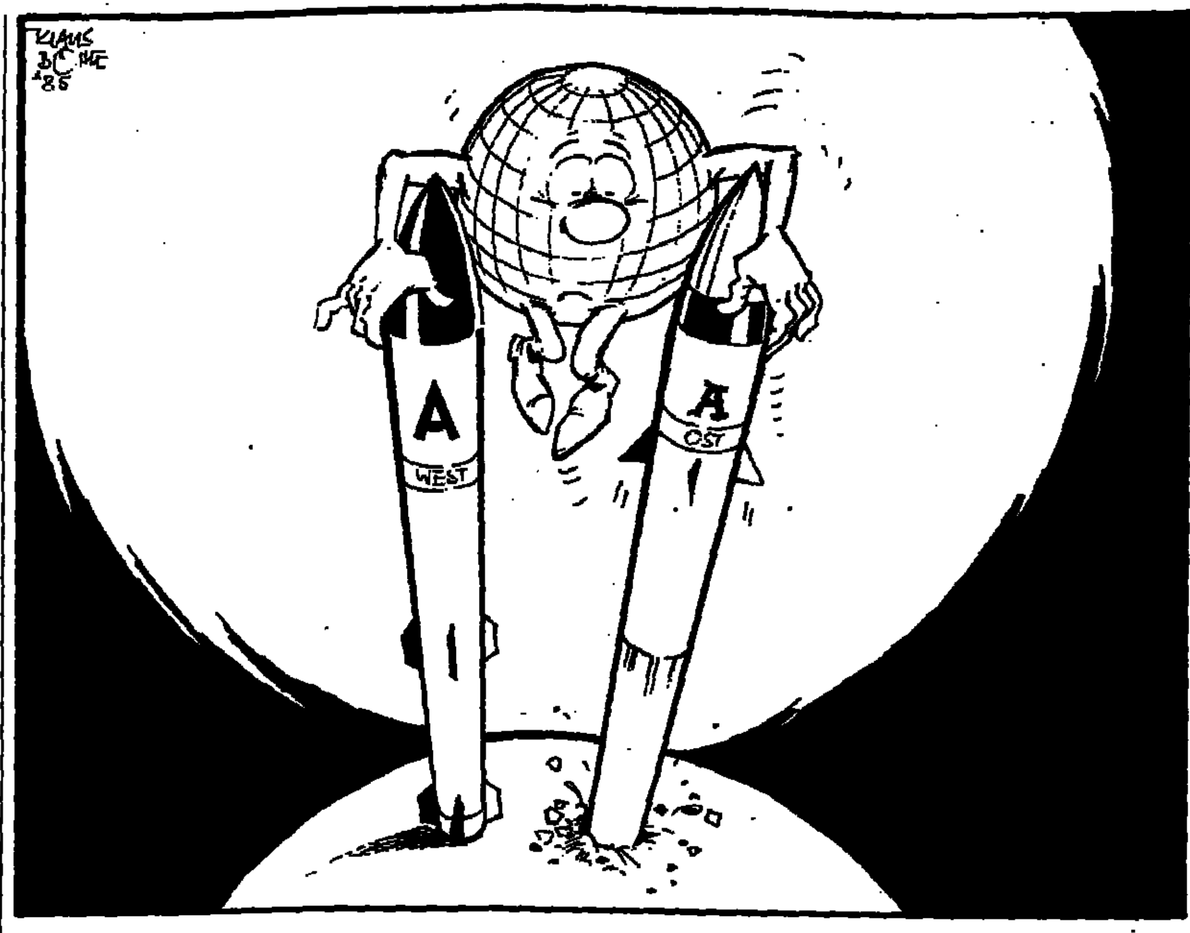
Niemals in der Neuzeit ist Ägypten vom Westen her, von der großen Wüste aus, erobert worden. Auch Rommel kam nur bis El Alamein. Der Mann, der heute gern das Nilbecken in den Griff bekäme und in Kairo herrschen will, der Libyer Muammar el Khadhafi, bedient sich daher subtiler Methoden, nicht der militärischen Auseinandersetzung.

Jetzt, da Khadhafi in Sudan Fuß fassen konnte und seine Stellung in Khartum ausbaut, hat er den Wirtschaftskrieg gegen Ägypten und andere arabische Länder eröffnet, die er als seine Feinde betrachtet. In demütigender Weise läßt er Tausende von ägyptischen, tunesischen und mauretanischen Gastarbeitern an die Grenzen schaffen und schickt sie dann zu Fuß hinüber. Nur die Annahme der libyschen Staatsbürgerschaft kann sie vor der Deportation retten.

Diese Aktion wird begründet mit der Wirtschaftskrise im einst steinreichen Ölstaat, in dem bald das Brot rationiert werden soll. Deswegen werden jetzt auch die Überweisungen der verbleibenden Gastarbeiter an ihre Familien besteuert und auf 300 Dollar im Jahr begrenzt. Wer ausgewiesen werden soll, kommt zunächst ins Lager, wo die Polizei den Deportierten alles Ersparte und alles in Libyen Erworbene abnimmt.

Das ist Räuberei, einem Wüstenkrieger wie Khadhafi angemessen. Doch sein Hauptbeweggrund ist: Er will das Elend in Ägypten, Tunesien und Mauretanien schüren, wo es nicht genug Arbeit gibt. Über soziale und politische Unruhen sollen die gegnerischen Regime gestürzt werden, denn Khadhafi will selbst in den Abdin-Palast von Kairo einziehen, als Herrscher und „Befreier" Nordafrikas.

Auch aus anderen arabischen Öl-Staaten kehren Gastarbeiter nach Ägypten zurück, was die Lage am Nil noch erschwert. Die Ägypter werden weiterhin die Gegner Khadhafis unterstützen und Libyen zu isolieren suchen. Dabei sollte man ihnen helfen. Das Band zwischen Tripolis und Kairo ist zerschnitten. Und es mag sehr wohl eine Warnung für Khadhafi sein, daß Libyen auch in jüngster Geschichte vom Osten her, von Ägypten aus, erobert worden ist. Montgomery kam bis Tripolis.



Gleichgewichtsprobleme KLAUS BÖHLE

Päpstlicher Regenbogen

Von Heinz Barth

Zwei Männer in Weiß umarmten sich auf dem Rollfeld des Flughafens von Casablanca. Der Papst begegnete König Hassan von Marokko, der den Pariser Maßanzug mit der Dschellaba eines Nachfahren des Propheten und geistlichen Oberhauptes der Moslems seines Landes vertauscht hatte, um zu demonstrieren, daß hier ein Treffen zwischen den religiösen Autoritäten zweier großer monotheistischer Bekenntnisse stattfand.

Seelsorgerisch standen bei der zwölftägigen Afrika-Tournee, die hinter Johannes Paul II. liegt, seine Besuche in den schwarzafrikanischen Staaten im Vordergrund. Weltpolitisch hingegen war die erste Visite, die einen Papst jemals in ein fast rein islamisches Land führte, von weit größerer Bedeutung. Es war mehr als eine Geste, der er sich nicht entziehen konnte, daß er, nachdem er auf siebenundzwanzig Reisen durch die Kontinente den Boden vieler Länder geküßt hatte, auch mit Marokko keine Ausnahme machte.

Hier, wo der intensive Religionseifer der arabischen Völker einen relativ toleranten Ausdruck findet, forderte der Papst die marokkanische Jugend auf, „in einer säkularisierten und manchmal sogar atheistischen Welt" den Glauben an Gott zu bezeugen. Das war ein Wort, bedeutsamer als alles, was der Papst und König Hassan an schwer realisierbaren Hoffnungen über eine Zukunft Jerusalems besprochen haben mögen, in der sich Christentum, Judentum und Islam versöhnlich begegnen könnten.

Ganz offensichtlich ging es Johannes Paul II. in Casablanca um mehr – darzutun, daß für alle Religionen, die nicht ins Sektierertum entgleist sind, die Zeit einer gemeinsamen Defensive gegen den Ungeist gekommen ist, der das Gift von Häme, Zynismus und menschenverachtender Brutalität in die Herzen der Völker gießt. Fast meint man schon, hinter der Behutsamkeit, mit der sich der Papst bei solchen Anlässen ausdrücken muß, das „Grand Design" einer Kooperation zwischen den großen Konfessionen durchscheinen zu sehen, denen der Zugang zu den Massen noch offensteht.

Ein solches Wagnis bedarf erklärlicherweise der Kompensation durch die konfessionelle Dogmatik. Seit dem Sieg von Lepanto ist kein Führer des Christentums dem Islam weiter entgegengekommen. Seit der Befreiung Wiens von der türkischen Belagerung hat es kein Papst riskiert, so bedingungslos die Liquidierung des mit religiösem Haß erfüllten Erbes der Jahrhunderte anzubieten und dem Islam die Hand zu einem Pakt gegenseitiger Duldsamkeit entgegenzustrecken. Die Fähigkeit, in universellen Größenordnungen zu denken, die dem Vatikan in seiner Phase der Anpassung an die soziologischen Strömungen verloren zu gehen schien, ist diesem Papst gewiß nicht abzusprechen.

Um so mehr mußte er wohl auf den schwarzafrikanischen Stationen seiner Reise bemüht sein, die Politik der Öffnung durch eine strenge Prinzipientreue in den Fragen der Geburtenkontrolle, der Einehe und des Antirassismus zu ergänzen. Seine Kritik an der Apartheid Südafrikas ließ an Nachdruck nichts zu wünschen übrig. Doch seine besondere Sorge galt der Verteidigung der Familie gegen die in einigen afrikanischen Frontstaaten dominierende Ideologie, die für den Staat und die Gesellschaft Vorrechte gegenüber der Religionsfreiheit und der persönlichen Freiheit beansprucht, die für die Kinder unverzichtbar sind. Nicht nur gegenüber dem Islam, auch im Verhältnis zu den Naturreligionen Schwarzafrikas hat diese Papstreise gezeigt, daß der missionarische Geist, der die Tätigkeit der katholischen Kirche unter dem Kolonialismus beseelte, überwunden ist. Er hat einem Geist der ökumenischen Werbung Platz gemacht. Die animistischen Religionsvorstellungen vieler afrikanischer Stämme, die auf der elementaren Unterscheidung zwischen Seele und Körper beruhen, bieten den universalistischen Integrationskräften des Katholizismus vielschichtige Ansatzpunkte.


Begrüßung des Papstes in Schwarzafrika FOTO: AFP

Johannes Paul II. glaubt erkannt zu haben, daß sich hier für die Kirche der Expansion ein weites Feld der Aktion auftut. Er hat Afrika auf dieser dritten Reise durch den Schwarzen Kontinent wohl nicht zum letzten Mal besucht. Schon bereitet man im Vatikan eine vierte Reise vor, die dem afrikanischen Süden, Sambia, Tansania und Mozambique, aber mit Sicherheit nicht dem Land der Apartheid gelten soll. Es ist nicht länger möglich, diesem Pontifikat eines kraftvollen Papstes, den die Zyniker als einen von Reisefieber geplagten „eiligen Vater" verspotten, eine motorische Energie abzusprechen, die von der Anpassungsmentalität des zweiten Vaticanums nicht mehr allzuviel übrig läßt.

Johannes Paul II. steht in der monolithischen Tradition der Kirchenväter, die nie den kämpferischen Einsatz in den Stunden der Glaubenskrisen scheuten. Sein eigentliches Operationsfeld sind nicht die Industriegesellschaften des Westens, die in der Sicht dieses polnischen Kirchenfürsten kein Ohr mehr für den Anruf der letzten Dinge haben. Wo es um sie geht, schreckt ihn ein Bund mit Andersgläubigen nicht, solange sie in einem überkonfessionellen Sinn Rechtgläubige sind. Afrikas Animisten verehren das Göttliche im Regenbogen. Vielfarbig wie dieser ist der Bogen der Evangelisierung, den Karol Wojtyla über die Kontinente spannt.

IM GESPRÄCH Charles Hernu

Der getreue Eckart

Von Heinz Weissenberger

Verteidigungsminister Charles Hernu gibt sich inmitten der Aufregung um die Affäre des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior" gelassen; er schweigt. Doch alle Blikke in Paris sind auf ihn gerichtet – wird er seinen Hut nehmen müssen?

Mit ihm verlöre die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Laurent Fabius einen ihrer wenigen wirklich populären Minister. Von Hernu hieß es sogar, er sei der einzige Minister, den die Opposition übernehmen könne, wenn sie im nächsten Jahr die Wahlen gewinnt.

Hernu (62), Sohn eines Gendarmen aus dem bretonischen Quimper, würde jedoch mit seiner Entlassung für einen Fehler bezahlen, für den er verantwortlich ist. Denn er war es, der 1981 den neuen Chef des französischen Geheimdienstes (Direction Générale de la Sécurité Extérieure) ernannte, den Air-France-Direktor Pierre Marion.

Dessen einzige Qualifikation für dieses Amt war, daß er bei seiner Tätigkeit für „Air France" rings um die Welt gelegentlich dem Geheimdienst Informationen zutrug. Hernu kannte Marion seit Jahren gut aus der gemeinsamen Freimaurerloge.

Marion säuberte den Geheimdienst gründlich von allen „Rechten" und zu proamerikanischen Elementen. Über hundert führende Köpfe der D.G.S.E. rollten. Resultat: Die Agenten und Informanten gingen in Deckung, die Quellen versiegten. Marion brachte den Geheimdienst derart durcheinander, daß er im November 1982 wieder abberufen und durch Admiral Pierre Lacoste ersetzt wurde. Doch die D.G.S.E. wird Jahre brauchen, um sich von der „Ära Marion" zu erholen.

Hernu ist bei der Armee beliebt wie nur wenige Verteidigungsminister vor ihm. Einst überzeugter Anti-Militarist, ist Hernu heute Fürsprecher der nuklearen Abschreckung, der Zusammenarbeit mit der NATO und der engen militärischen Kooperation mit der Bundesrepublik. Er war es, der die Schaffung der „rapiden Eingreifstreitmacht", die eventuell auf dem Boden der Bundesrepublik eingesetzt werden soll, durchsetzte.


Im Mittelpunkt der Greenpeace-Affäre: Hernu FOTO: WERNER SCHÜRING

Der im Grunde unkompliziert gebliebene bärtige Nichtraucher hat auch ein offenes Ohr für die einfachen Soldaten. Ständig taucht er, oft unangekündigt, bei Truppeneinheiten, auf Übungsplätzen, auf Flugfeldern oder Atom-U-Booten auf. Seine Vorstellung von modernem Wehrdienst legte er in einem Buch mit dem Titel „Der Bürger-Soldat" dar.

Privatleben hat er, seit er Minister wurde, kaum noch. Ehefrau Dominique und sein verheirateter Sohn bekommen ihn selbst an Festtagen nicht oft zu sehen, da er diese bei den Truppen in Frankreich, in Tschad oder gar in Libanon verbringt.

Das schwere Motorrad, mit dem Hernu früher herumfuhr, ist verkauft, und seine umfangreiche Schallplattensammlung, vor allem von Johann Sebastian Bach, verstaubt langsam. Seine Frau verriet einmal: „Sein Ministerium und die Armee sind für ihn Droge und Zuflucht zugleich."

Für Hernu wäre es ein bitterer Augenblick, wenn er sein Amt in Unehren verlassen müßte. Für Staatspräsident Mitterrand dürfte die Entscheidung nicht leicht sein, denn Hernu begleitete ihn auf seinem Weg an die Spitze des Staates dreißig Jahre lang als „getreuer Eckart", und Hernu ist einer der wenigen, denen der Präsident uneingeschränkt vertraut.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt meint zum Nudel-Skandal:

Über was soll man sich eigentlich mehr ärgern? Über den oft leichtfertigen Umgang von Lebensmittelproduzenten mit Gesetzen und der Gesundheit von Verbrauchern? Oder über die sträfliche Hilflosigkeit von Behörden bei dem Versuch, schwarze Schafe namhaft und dingfest zu machen? So geschehen im Weinskandal, und nun auch beim Streit um die Eiernudeln. Schlampereien sind wohl bei Herstellern und Behörden gleichermaßen zu beklagen. Denn daß die Beschaffenheit von Flüssigei nicht immer den Bestimmungen oder auch nur unseren Vorstellungen von Appetitlichkeit entsprach, wird kaum bestritten. Hätten sich alle Hersteller schon früher – so wie jetzt geschehen – freiwillig den Verzicht auf die hygienisch bedenkliche Eimasse auferlegt, so wäre auch ihnen manche Peinlichkeit erspart geblieben. Ähnliches gilt für die Behörden, die auf die Beschaffenheit unserer Lebensmittel das Auge des Gesetzes richten müssen. Hier drängt sich der ungute Eindruck auf, daß Versäumnisse der Vergangenheit durch blinden Aktionismus ausgeglichen werden sollen.

HEILBRONNER STIMME

Sie meint zu Afrika:

Nicht minder schlagzeilenträchtig (als Südafrika) sind die tiefe Menschenverachtung und Unterdrükkung, die Korruption und Mißwirtschaft, das sinnlose Morden in Schwarzafrika ... Nicht Südafrika allein steht vor bedeutsamen Entscheidungen über seine Zukunft, die auch den Schwarzen größere Gerechtigkeit bringen muß. Vielmehr wankt ganz Schwarzafrika, eingetaucht in ein Chaos, das seine Wurzeln nicht ausschließlich in den Folgen des Kolonialismus hat, sondern das zum großen Teil selbst verschuldet wurde.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf Geheimdienstaktivitäten bei der BBC ein:

Sich vor dem Einfiltern subversiver Elemente oder Extremisten zu schützen, ist eine vernünftige Vorsichtsmaßnahme, die jede Organisation ergreift, deren Aufgabe die Verbreitung von Meinung und Nachrichten ist. Aber die BBC hat den falschen Weg eingeschlagen, als die Organisation sich an MI 5 gewendet hat. Es ist auch nicht Aufgabe von MI 5, sich in dieses Spiel hineinziehen zu lassen ... Kann es sein, daß die Alleroberstenihren Untergebenen nicht zutrauen, daß sie ihre journalistischen Pflichten erfüllen, und deshalb die Staatssicherheit gerufen haben? Wahrscheinlicher jedoch ist eine Trägheit in der Verwaltung: Eine gewisse Prozedur der Überprüfung stammt noch vom Krieg her. Sie schien auch während des kalten Krieges noch angebracht. Dann wurde sie fortgesetzt, und schließlich hatte man die Sache so richtig am Hals.

Atempause bei der Unterdrückung der Miskito-Indianer

Die Sandinisten geben Fehler zu / Von Werner Thomas

Der Indianerführer Brooklyn Rivera, ein Sozialdemokrat, warnte vor verfrühtem Beifall für die Comandantes: „Die Probleme sind nicht gelöst." Die kurzzeitige Gefangennahme der „solidarisch" für die Sandinisten im umstrittenen Gebiet abenteuernden deutschen Revolutionsfreundin von der Frankfurter Startbahn West, Ingeborg Konradi, scheint das zu bestätigen.

Applaus war aufgebrandet, weil die Sandinisten zwangsumgesiedelte Miskito-Indianer in ihre Heimat zurückkehren lassen. Fünftausend von ihnen leben wieder am lehmigen Coco-Fluß, der Grenze zu Honduras. Weitere fünftausend sollen folgen. Sandinistische Führer konzedierten „Fehler" in der Behandlung dieser eigenwilligen Menschen, sogar Innenminister Tomas Borge.

1981 und 1982 waren mehr als zehntausend Indianer aus ihren Dörfern vertrieben und in bewachten Lagern untergebracht worden. Sie trugen Namen wie „Trasba Pri", was in der Miskito-Sprache „freies Land" heißt; ein Anklang an „Arbeit macht frei". Soldaten der sandinistischen Armee töteten das Vieh, steckten Häuser in Brand und zwangen die Indianer zu tagelangen Dschungelmärschen. Die „Ständige Menschenrechtskommission" in Managua registrierte Dutzende Todesopfer.

„Wir haben die Maßnahmen zum Wohle dieser Menschen vorgenommen", erläuterte Sergio Ramirez, damals Junta-Mitglied, jetzt Vizepräsident. Die Indianer sollten Schutz finden vor den Kampfhandlungen. Seit Anfang 1982 kämpfte die Indianerorganisation Misura unter dem Kommando des Meeresbiologen Steadman Fagoth Müller gegen die Comandantes. In privatem Kreis gestanden die Sandinisten freilich den wahren Grund: Die Miskitos kooperierten mit Misura.

Die Sandinisten sind Marxisten (Verteidigungsminister Humberto Ortega: „Wir lassen uns von der wissenschaftlichen Doktrin unserer Revolution, dem Marxismus-Leninismus, leiten") und haben deshalb einen totalen Machtanspruch. Die hunderttausend Indianer der riesigen Provinz Zelaya, die Sumos, Ramas und (siebzigtausend) Miskitos, wollen jedoch ihre kulturelle Unabhängigkeit bewahren. Sie streben einen Autonomie-Status an. Im Gegensatz zu dem Diktator Somoza, der sie ignorierte, versuchten die neuen Herrscher, die Indianer in den „Revolutionsprozeß" zu integrieren. Als es Widerstand gab, griffen die Sandinisten zu einem beliebten Mittel des marxistischen Machterhaltungsrepertoires: der Zwangsumsiedlung.

Was Stalin vorexerzierte, die Vertreibung, hatte es in Mittelamerika bis dahin nicht gegeben. Weder die salvadorianischen noch die guatemaltekischen Streitkräfte bedienten sich solcher Methoden. Anfang dieses Jahres begann Managua mit einer zweiten Umsiedlungsaktion in anderen nördlichen Provinzen: Mehr als siebzigtausend Personen, vorwiegend Bauern und ihre Angehörige, die mit den Antisandinisten sympathisieren, sollen bis Dezember in den von Regierungstruppen dominierten Regionen gebracht werden.

Nun reagieren einige ausländische Freunde der Revolution auf Leiden von Indianern und anderen Minderheiten empfindlich. So äußerten Günter Grass und der US-Senator Edward Kennedy vorsichtige Kritik. Kennedy vermittelte einen Dialog zwischen Brooklyn Rivera und dem Comandante Luis Carrion. Die monatelangen Verhandlungen, von den Sandinisten als Beweis ihrer Kompromißbereitschaft gewertet, brachen im Mai ab. Rivera vertritt heute die Meinung, daß er lediglich hingehalten wurde. Die Sandinisten wollten keine Autonomieforderung erfüllen. Er erinnert an das Borge-Wort: „Die nicaraguanische Nation ist unteilbar."

Längst nicht alle Indianer werden zurückkehren. Bevor die Zwangsumsiedlungen begannen, sind viele Miskitos nach Honduras geflohen. Mittlerweile leben achtzehntausend nicaraguanische Indianer in honduranischen Flüchtlingslagern. Sie wollen angesichts der unsicheren Situation in der Heimat nicht zurück.

Zur Zeit gibt es einen Waffenstillstand zwischen den Miskito-Rebellen und den Sandinisten. Der kann jedoch rasch enden, wenn er einer der beiden Seiten nicht mehr nützt: Die Comandantes suchen die Ruhe an dieser Front, weil die Partisanen der „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN) ihre Aktionen verschärft haben. Die Indianerkämpfer leiden unter Versorgungsproblemen und Führungsfehden.

Brooklyn Rivera glaubt an eine Fortsetzung des Krieges. Diese Befürchtung äußert auch Lino Hernandez, der Direktor der „Ständigen Menschenrechtskommission". Er bezeichnet das jüngste Kapitel der sandinistischen Miskito-Politik als „Propagandamanöver". Der marxistische Staat kennt keine freiheitlichen Ausnahmen.

Kutscher der Luft für Könige, Kanzler und Verletzte

Prominente aus aller Welt sind ihre Fluggäste. Aber sie sind mehr als die VIP-Piloten. Sie sind auch die unentbehrlichen Helfer aus der Luft. Die Grenzschutzfliegergruppe ist 30 Jahre alt.

Von ROLF TOPHOVEN

Es geschah im letzten, überaus harten Winter. Bundeskanzler Kohl steckte mit seinem Wagen auf dem Weg von der Pfalz nach Bonn in dichten Schneeverwehungen fest. Seine Begleiter setzten übers Autotelefon einen „Hilferuf" an die Einsatzzentrale der Grenzschutzfliegergruppe in St. Augustin bei Bonn ab. In wenigen Minuten startete eine Bell 212 ins Rheintal bei Koblenz und „pickte" den Kanzler und seine Begleitung auf. Helmut Kohl erreichte an diesem Morgen noch rechtzeitig seinen Regierungssitz.

Ein Beispiel aus dem Alltag der BGS-Flieger, die in diesen Tagen ihr 30jähriges Bestehen feiern. Begonnen hatte alles Ende 1954 in einer Schweizer Hubschrauber-Fliegerschule, wo danach ein Fluglehrer und ein Mechaniker des BGS ausgebildet wurden. Im Mai 1955 erlangte die Bundesrepublik die Lufthoheit zurück, und der Innenminister ordnete die Aufstellung einer Hubschrauber-Flugbereitschaft des Grenzschutzes mit Standort Hangelar bei Bonn an.

Als 1956 die Bundeswehr aufgestellt wurde und der BGS einen erheblichen personellen Aderlaß zu verzeichnen hatte, übernahm der damalige Hauptmann im Grenzschutz, Erwin Knorr, das Kommando über die BGS-Flieger. In fast 30jähriger Arbeit formte Knorr die Fliegergruppe zu einem erstklassigen Verband. 1983 ging Knorr in Pension und übergab den „Steuerknüppel" seinem langjährigen Stellvertreter Hans Joachim Mummenbrauer, der heute als Leitender Polizeidirektor die Fliegergruppe führt.

Die Aufgaben der BGS-Flieger sind vielfältig: Sie überwachen die Land- und Seegrenzen, und wann immer sicherheitspolitisch oder im Katastrophenfall Not am Mann ist, wird „in St. Augustin angelassen", wie die BGS-Piloten sagen.

Ob bei Sturmflutkatastrophen, ob im Einsatz als Rettungsflieger oder mit der Anti-Terror-Truppe GSG 9, ob zur humanitären Hilfe wie bei der Hungerkatastrophe in Äthiopien (Dezember 1973) oder bei der Bekämpfung von Waldbränden (1975 in Niedersachsen) – stets waren und sind BGS-Piloten mit ihren „Alouettes", „Bells" oder den „Pumas" vor Ort.

Sogar in Irland schätzt man die Flieger aus St. Augustin. Im September 1979 transportierten sie während des Papstbesuches in der Republik Irland die dortigen Polizeikräfte. Auch bei sicherheitspolitischen „Großlagen" wie beim Sturm von Kernkraftgegnern in Gorleben (1980) oder bei den Demonstrationen in Brokdorf schwebten die Helikopter der BGS-Flieger mit Einsatzeinheiten der BGS-Flieger an Bord ein.

Heute besteht die Grenzschutz-Fliegergruppe organisatorisch aus einem Führungsstab, einer Einsatz- und Ausbildungsstaffel und aus den vier Fliegerstaffeln in München, Kassel, Gifhorn und Bad Bramstedt. Kommandomäßig gehört die Fliegergruppe zum Grenzschutzkommando West in Bonn. Daher lobt denn auch Kommandeur Ulrich K. Wegener die fliegende Crew des BGS: „In 30 Jahren haben sie bewiesen, daß sie ein unverzichtbarer taktischer Bestandteil des BGS sind, mit hervorragenden Leistungen für die innere Sicherheit in unserem Staat."

Perfektion und Sicherheit sind bei der Fliegergruppe oberste Leitprinzipien. 15 Monate dauert die Piloten- und Bordwartausbildung. Das kostet über 150 000 Mark. Doch dies sind nur die „beweglichen Kosten", d. h. Kosten für den Betrieb der Maschine und Wartungskosten.

Nach bestandener Prüfung erwirbt der Beamte die Lizenz für den leichten Beobachtungshubschrauber des Typs „Alouette II". Nach Erwerb der Grundlizenz geht der BGS-Pilot für zwei Jahre in eine der vier Einsatzstaffeln. Anschließend erfolgt wiederum in St. Augustin in 50 Stunden Flugzeit die Umschulung auf die mit zwei Triebwerken ausgestattete BO 105 (MBB).

Dieses neue Gerät fliegen die Piloten des Grenzschutzes dann auf einer der 18 Rettungsstationen des Katastrophenschutzes, die vom Bundesgrenzschutz personell und wartungsmäßig besetzt sind. Der Einsatz im Rettungsdienst ist für die Piloten eine fliegerische Herausforderung. Da fliegen sie alleine, nur mit dem Arzt und dem Sanitäter im Cockpit.

Nach gut zwei Jahren als Rettungsflieger mit den orangefarbenen BO 105 werden die Spitzenleute erneut nach St. Augustin zur weiteren Umschulung gerufen. In einem siebenwöchigen Lehrgang (40 Flugstunden) erfolgt der Lizenzerwerb für die Transporter „Bell UH-1D/212". Die Umschulung auf den Großtransporter, die „SA 330 Puma", wird in 30 Flugstunden geschafft.

Hat der BGS-Pilot schließlich die Lizenzen für diese beiden Hubschraubermuster erworben, dann ist er eines Tages vielleicht auch dabei, wenn Mitglieder der Bundesregierung oder Staatsbesucher hinter seinem Cockpit Platz nehmen.



Helfer in der Not: Die Fliegergruppe des BGS FOTO:DPA

„Bei solchen Einsätzen handelt es sich stets um den Transport sicherheitsgefährdeter Persönlichkeiten. Das ist ein originär polizeilicher Auftrag, den wir als Polizei des Bundes auch länderübergreifend durchführen müssen", stellt Kommandeur Mummenbrauer diesen Auftrag des BGS noch einmal heraus. Offiziell also kein Transport von VIPs – doch VIPs sind sie fast alle, die die BGS-Piloten durch die Luft „bewegen".

Besonders bei Staatsbesuchen ist die Helikoper-Crew des Grenzschutzes gefordert. Mancher Orden, manche Plakette erinnern bei der Fliegergruppe an diese Ereignisse. Bei Staatsbesuchen sind nämlich die BGS-Piloten mit den Großen dieser Welt in engstem Kontakt. Und so findet sich in den Annalen der BGS-Flieger so manche berichtenswerte Geschichte.

Kommandeur Mummenbrauer und seine Flieger betrachten beispielsweise König Hussein von Jordanien und den spanischen Herrscher Juan Carlos als „Fliegerkameraden" – denn beide sind ausgebildete Helikopter-Piloten. „Beide fliegen ausgezeichnet, ich würde sie sofort einkaufen", lobt Mummenbrauer die fliegerischen Qualitäten der Könige.



Erwin Knorr FOTO: SVEN SIMON



Hans Joachim Mummenbrauer FOTO: DIE WELT

Der Fliegerchef erzählt: „Als Hussein vor Jahren auf dem Weg nach Bonn seiner jungen Frau zuvor noch den Kölner Dom aus der Luft zeigen wollte, saß er bei mir im Cockpit." Auch Juan Carlos von Spanien hält es bei Besuchen in Bonn nicht lange auf seinem VIP-Sitz im Heck der „Puma". Spätestens beim zweiten Flug mit den BGS-Fliegern sitzt er im Cockpit und beweist als ausgebildeter „Puma"-Pilot sein Können.

An die Crew, die den Staatsgast fliegt, werden besondere Anforderungen gestellt: „Zunächst einmal ist es bei uns selbstverständlich, daß der Kommandeur den Gast selbst zu fliegen hat" (Mummenbrauer). Dieses Selbstverständnis des Chefs findet auch Ausdruck in der Auswahl der weiteren Besatzungsmitglieder: „Wie beim Wachbataillon der Bundeswehr muß auch bei uns das äußere optische Bild stimmen. Das sind wir dem Gast und dem BSG schuldig."

Nicht nur bei ausländischen Besuchern, auch bei deutschen Politikern erlebte die Fliegergruppe in 30 Jahren so manch Positives: So machte sich beispielsweise Ex-Bundespräsident Karl Carstens „um die Flugsicherheit verdient" (Mummenbrauer). Als nämlich bei den ständigen Anflügen der Helikopter der Abstrahl der Rotoren die Bäume im Park des Präsidentensitzes in Mitleidenschaft zog, griff der Naturfreund Carstens ein. Auf sein Betreiben hin wurde für die BGS-Flieger ein neuer Landeplatz ausgesucht. „So rettete der Präsident seine Bäume, seine Parkanlagen, und wir bekamen einen leichter und besser anzufliegenden Platz zugewiesen", erinnert sich Hans Joachim Mummenbrauer.

Im Zimmer 105 sitzen die Agenten Ihrer Majestät

Über 60 Jahre machte die BBC ihre Schlagzeilen selber. Heute machen andere Schlagenzeilen über die BBC. Nach dem Streit um einen – vorerst – nicht gesendeten Nordirlandbericht geht es jetzt um Interna des Senders: Der britische Geheimdienst soll über Einstellungen und Beförderungen mitentschieden haben.

Von R.GATERMANN

Die „Tante BBC" kommt nicht zur Ruhe. Glaubten Manager und Belegschaft der British Broadcasting Corporation aus der „tiefsten Krise" ihrer Geschichte noch mal mit einem „blauen Auge" davongekommen zu sein und nach dem Streit über die Absetzung der Nordirland-Dokumentation wieder zum Tagesgeschäft übergehen zu können, verabreichte der „Observer" der 26 000köpfigen BBC-Familie und der britischen Öffentlichkeit jetzt eine weitere kalte Dusche.

Worüber bisher lediglich gemunkelt wurde, was andere glaubten zu wissen, jedoch niemand beweisen konnte, ist jetzt offiziell bestätigt: Neuanstellungen und Beförderungen bei der BBC unterlagen – und unterliegen – bis weit zu den unteren Chargen herunter der Überprüfung des Geheimdienstes MI5.

Es mutet schon wie ein Eulenspiegel-Streich an, daß sich der MI5 sogar im Zentrum des Broadcasting House mit einem Brigadegeneral an der Spitze eingenistet hatte, ohne daß 99,9 Prozent der Mitarbeiter wußten, was im Zimmer Nr. 105, Türschild: Special Duties – Sonderaufgaben – geschieht. Und diese Unwissenheit herrschte in der britischen Hochburg des Journalismus fast 50 Jahre lang.

Sicherheitsüberprüfung seit 1937

Nach den jüngsten Enthüllungen suchte die politische Opposition natürlich innerhalb der konservativen Regierung nach den Buhmännern dieses „neuen Skandals". Der Labour-Abgeordnete George Foulkes forderte sogar, Ministerpräsidentin Margaret Thatcher solle ihren Urlaub in Österreich abbrechen, um eine Erklärung abzugeben, aber diejenigen, die aus diesem neuen Kapitel BBC-Geschichte politisches Kapital schlagen wollten, mußten schnell die Segel streichen als BBC-Generaldirektor Alasdair Milne erklärte: „Die Sicherheitsprüfung wurde 1937 auf Wunsch der Gesellschaft eingeführt."

In einer späteren Stellungnahme heißt es: „Der zu überprüfende Personenkreis ist seit 1945 ständig geschrumpft und umfaßt jetzt nur noch verhältnismäßig wenige Personen, die notwendigerweise in empfindlichen Bereichen tätig sind und Zugang zu Geheiminformationen haben."

Wie dem auch sei, der British Broadcasting Corporation ist zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen ein Zacken aus ihrer Krone der Glaubwürdigkeit und allseitigen Unabhängigkeit gebrochen worden.

Und wieder sind die Hauptursachen in einer in jeder Hinsicht ungeschickten und teilweise plumpen Handhabung der Sachlage zu suchen, was Kenner – sowohl Freunde und Gegner – der „Tante" mit der eigenartigen Konstruktion der Corporation und ihrem zwischen demokratisch-staatstreuen und aggressiverem kritischen Journalismus schwankenden Selbstverständnis zu erklären versuchen.

Die British Broadcasting Company wurde im Oktober 1922 gegründet, fünf Jahre später bekam sie nach einem königlichen Erlaß unter dem Namen British Broadcasting Corporation ihren gesetzlichen Status. Die BBC ist eine öffentliche Anstalt, kein Staatssender, der durch von der Regierung festgesetzte Gebühren finanziert wird. Ihre Struktur ist nur bedingt mit denen der deutschen Sender vergleichbar.

Oberstes Aufsichtsorgan ist der Verwaltungsrat, dessen Mitglieder von der Regierung ernannt werden, und der gewichtiger ist als die deutschen Rundfunkräte. Sein Präsident ist hauptberuflich für diese Aufgabe angestellt. An der Spitze des Vorstands, der für die tägliche Arbeit verantwortlich zeichnet, steht der Generaldirektor, dessen Machtbefugnis nicht das eines Intendanten erreicht, der jedoch über dem Chefredakteur angesiedelt werden muß. Als 1927 Lord John Reith erster Generaldirektor der BBC wurde, gab er ihr unter dem Motto „Verantwortung, Aufklärung und Erziehung" das Gepräge und ihre Position in Staat und Gesellschaft für die kommenden 40 Jahre.

Sachlich-nüchterne Berichterstattung, äußerste politische Zurückhaltung, offiziell von der Regierung unabhängig, ihr gegenüber jedoch sehr loyal. Kritik kam meistens aus dem Mund anderer, nicht aus dem der Journalisten. Sie sehen sich selbst eher als neutrale Beamte denn als kompromißlose Enthüller oder Nachrichtenjäger. In Großbritannien geriet die BBC bald in den Ruf, vornehm-langweilig zu sein, fundiert, jedoch ohne Schneid und Pfiff.

Hieraus erwuchs schließlich die beträchtliche Diskrepanz zwischen dem Ruf, den die BBC im In- und im Ausland genießt. Der Auslandsruf der britischen Anstalt hatte bis vor wenigen Wochen keinerlei Schatten. Als „Stimme der Wahrheit" vertraute ihr während der Hitler-Zeit der deutsche Widerstand, nach dem Krieg die Ungarn, Tschechoslowaken, Ost-Berliner und alle anderen, die unter einer diktatorischen Staatsführung, berieselt vom staatlich gefilterten Informationsfluß, einen Befreiungsversuch wagen. Auch heute, mit ihrem 36sprachigen Auslandsprogramm, gilt die BBC als der Sender, dem das größte Vertrauen entgegengebracht wird.

Im Ausland Zutrauen und Verläßlichkeit, vor heimischem Publikum altmodische Tante, hierarchisch isoliert und traditionsgebunden. In den sechziger Jahren machte Generaldirektor Sir Hugh Green einen Ausbruchversuch. Er forderte seine Journalisten zur Kritik an Gesellschaft, Parteien und Kirche heraus. Einige Tabus verschwanden und die kabarettistische Fernsehsendung „That was this week" kam, um 1964 mit dem Hinweis auf bevorstehende Parlamentswahlen wieder abgesetzt zu werden. Die „Sturm- und Drangjahre" der BBC gingen schnell vorüber und heute, angesichts der Konkurrenz von privater Seite, versucht man einen breiten Mittelweg zu gehen: politisch ausgewogen.

Ein Produzent nannte es mit zynischem Unterton „balanciert bis zum Exzeß" und im Ausdruck etwas salopper, aber die Schnoddrigkeit, die Bereitschaft zum Unkonventionellen sowie die bewußte Herausforderung des staatlichen Aufsichtsrates, wie dies die Privaten häufig praktizieren, so weit will sich die fast 65jährige „Tante" doch nicht hinreißen lassen.

Die schreibenden Kollegen enthüllten das Geheimnis

Ein bißchen suspekt und unheimlich muß das Zentralgebäude der BBC auch auf Orwell gewirkt haben, andernfalls hätte er es wohl kaum als Vorbild für sein „Wahrheitsministerium" in „1984" gewählt. Dabei hat aber sicherlich auch er nicht gewußt, was hinter der Tür mit der Nummer 105 vor sich geht. Es muß schon überraschen, daß das Geheimnis dieses Raumes erst jetzt gelüftet wurde, und nicht einmal aus den eigenen Reihen, sondern von der schreibenden Konkurrenz.

Man habe jahrelang versucht herauszufinden, ob bei der BBC Sicherheitskontrollen vorgenommen werden, aber „das Management hat bewußt versucht, die Gewerkschaften zu täuschen", heißt es in einer Erklärung des Journalistenverbandes. Der „untersuchende Journalismus" versagte offenbar im eigenen Haus. Der „Observer" konnte nun einige konkrete Fälle nennen, die nicht nur die Rolle des Geheimdienstes MI5 beleuchten, sondern auch dessen leichtfertige Arbeitsweise. Es wird sich nie beweisen lassen, wie vielen Journalisten, Produzenten und anderen BBC-Mitarbeitern er ungerechtfertigt den Aufstieg blockiert oder deren Arbeit behindert hat. Aber alleine schon die „Observer"-Beispiele lassen befürchten, daß es nicht wenige waren, die auf sein Drängen auf die „schwarze Liste" gesetzt wurden.

Da ist Stephen Peet, dem der MI5 Kontakte zu seinem in die „DDR" übergelaufenen Bruder nachsagte, der jedoch selbst politisch völlig unengagiert war. Oder Isabel Hilton, die einer subversiven prochinesischen Vereinigung angehört haben soll, tatsächlich handelte es sich um eine Abteilung der Universität von Edinburgh. Dem Filmregisseur und -produzent John Goldschmidt wurde vorgeworfen, in einer tschechoslowakischen Filmschule ausgebildet worden zu sein. Dieser Besuch war Teil eines Studentenaustauschs, Goldschmidt war und ist nie Kommunist gewesen.

In der Chefetage der BBC tut man heute die genannten Beispiele damit ab, daß sie alle in die Zeit vor 1981 fallen. Aber im Zimmer 105 residiert immer noch der MI5 mit seinem Brigadegeneral Ronnie Stonham. Die BBC erklärte nach der „Observer"-Enthüllung, kein Außenstehender beeinflusse die Entscheidung der BBC, wer eingestellt und wer befördert werde. Der MI5 habe kein Vetorecht. Überzeugend klang das nicht.

Bei Beleidigung und Drohung kein Unterhalt

Union will mehr Gerechtigkeit bei Novelle des Eherechts

GÜNTHER BADING, Bonn

Vor allem den Frauen sollen die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beabsichtigten Änderungen im Ehescheidungsfolgenrecht zugute kommen. Neben den Korrekturen, die durch die Beanstandungen des Bundesverfassungsgerichtes bei der Eherechtsreform von 1976/77 notwendig wurden, soll durch die Novellierung aber auch mehr Einzelfallgerechtigkeit verwirklicht werden, erklärten der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Fritz Wittmann, und der Obmann der CDU/CSU im Rechtsausschuß, Erwin Marschewski, vor der Presse.

In einem Arbeitspapier der Fraktion sind Beispiele dafür aufgeführt, wann – etwa wegen grob unbilligen Verhaltens – die Unterhaltszahlungen gestrichen, herabgesetzt oder zeitlich begrenzt werden sollten. Die Regelung, daß der Unterhaltsanspruch von Frauen, die Kinder betreuen, grundsätzlich nicht angetastet werden durfte, war schon vom Verfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Eherechtsreform von 1977 als nicht haltbar bezeichnet worden.

Das konkrete Beispiel nach bisheriger Formulierung des Paragraphen 1579 BGB wird im Arbeitspapier so geschildert: „Die Frau hatte dem Mann in Tötungsabsicht eine gefüllte Bierflasche auf den Kopf geschlagen. Trotzdem mußte ihr bei der Scheidung die elterliche Sorge für das Kind übertragen werden. Sie verlangt vom Mann Unterhalt, weil sie wegen der Betreuung des Kindes nicht erwerbstätig sein könne." Nach der geplanten Neuregelung allerdings soll die Frau dann keinen Unterhalt verlangen können, wenn während der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit für das Kind anderweit ausreichend gesorgt ist, etwa durch großelterliche Pflege. Aber: „Für das Kind ist selbstverständlich der volle Unterhalt zu zahlen". Wenn dagegen die ständige Betreuung des Kindes durch die Mutter notwendig sei, so müsse auch diese einen eigenen Unterhaltsanspruch haben. Dieser könne aber auf das notwendige Mindestmaß begrenzt werden.

In dem Arbeitspapier werden weitere Fälle geschildert, in denen Unterhaltszahlungen zu Ungerechtigkeit im Einzelfall führen würden. Etwa: „Der an sich unterhaltsberechtigte Ehegatte sucht wichtige Geschäftspartner des unterhaltspflichtigen Ehegatten auf und zerstört planmäßig dessen Geschäftsbeziehungen." Dieser konkrete Fall ist schon vom Bundesverfasungsgericht entschieden worden. Es hat das Unterhaltsverlangen als rechtsmißbräuchlich bezeichnet. Weitere Gründe für die Versagung an sich berechtigter Unterhaltsforderungen sollen sein die gröbliche Verletzung der Unterhaltspflicht (etwa durch Trunksucht), schwerwiegendes Fehlverhalten wie die Beleidigung und Bedrohung des unterhaltspflichtigen Ehegatten durch die Frau und ihren neuen Partner oder das Eingehen einer auf Dauer angelegten neuen Partnerschaft.

Wichtig ist der Koalition auch, daß eine Möglichkeit geschaffen wird, den Unterhalt auch bei Erwerbslosigkeit oder beim Verlangen nach einem sogenannten „Aufstockungsunterhalt" – wenn etwa ein Ehepartner unverschuldet eine unterbezahlte Tätigkeit ausüben muß – zeitlich zu begrenzen.

Fluchthelfer festgenommen

AP, Berlin

Zwei Fluchthelfer aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Jens Borowski und Thomas Richter, wurden am vergangenen Donnerstag von Sicherheitsorganen der „DDR" an der Grenzübergangsstelle Staaken, der Westberliner Ausfahrt zur Transitstrecke nach Hamburg, festgenommen. Beide Männer hätten zur „kriminellen Fürch-Bande" gehört, berichtete die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN, und „sich aktiv an bandenmäßig organisierten subversiven Handlungen gegen die DDR unter Mißbrauch des Transitabkommens" beteiligt. Damit bezeichnen die „DDR"-Behörden üblicherweise die Beihilfe zur Flucht von Menschen aus ihrem Herrschaftsbereich.

Mannesmann: Keine Kontakte

AFP, Bogotá

Der Mannesmann-Konzern bestreitet, jemals „Schutzgelder" an die kolumbianische Guerrilla gezahlt zu haben. Wie der Vorsitzende der Mannesmann-Anlagen AG in Bogotá, Kurt Schwarzbart, erklärte, verfügen Angestellte des Konzerns, der in der Arauca-Provinz im Osten des Landes eine Pipeline baut, nicht über Kontakte zu Rebellen und haben diesen auch zu keinem Zeitpunkt Transport- oder Lebensmittel geliefert. Mannesmann sowie ein amerikanischer und italienischer Konzern waren von offiziellen Stellen in Bogotá beschuldigt worden, der Guerrilla seit Februar dieses Jahres Schutzgelder in Höhe von 200 000 Dollar pro Monat gezahlt zu haben.

Jetzt doch Doppelgleisigkeit mit Bonner Strafverfahren / Abgeordnete unter Zeitdruck

Bringt Flick-Ausschuß noch Ergebnisse?

Von STEFAN HEYDECK

„Wenn ein Untersuchungsausschuß seine Arbeit nicht innerhalb von zwei Jahren erledigt hat, taugt er nichts." Das hatte am 9. Oktober 1984, genau 16 Monate nach der konstituierenden Sitzung des Flick-Ausschusses am 9. Juni 1983, dessen Vorsitzender Manfred Langner (CDU) in der WELT erklärt. Die zwei Jahre sind vorbei. Ein Ende der Arbeit des elfköpfigen Gremiums ist nicht in Sicht. „Taugt" also der Flick-Ausschuß „nichts"? Hatte doch Langner vor über einem Jahr auch betont: „Auf jeden Fall müssen wir so fertig werden, daß der Bundestag mit den Ergebnissen unserer Arbeit noch in dieser Wahlperiode auch etwas anfangen kann." Also muß die Gesetzgebung vor der nächsten Sommerpause „stehen" wegen der Bundestagswahl Anfang 1987 „stehen". Sonst würde das Thema Wahlkampf-Munition.

100 000 Seiten Ermittlungsakten

Tatsächlich hatten sich fast alle Mitglieder um die Einhaltung der vorgegebenen Frist bemüht. So war nach der Vernehmung von 48 Zeugen am 28. März die Beweisaufnahme beendet worden. „Zunächst", hatten SPD und Grüne aber zu Protokoll gegeben. Nach 81 Sitzungen war im Saal 1903 des Abgeordnetenhochhauses „Langer Eugen" angekündigt worden, nun werde man sich anhand von mehr als 100 000 Seiten aus den Ermittlungsakten und über 10 000 Seiten Vernehmungsprotokollen an den Abschlußbericht machen. Nach der Zielvorgabe sollte er noch vor der Sommerpause dem Plenum des Bundestags zur Beratung vorgelegt werden können.

Dahinter hatte damals auch gestanden, daß man eine Überschneidung mit dem am 29. August beginnenden Verfahren gegen den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch sowie die früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) wegen des Vorwurfs der Bestechung beziehungsweise der Bestechlichkeit und der nachgeschobenen Anklage der Steuerhinterziehung beziehungsweise Beihilfe vermeiden sollte. So gab es eine gewisse Erleichterung darüber, als der Vorsitzende der 7. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts, Hans-Henning Buchholz, die ursprünglich für den 10. Januar geplante Prozeßeröffnung verschob.

Aber schon Ende April/Anfang Mai setzte im Ausschuß ein erstes, vorsichtiges Rückrudern ein: Der Juni-Termin sei nicht zu halten. Prompt meinten parlamentserfahrene Profis, daß eine Novelle des Steuerspar-Paragraphen 6b auch dann noch zeitgerecht verabschiedet werden könnte, wenn sie „Anfang 1986" eingebracht würde.

Fest steht, daß die Erstellung des Abschlußberichts nicht leichter geworden ist. Erinnerungen an die Mehrheits- und Minderheitenvoten andere Untersuchungsausschüsse werden wach. Zwar hatten CDU/CSU, SPD und FDP wiederholt bekräftigt, sie strebten eine gemeinsame Vorlage für den Bundestag an. Nur Schily hatte ein „Sondervotum" angekündigt. Ihr mehrfach unterstrichener Wille hinderte die drei „Etablierten" jedoch nicht daran, sich mit der Vorstellung von eigenen Bilanzen und Entwürfen gegenseitig die Schau stehlen zu wollen.

Bisher handelt es sich dabei unter anderem um einen gemeinsamen Entwurf von CDU/CSU und FDP und einen der SPD zur 6b-Novelle und zum Bescheinigungsverfahren. Weiter gibt es ein SPD-Fazit über die „Spendenpraxis des Flick-Konzerns". Schließlich steht die Langner-Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Rechte und Pflichten von künftigen Untersuchungsausschüssen im Raum.

Daneben machen dem Ausschuß aber nach wie vor die 58 vom Landgericht nicht freigegebenen Akten zu schaffen. Aufgrund eines Drei-Seiten-Beschlusses, den Buchholz am 26. Februar vorgelegt hatte, hielten CDU/CSU und FDP diese Unterlagen für unerheblich. SPD und Grüne wollen jedoch deren Einsicht über das Kölner Oberlandesgericht erzwingen. Sie wollen vom Inhalt sogar einen Neueintritt in die Beweisaufnahme abhängig machen.

Sachlich-inhaltlich können die elf Parlamentarier bereits jetzt zufrieden seien. Denn nicht zuletzt auf sie geht es zurück, daß zum Beispiel

- ein neues Parteienfinanzierungsgesetz beschlossen wurde. Vorausgegangen war ein jahrelanges Tauziehen;
- die Parteien sich nicht immer an die Pflicht zur Offenlegung von Spenden von mehr als 20 000 Mark gehalten hatten. Bundeskanzler Helmut Kohl dazu: „Da führt kein Weg dran vorbei";
- Verbindungen zwischen Parteien und Wirtschaft sowie Wege von Spenden durch sogenannte Geldwaschanlagen aufgedeckt wurden;
- ein geplantes Amnestiegesetz für Steuersünder wegen Parteispenden nicht zustande kam;
- alle Parteien den Einkommensteuerparagraphen 6b novellieren wollen.

Die durch die steuerbegünstigte Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch Flick ausgelösten Untersuchungen der Staatsanwaltschaft und des Ausschusses brachten aber auch in seltener Schärfe gravierende Mißstände ans Licht. Da geriet die Bonner Ermittlungsbehörde ins Kreuzfeuer, als sie Ende November 1983 mit sechs Vertretern vor der Bundespressekonferenz aufmarschierte, um die vom Immunitätsausschuß „mehr als dürftig" bezeichnete erste Anklage wegen Vorteilsgewährung beziehungsweise Vorteilsnahme zu präsentieren. Mehr als Bedenken meldeten damals mit Blick auf die SPD-geführte Düsseldorfer Landesregierung Kritiker auch an, daß die Ermittlungen gegen ehemalige sozialdemokratische Bundesfinanzminister eingestellt wurden.

Außerdem hatte sich gezeigt, daß der vorgeschriebene Geheimschutz gleich reihenweise gebrochen worden war. So berichteten Medien über Ermittlungsakten, Aussagen von Beschuldigten und sogar unbeteiligter Dritter. Das führte dazu, daß sich attackierte Politiker gegen „Vorverurteilungen" wehrten. Aber auch Richter Buchholz zeigte Unmut: Unter Hinweis auf veröffentlichte Einzelheiten aus den Gerichtsakten hatte er sich geweigert, dem Ausschuß weiteres Material zur Verfügung zu stellen.

Die Flick-Affäre, die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft und des Ausschusses haben aber bisher nicht nur zu sachlichen Erkenntnissen und Ergebnissen, sondern auch zu persönlichen Konsequenzen geführt. Vier Rücktritte führten zu einem Personalkarussell. Dabei rotierten gleich drei Ausschußmitglieder „nach oben": Der Langner-Stellvertreter Willfried Penner wurde nach dem Ausscheiden von Jürgen Schmude aus dem Bundestag einer der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden. Der CDU/CSU-Berichterstatter Friedrich Bohl rückte für den neuen Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble als Parlamentarischer Geschäftsführer der Union nach. Hermann-Otto Solms übernahm von Dieter-Julius Cronenberg den stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitz.

Nach der Anklageerhebung hatte sich Friderichs zunächst als Vorstandssprecher der Dresdner Bank beurlauben lassen. Lambsdorff trat am 26. Juni 1984 als Wirtschaftsminister zurück, obwohl er die Anklage als „nicht stichhaltig" und „insgesamt unbegründet" bezeichnet. Selbst seine politischen Gegner sind überzeugt, daß er sich weder bestechen ließ noch „eine einzige Mark in die eigene Tasche gesteckt" hat. Für ihn rückte Martin Bangemann nach. Er stand zur Verfügung, nachdem er bei den Europawahlen als FDP-Spitzenkandidat Schiffbruch erlitten hatte. Auf dem Saarbrücker Parteitag Ende Februar übernahm er dann nach einer langfristigen Planung von Hans-Dietrich Genscher auch den FDP-Vorsitz.

Aus „privaten Gründen" warf am 5. Dezember Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs vorzeitig das Handtuch. Die FDP hatte Ende 1983, als Wurbs Schatzmeister war, eine Sechs-Millionen-Mark-Spende mit dem Herkunftsvermerk „unbekannt" veröffentlichen lassen. Vor dem Ausschuß hatte Genscher dann am 8. November angeben müssen, daß das Geld vom früheren „Kaufhaus-König" Helmut Horten gekommen war. Als Vizepräsident folgte Wurbs dann Cronenberg. Das Amt des Schatzmeisters übernahm auf dem Parteitag Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer, die damit den Weg für Helmut Haussmann freimachte. Dessen Posten als Chef des FDP-Fraktions-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen erhielt Lambsdorff.

Personelle Konsequenzen

Eine ähnliche „Rotation" löste auch Rainer Barzel mit seinem überraschenden Rücktritt als Parlamentspräsident am 26. Oktober bei der CDU aus. Barzel, der von „Rufmord" gesprochen hatte, war beschuldigt worden, mehr als 1,5 Millionen Mark zwischen 1973 und 1979 unter anderem von Flick über die Frankfurter Anwaltskanzlei Albert Paul erhalten zu haben. Am 19. Juli wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung" eingeleitet. Sein Amt übernahm der Staatsminister Philipp Jenninger. Kohl, der sich für Jenninger seinen Vertrauten Schäuble holte, verband dies mit einem Neuzuschnitt der Spitze des Kanzleramts.

Fast nicht betroffen konnten die Grünen als selbsternannte „Saubermänner" die durch die Flick-Affäre ausgelösten Turbulenzen verfolgen. Trotzdem dürfte es etliche Grüne ärgern, daß der Ausschuß nicht zum Ende kommt. So mußten sie, wenn auch wider Willen, das Mandat des Rotationsgegners Schily verlängern.

Proteste sind meistens erfolgreich

F. D. Berlin

Das Bekanntwerden von Menschenrechtsverletzungen und Ausreisewünschen in der „DDR" hat eine große Bedeutung. Darauf haben gestern in Berlin die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" und die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" hingewiesen. Die beiden Organisationen widersprachen damit einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 13. August, wonach Aktivitäten dieser Gruppen oftmals Ursache dafür seien, daß bis dahin unbescholtene „DDR"-Bewohner zu kriminellen Handlungen verleitet würden. Die Nachrichtenagentur hatte sich dabei auf „informierte Kreise in Ost-Berlin" berufen.

Weiter wurde von dpa berichtet, wer mit Hilfe dieser Organisationen seine Ausreise zu erpressen versuche, den treffe die ganze Härte der Strafgesetze der „DDR". Auch nach Verbüßung der Strafe bestünden für die Betroffenen keine Chancen auf Ausreise. Die dpa hatte als Beleg für ihre Angaben auch den Fall des Lagerarbeiters Runar Weiss (21) aus Falkensee bei Ost-Berlin angeführt, der verhaftet worden sei, weil er einen ehemaligen „DDR"-Bewohner gebeten habe, in West-Berlin seine Ausreise zu betreiben. Dieser Mann hatte Ende Mai dieses Jahres deshalb am „Checkpoint Charlie" in West-Berlin protestiert.

Runar Weiss war jedoch bereits lange vor dieser Protestaktion, am 14. August 1984, vom Bezirksgericht Potsdam zu 22 Monaten Haft wegen „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" verurteilt worden und sitzt seitdem in der „DDR"-Haftanstalt Brandenburg. Aufgrund der Haftbedingungen sei er derzeit „lebensgefährlich erkrankt", hieß es gestern in West-Berlin.

Beide Organisationen zogen gestern das Fazit, daß fast ausnahmslos das Bekanntwerden seines Falles dem Betroffenen in der „DDR" nützlich gewesen sei und eine schnelle Bearbeitung von Ausreiseanträgen begünstigt habe.

Im vergangenen Jahr hatten rund 40 Personen am „Checkpoint Charlie" für Haftentlassungen oder Aussiedlungen ihrer nächsten Angehörigen demonstriert. Mit zwei Ausnahmen hätten bislang alle ihr Ziel erreicht, im allgemeinen schon nach drei bis vier Wochen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Gorbatschows Reden in der CSSR zensiert“

DW. Prag

Die „Unbeweglichkeit des Prager Regimes“ ist von der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ verurteilt worden. In einer Botschaft zum 17. Jahrestag des Einmarschs der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR hat die Gruppe zu Reformen im Land aufgerufen und die Presse beschuldigt, die Reden des neuen Kreml-Chefs Gorbatschow nur zensiert wiederzugeben. „Charta 77“ fordert eine Amnestie aller politischen Gefangenen sowie den Abzug der auf rund 80 000 Mann geschätzten sowjetischen Truppen. Das Land kann sich nach Auffassung der Gruppe die „Unbeweglichkeit der tschechoslowakischen Führung“ nicht leisten, die neue Entwicklungen auch in den benachbarten sozialistischen Staaten außer acht lasse.

Moskau will den „Sternen-Frieden“

dpa, Genf

Die Sowjetunion schlägt ein Programm des „Sternen-Friedens“ statt des „Sternen-Krieges“ vor. Mit diesen Worten erläuterte gestern der sowjetische Delegationschef bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafter Viktor Israeljan, die jüngste Initiative des Kreml zur Schaffung einer internationalen Weltraumorganisation für eine nichtmilitärische Zusammenarbeit der Staaten im Weltraum. Der sowjetische Vorschlag ziele auf eine weltumspannende Organisation ab und nicht auf ein bilaterales Gremium der beiden Supermächte USA und UdSSR.

Für Maßnahmen gegen „Geldwaschen“

dpa, Zürich

Maßnahmen gegen das „Geldwaschen“ im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten – vor allem im Rauschgifthandel – hat ein führender Zürcher Bankier gefordert. In einem Zeitungs-Interview forderte der Chef des renommierten Privatbankhauses Julius Bär und Co. AG, Hans J. Bär, die Überwachung von großen Ein- und Auszahlungen bei den schweizerischen Banken. Er äußerte Zweifel an der Wirksamkeit der 1980 vereinbarten Sorgfaltspflicht der Banken, wonach die Identität von Kunden am Schalter bei Bargeschäften ab 500 000 Franken geprüft werden soll.

Khamenei ist wieder Präsident

rtr, Teheran

Der iranische Geistliche Ali Khamenei ist als Präsident seines Landes wiedergewählt worden. Teheraner Nachrichtenagenturen melden, auf den 46jährigen seien bei der Wahl am vergangenen Wochenende 85 Prozent der Stimmen entfallen. Bei der ersten Wahl vor vier Jahren hatte Khamenei 95 Prozent aller gültigen Stimmen auf sich vereinigen können. Der Präsident koordiniert in Iran die Arbeit von Parlament, Regierung und Justiz und leitet derzeit formell auch den Obersten Verteidigungsrat im Krieg mit Irak.

Kirchenführer fordern Abbau der Apartheid

Präsident Botha stellt weitere Gespräche in Aussicht

M. GERMANI, Johannesburg

Vertreter der wichtigsten Kirchen in Südafrika haben Staatspräsident Pieter Willem Botha in einem Vier-Punkte-Memorandum aufgefordert, die Apartheid endgültig aufzuheben. „Nur wenn das Volk eine deutliche und bedeutungsvolle Entwicklung sieht, die von der Apartheid weg und zur Machtteilung führt, kann ein Ende der Unruhen in Südafrika erwartet werden“, erklärten neun Repräsentanten von fünf Kirchen dem Präsidenten und fünf seiner Minister.

Das Treffen in Pretoria war auf Antrag der Kirchen zustande gekommen. Nach dem Gespräch sagte Botha, die Diskussionen seien offen geführt worden. „Weitere werden folgen.“

In dem Memorandum der Kirchen hieß es weiter: „Wir sind alle gegen Gewaltanwendung bei unserer Suche, eine Änderung in Südafrika herbeizuführen. Unser Schuldspruch kommt nicht aus einer politischen Überzeugung heraus, sondern von der Schrift unseres Herrn Jesus Christus“. An Botha direkt gerichtet waren die Worte: „Wir wissen von Ihrer großen Verantwortung und von den Zeiten, in denen Sie außerordentlichen politischen Mut gezeigt haben.“

Die Kirchenführer hatten Botha unter anderem dringend aufgerufen, „die am stärksten verhaßten Symbole der Apartheid – Paßgesetze, Bildungssystem für Schwarze und Zwangsumsiedlungen – sowie die Zuwanderungskontrolle für Schwarze“ aufzuheben. Weiter sollte eine Nationalversammlung mit Vertretern aller Gruppen einberufen werden, um gemeinsam über die Verfassung des künftigen Südafrika zu beraten. Zu dieser Versammlung müßten die jetzt im Gefängnis und im Exil lebenden schwarzen Führer Zugang haben. Auch sei es unerläßlich, den in Teilen des Landes geltenden Ausnahmezustand aufzuheben.

Die Delegation äußerte auch ihre Enttäuschung über die Rede Bothas am vergangenen Donnerstag. Es sei „ein großer Augenblick, Südafrika zu retten“, vertan worden. Vorwürfe wurden gegen Polizei und Armee erhoben, die den Ausnahmezustand ausnutzen und ihre Machtbefugnisse überschreiten würden. Präsident Botha sagte eine Untersuchung der vorgetragenen Beschuldigungen zu.

Besonders nachdrücklich forderten die Kirchenführer die Entlassung inhaftierter Führer, darunter Nelson Mandela. „Sollte er Gewalttaten begehen, muß er wieder verhaftet werden“, war die Meinung des Vertreters der Presbyterianer.

Alle Kirchenführer bedauerten, daß der Bischof von Johannesburg, Desmond Tutu, seine Teilnahme an dem Gespräch in letzter Minute abgesagt hatte. Auch ein Sprecher des State Department in Washington hatte die Entscheidung Tutus kritisiert. „Die Weigerung, an Verhandlungen teilzunehmen, kann die Lage nur noch verschlimmern“, hieß es.

Botha traf auch den Führer der Baptisten in den USA, Jerry Falwell, der sich gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika durch die USA aussprach. Nach seinem Besuch in Südafrika sagte Falwell, er habe jetzt ein besseres Verständnis für die Lage der schwarzen Stämme. Er werde sich für eine Berichtigung des Bildes in den USA einsetzen. Falwell kritisierte die Apartheid. Sie müsse abgeschafft werden, „ohne das Land dem Kommunismus auszuliefern“.

In Chinas globaler Strategie hat die pazifische Region Vorrang

Peking empfiehlt sich als Partner / Eine Entgegnung auf sowjetisches Vordringen

CHRISTEL PILZ, Shanghai

Nach sechs Jahren der Konsolidierung der Modernisierungspolitik präsentiert sich China jetzt als Kraft zum Frieden, als aktiver Gegner von Aggression und Intervention, als Partner zum Geschäft.

In Letzterem liegt Chinas größte Attraktion. Zu einer Zeit, da das Rezessionsgespenst erneut die Runde macht und ein historischer Tiefstand der Rohstoffpreise zahlreiche Entwicklungsländer hart bedrängt, wirkt China als Stimulus für die Weltwirtschaft. Bezeichnend ist es, daß das Schwergewicht der Außenpolitik Pekings nicht auf Amerika oder der Sowjetunion liegt. Das Verhältnis zu den USA ist freundschaftlich, wenn auch überschattet von der Taiwan-Frage. Die Beziehungen zur Sowjetunion haben sich während der letzten sechs Verhandlungsrunden erwärmt.

Aufmerksam registrieren die Sowjets, wie die Chinesen selbstbewußt lächelnd und systematisch eine globale Strategie zur Entgegnung der sowjetischen Interessen betreiben, und das selbst vor der Kreml-Haustür im Westen.

Ostblock-Offensive

Mehrere Delegationen chinesischer Spitzenpolitiker haben in den vergangenen Monaten die „DDR“, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien besucht. Im Juni hat Chinas Premierminister Zhao Zi Yang in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden und in Großbritannien das „neue China“ vorgestellt.

In Indien bemüht sich China zum Vergessen der Bitterkeit, die der Grenzkrieg von 1962 hinterlassen hat. Mit Birma und Thailand sind Chinas Beziehungen so gut wie nie zuvor. Die Birmanen begruben ihr Mißtrauen, als Ne Win, der Birma mit seiner Machtergreifung vor 23 Jahren auf den Pfad eines hausgemachten Sozialismus führte, als Gast der KP im Juni in Peking war.

Jahrelang hat China die illegale Kommunistische Partei Birmas (BCP) unterstützt. Die Einladung an Ne Win signalisierte, daß China der BCP ihre Anerkennung entzogen hat. Ne Win ist Vorsitzender seiner eigenen „Birmanischen Sozialistischen Programmpartei“ (BSPP).

Dieses Signal gilt insbesondere Südostasien, wo Regierungstruppen seit Jahrzehnten im Kampf gegen chinesisch unterstützte Guerrillas der Kommunisten stehen. Schon 1978 hatte Deng Xiaoping, der damals einigen Ländern Südostasiens einen „historischen Freundschaftsbesuch“ abstattete, das Ende chinesischer Hilfe an die Kämpfer im Dschungel erklärt. Offenbar hat China sein Versprechen gehalten. In Birma und Thailand haben die kommunistischen Parteien ihre militärische Kraft verloren.

Schlechte Erfahrungen der Vergangenheit und jahrelang gewachsenes Mißtrauen aber lassen sich nur langsam abbauen. Indonesien, das Peking mitverantwortlich für den Putschversuch der Kommunisten von 1965 macht, zögert bis heute, seine Beziehungen zu China zu normalisieren. Immerhin zeigt Jakarta erste Gesten: Im April hatte es Chinas Außenminister Wu Xueqian zur Konferenz nach Bandung eingeladen, wo Rückschau auf 30 Jahre Blockfreiheit gehalten wurde. Wu sagte, China unterhalte keine Beziehungen mehr zu Indonesiens Kommunisten. Im Juni entschloß sich Jakarta zu direkten Handelsbeziehungen mit Peking.

Für China sind das wichtige Erfolge. Denn die asiatisch-pazifische Region hat in seiner globalen Strategie oberste Priorität. Dies ist Chinas historische Einflußzone. Hier leben Millionen von Überseechinesen, und die asiatische Verwandtschaft bildet eine natürliche Basis zur Gemeinsamkeit.

Gemeinsame Interessen

Eben hierher haben die Sowjets während der vergangenen zehn Jahre ihre militärische Macht erweitert. Niemand hat sie daran hindern, sie hemmen können. Jetzt sehen sich China und Japan in einer natürlichen Interessengemeinschaft, eine weitere Expansion einzudämmen.

Nicht umsonst hat Chinas Parteichef Hu Yaobang Japan als erstes Land seiner Reisen in die kapitalistische Welt gewählt. Das war vor zwei Jahren. Mitte April ist er in den Süden des Pazifik, nach Australien, Neuseeland, Samoa, Fidschij und Papua-Neuguinea gereist.

Wo immer Hu auftauchte, pries er China als Partner der Zukunft, als Garant des Friedens und der Sicherheit. Er forderte zu regionaler Einheit und Zusammenarbeit auf, um gemeinsam zu verhindern, daß irgendeine Supermacht über die Region dominiere. Wie bitter fremde Vorherrschaft sei, wisse China aus eigener Erfahrung. Die Anspielung galt Sowjets und Vietnamesen, deren Armeen auf fremdem Boden kämpfen.

Unter Protest wichen sie aus der Kasbah

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Unbemerkt im nächtlichen Dunkel marschierte um 3.45 Uhr ein israelischer Infanteriezug in die Kasbah von Hebron. An der Spitze des Trupps stand der Befehlshaber des Wehrbezirks Mitte, Generalmajor Amnon Schachak, begleitet von drei höheren Offizieren.

Er betrat eine kleine Vierzimmerwohnung und wandte sich an sieben israelische Knesset-Abgeordnete, die dort Quartier genommen hatten: „Die Kasbah von Hebron ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Sie haben keine Genehmigung, sich hier aufzuhalten. Ich fordere sie auf, die Kasbah zu verlassen.“ Rabbiner Elieser Waldmann: „Wir weichen unter Protest.“

Dies war nur eine Kampfpause zwischen Arbeiterpartei und Likud. Den Hintergrund bilden die Bemühungen des Likud, das jüdische Siedlungsgebiet auf dem Westjordanufer auszudehnen – gegenüber dem Bestreben der Arbeiterpartei, das Siedlungsgebiet in seinen jetzigen Grenzen zu halten.

Die Siedler, geführt von Rabbi Levinger, hingegen führen eine Politik der „schleichenden Expansion“, um die schwer erhältliche Zustimmung der Regierung zu neuen Siedlungsprojekten zu umgehen. Diesmal jedoch waren sie zu weit gegangen. Die Kasbah ist das Zentrum der nationalistischen Agitation. Eine jüdische Anwesenheit dort muß von den Arabern als Provokation empfunden werden. Verteidigungsminister Rabin ließ daher Rabbi Levinger mit seinen Anhängern aus der Kasbah entfernen.

Sieben Abgeordnete zogen in die Wohnung ein. Sie nahmen an, daß die Armee mit Rücksicht auf ihre parlamentarische Immunität es nicht wagen würde, sie anzutasten.

Bei der Kabinettssitzung kam es deshalb zu stürmischen Auftritten. Außenminister Shamir stellte den Antrag, den Einzug der Abgeordneten in die Kasbah gutzuheißen. Mit 5:5 fiel der Antrag durch, worauf Peres und Rabin die Handhabe hatten, die sie suchten. (SAD)

Am Plöckenpaß verbrüdern sich die einstigen Feinde

Von CARL G. STRÖHM

Die Plakate tragen die österreichischen Farben Rot-Weiß-Rot und die rot-weiß-grüne italienische Trikolore. Sie fordern in deutscher und italienischer Sprache dazu auf, die „Heldengedenkfeier auf dem Plökkenpaß“ zu besuchen. Hier im Süden Kärntens, an der Grenze zu Italien, fand auch in diesem Jahr die bereits traditionelle Ehrung für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges statt.

Der Plöckenpaß (etwa 1300 Meter), heute ein friedlicher Grenzübergang für Touristen in Richtung Mittelmeer, war von 1915 bis 1917 zwischen Italienern und Österreichern heiß umkämpft. Ähnlich wie an der Dolomitenfront in Südtirol oder am Isonzo wurde hier in den Karnischen Alpen unter hochalpinen Bedingungen – in bis zu 2700 Meter Höhe – ein harter, verlustreicher Gebirgskrieg geführt. Soldatengräber und alte Stellungen sind als stumme Zeugen aus jener Zeit übriggeblieben.

Die Kärntner empfinden sich auch heute als Grenzvolk zwischen der mitteleuropäischen und der italienischen sowie der südslawischen Welt. Vielleicht ist das ein Grund, warum man hierzulande unbefangen und wie selbstverständlich von „Heldengedenkfeiern“ spricht und schreibt – und warum alle politischen Parteien des Landes sich jahraus, jahrein an diesen Feiern beteiligen.

Kärnten ist übrigens eine der „Festungen“ der österreichischen Sozialdemokratie. Dennoch oder gerade deswegen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der sozialistische Landeshauptmann (Ministerpräsident) Leopold Wagner – der zugleich auch Landesvorsitzender der SPÖ ist – die Schirmherrschaft über die Plöcken-Feier übernimmt.

Vor der Gedächtniskapelle versammelten sich zahlreiche Besucher, die zum Teil in Autobussen von weit her gekommen waren. Offiziere und Soldaten des österreichischen Bundesheeres erschienen in Uniform. Die Einheimischen trugen meist ihre Kärntner Tracht. Viele ältere Herren hatten auf ihre rostbraunen Kärntner Jacken die Tapferkeitsauszeichnungen des Zweiten Weltkrieges gesteckt. Man sah Ritterkreuzträger, mehrfach das Deutsche Kreuz in Gold, viele Male das Eiserne Kreuz – bis zum Verwundetenabzeichen oder dem Narvik-Schild.

Bundesheer und Kriegsveteranen legten in der Krypta Kränze nieder. Hier sind nebeneinander der letzte Kommandant dieses Frontabschnittes, Oberst Friedrich Scotti, und zwei einfache Zollbeamte, die sich im Gebirgskrieg besonders ausgezeichnet hatten, zur letzten Ruhe gebettet worden.

Eine Gedenktafel besagt: „Aus dem Weltkrieg 1914–18 kehrten vom damaligen k. u. k. Infanterieregiment Graf Khevenhüller Nr. 7 6935 Offiziere und Mann nicht mehr zurück. Das Regiment ist am 12. August 1914 mit 4786 Offizieren und Mann in den Krieg gezogen.“ Das ganze Regiment und die Nachrückenden waren also ums Leben gekommen.

Auch an den Zweiten Weltkrieg erinnert eine Steintafel: „Gebirgsjäger-Regiment Nr. 139 – den Gefallenen und Vermißten zum Gedenken, 1939 bis 1945.“ Darunter werden die Schlachtfelder jener Jahre aufgezählt, auf denen Kärntner Gebirgssoldaten eingesetzt waren: „Galizien, Westwall, Narvik, Lizza, Salla, Alakutti, Fischerhalbinsel, Kiestinki, Bosnien, Istrien.“

Die Grenzschutz-Musikkapelle des österreichischen Heeres in Tarnanzügen und Stahlhelm – die Musiker sind allesamt Reservisten aus dem Tal – spielt das Lied vom guten Kameraden. Auch eine italienische Abordnung aus Paluzza, von der anderen Seite der damaligen Front, legt einen Kranz nieder.

Was bewegt die Dorfbewohner, Bauern, Familien mit Kindern, zu einer solchen Feier zu kommen? Es ist der Respekt vor Mitmenschen und Landsleuten und vielleicht Vorfahren, die einst auch in diesem Lande gelebt und die gleichen Berge gesehen haben, auf die jetzt die Zeitgenossen des Jahres 1985 blicken. Soldaten und Zivilisten, Österreicher und Italiener, die vor der Gedenkkapelle stehen, haben sicher nichts von Ideologie im Sinn. Sie haben sich wohl oft unbewußt den in unserer Zeit verlorengegangenen Sinn für Geschichte bewahrt.

So wie auf dem Land und im Gebirge Tod und Leben nicht so scharf voneinander getrennt und isoliert werden wie in den Großstädten, endet die Heldengedenkfeier mit einem Platzkonzert des Grenzschutzes und einem Sommerfest unter dem Motto „Zauber der Montur“. Am meisten freut das übrigens die Feriengäste aus West- und Norddeutschland.

Zuvor aber gibt es eine europäische Verbrüderung besonderer Art zwischen den einstigen Feinden: Österreichische Offiziere und Soldaten, dann auch die Veteranen mit Ritterkreuz und Eisernen Kreuzen, ziehen über die Grenze ins Gasthaus auf der italienischen Seite. Die italienischen Grenzpolizisten und Zöllner salutieren, ohne daß Pässe oder Ausweise verlangt werden.

Ein österreichischer Oberst, der mit einigen Mitgliedern des Kärntner Abwehrkämpferbundes bei einem Glase des „wallischen“ (italienischen) Rotweins beisammensitzt, lächelt, als ich ihn frage, ob denn das Tragen österreichischer Uniformen auf italienischem Staatsgebiet erlaubt sei. „Theoretisch müßten wir eine Genehmigung einholen“, meint er. „Aber in der Praxis kommen die Italiener in Uniform zu uns, und wir kommen in Uniform zu ihnen, ohne daß jemand etwas dabei findet. Als vor einigen Jahren das große Erdbeben in Friaul war, sind wir vom österreichischen Bundesheer mit unseren Hilfszügen sofort und ohne auf diplomatische Genehmigung zu warten ins italienische Katastrophengebiet gefahren. Wir waren noch vor den italienischen Rettungsmannschaften an Ort und Stelle. Damals fuhr unser Militärkommandant in voller Uniform und mit österreichischem Militärstander auf seinem Wagen zum italienischen Präfekten nach Udine, um ihn zu fragen, was für Hilfe er braucht. Seither genießt das österreichische Heer hier in Friaul einen guten Ruf.“



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Durchdacht und ausgefeilt

„König ist auch mit 80 unentbehrlich"; WELT vom 4. August

In der WELT war ein glanzvolles Lob über den Kardinal König veröffentlicht, das nicht unwidersprochen bleiben kann. In der WELT vom 29. April 1971 stand unter der Überschrift „Kardinal König hält eine Ansprache im Breslauer Dom": Der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König hat am Dienstagabend bei einem Gottesdienst im überfüllten Dom von Breslau den polnischen Gläubigen bescheinigt, sie hätten bewiesen, daß die einst deutschen Gebiete nun ihnen gehörten. „Ich habe euer Land betreten, euer westliches Land. Ihr habt bewiesen, daß es euch gehört, daß es die Heimat eurer Arbeit, eure eigene Heimat und die eurer Kinder ist."

Ehe vom deutschen Bundestag zu den Ostfragen eine verbindliche Stellung genommen worden war, hielt der Kardinal in lateinischer Sprache, also gut durchdacht und ausgefeilt, seine Rede. Er ging über eine harte deutsche Aufbauarbeit von 30 Generationen leichtfertig zugunsten einer Generation polnischer Nutznießung hinweg. Kardinal König ging auch über die deutsche Aufbauarbeit in Schlesien hinweg, wo allein bis 1350 120 Städte und mehr als 1200 Dörfer nach Magdeburger Recht, von Deutschen gegründet wurden. Wußte der kluge Gelehrte nichts von alledem? Oder wollte er nichts davon wissen?

Ist schon die Rede des Kardinals eine Herausforderung an alle vertriebenen Ostdeutschen, so ist seine anschließend erfolgte Ansprache im Dom zu Kolberg nicht zu überbieten an Unwissenheit hinsichtlich der Geschichte Pommerns. In Kolberg hat es nie „polnisches Heiligtum" gegeben. Kolberg war nie polnisch.

Ich habe mich in den Pfingsttagen 1971, nach der politischen Entgleisung des Kardinals König, in einem offenen Brief über den Vatikan in Rom an ihn gewandt. Aus Wien erhielt ich lediglich die Bestätigung meines Briefes.

Als Kenner der polnischen Sprache, Mentalität und Geschichte des polnischen Volkes möchte ich abschließend sagen, daß ich durchaus für eine Verständigung mit dem polnischen Volk bin. Von einer Versöhnung und Verbrüderung zu sprechen, halte ich jedoch für sehr verfrüht.

Ich glaube nicht, daß der Auftritt des Kardinals aus Wien, zu einer Verständigung beigetragen hat.

Mit freundlichen Grüßen
K. von Henke,
Kirchlinteln

Lehrerüberschuß

Es ist nicht zu fassen, mit welcher Kaltschnäuzigkeit der zuständige Regierungspräsident qualifizierte Leute mit acht bis zehn Semestern Studium, dem ersten Staatsexamen, zwei Jahren schwerer psychischer Belastung bei der Ausbildung als Lehramtsanwärter und schließlich dem zweiten Staatsexamen behandelt: Entweder sie bekommen einen Dreijahresvertrag, in welchem gleich darauf hingewiesen wird, daß sie danach keinerlei Anspruch auf eine weitere Anstellung hätten und deshalb schon während dieser Zeit einen anderen Beruf erlernen sollen oder es wird ihnen mitgeteilt, daß sie keine Bewerbungsunterlagen für etwaige spätere Einstellungsverfahren erhalten. Im Klartext heißt das: „Für Sie ist hiermit ein für alle Mal der Lehrerberuf erledigt."

Diese „Lehrer" waren bereits nach ihrem ersten Staatsexamen längere Zeit ohne Beschäftigung und Unterstützung und sind jetzt nach Ablauf ihres Examensmonats wieder ohne Anstellung. Nur in den seltensten Fällen haben sie Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, da zur Ermittlung ihrer „Bedürftigkeit" auf das Einkommen der Eltern oder des Ehemanns zurückgegriffen wird. Die Bemessungsgrundlage beträgt bei den Eltern 1750 Mark, beim Ehemann 1470 Mark.

Mit dem Tag des zweiten Staatsexamens fällt der Beamtenstatus und damit das Recht auf Beihilfezahlungen im Krankheitsfall weg. Das Arbeitsamt trägt aber nur dann die Kosten der Krankenversicherung, wenn auch ein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe besteht. Somit verdient der Betroffene zwar keinen Pfennig, muß aber mindestens 140 Mark monatlich für die Krankenversicherung zahlen. Da er das nicht kann, müssen die Eltern neben dem Unterhalt auch diese Kosten bestreiten. Kein Wunder, daß sich bei den Junglehrern und ihren Eltern eine steigende Erbitterung gegen diesen sogenannten „Rechtsstaat" einstellt.

Zur gleichen Zeit gibt es zahlreiche Schulen, an denen Fächer mangels Fachlehrer ausfallen oder fachfremd unterrichtet werden. In unserem Land hat man für alles Geld – nur nicht für das Bildungswesen, welches schon von Picht als Stütze eines jeden Staates beschrieben wurde.

Hochachtungsvoll
Dr. H. Lieb,
Mülheim 13

Wachsende Insolvenzen

Den Feststellungen Harald Posnys in seinem Kommentar „Zinsappelle" (WELT v. 12. 8.) kann nicht in allen Teilen zugestimmt werden. Die Appelle des Bundesfinanzministers und des sachkundigen Regierungssprechers gehen schon zu Recht an die maßgeblichen Adressen.

In diesem Zusammenhang sollten die jüngst von der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH Frankfurt hochgerechneten Insolvenzzahlen Beachtung finden. So rechnet man für das Jahr 1985 mit einer Gesamtzahl an Konkursen und Vergleichen von 18 400 (1984: 16 750). Damit würden vermutlich 200 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Eigenkapitalquote – so will man wissen – liegt bei den meisten kleinen und mittleren Betrieben bei nur etwa zehn Prozent. Die Ursache hierfür glaubt man in der mangelnden Fähigkeit zur Kapitalbildung zu finden; bedingt durch zu hohe Arbeitskosten und die ungünstigen steuerlichen Rahmenbedingungen. Wesentliche, in ihrer Bedeutung offenbar jedoch verdrängte Kriterien sind jedoch die Langzeitfolgen der langen Phase jener wahnwitzigen Hochzinspolitik, die gottlob durch gezielte Maßnahmen der derzeitigen Bundesregierung beendet werden konnte.

So bleibt festzustellen, daß die meisten Geldinstitute – und dazu zählen insonderheit die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute – sich nur sehr zögernd bereit fanden und finden, sinkende Zinssätze an ihre Kreditnehmer weiterzugeben; trotz mahnender Appelle des Bundesbankpräsidenten und nun auch des Bundesfinanzministers (der sicher weiß wovon er spricht), wie auch des gerade in Wirtschaftsfragen sachkundigen Regierungssprechers.

Den Sparern gegenüber verfährt man da wesentlich konsequenter. Dabei wäre für eine weitere Belebung der Konjunktur, für die Bremsung der Insolvenzflut und damit zur Verhinderung weiterer Arbeitslosigkeit mit niedrigen Zinssätzen mehr zu gewinnen, als mit staatlich initiierten Konjunkturprogrammen, wie sie von den Gewerkschaften wieder einmal drohend gefordert werden.

H. J. Jänschke,
Trier

Wort des Tages

„Ein Leben ohne Feste ist wie ein langer Weg ohne Einkehr."

Demokrit, griech. Philosoph (460–370 v. Chr.)

Angestrichen

„Wie wir leider wissen"; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr zu recht hat Enno von Loewenstern auch auf das gewandelte (?) Verhältnis Willy Brandts und der von ihm (wohin?) geführten SPD gegenüber kommunistischer Machtpolitik hingewiesen. Der Hinweis, daß Brandt demnächst in den SED-Staat reisen wird, „in dem seine Partei vernichtet wurde, wo ihre Opportunisten mit Posten korrumpiert und ihre aufrechten Sozialen Demokraten ins Zuchthaus geworfen wurden", muß unübersehbar angestrichen werden. Warum?

Wird das Axiom „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit" wirklich ernst genommen, dann führt das Erkennen der historischen und aktuellen Bedeutung der SED-„Gründung" im April 1946 (und ihrer „Vor-Etappen") zu der einzig möglichen und zwingend gebotenen Konsequenz, daß sich die antikommunistischen, freiheitlich und demokratisch gesinnten Kräfte im einzig freien Teil Deutschlands in einer breit angelegten Kampagne kämpferisch und offensiv mit den den Deutschen oktroyierten Ereignissen in der Sowjetischen Besatzungszone, dem jetzigen SED-Staat, auseinandersetzen, die Wahrheit darüber verbreiten, und Bezüge zur aktuellen Entwicklung im geteilten Deutschland herstellen.

Der bevorstehende 40. Jahrestag des sogenannten „Vereinigungsparteitages" im April 1946 hat für die Kommunisten bereits jetzt erkennbare Bedeutung für die verstärkte Propagierung und (seit langem schon nicht mehr erfolglose!) Praktizierung kommunistischer Aktionseinheits- und Volksfrontpolitik; ganz besonders gegenüber der SPD und etlichen DGB-Gewerkschaften. Dieser Jahrestag sollte aber auch für wehrhafte Demokraten seine Bedeutung haben: Nämlich in der Verpflichtung gegenüber allen Deutschen, nicht nachzulassen in der nüchternen Analyse und offensiven Abwehr jeder Art politisch-psychologischen Krieges der Kommunisten – einschließlich deren „Bündnispolitik", „Westarbeit", Infiltration und Subversion – und kommunistischer (Über-)Machtpolitik. Das hat gar nichts mit dem von Brandt kritisierten „primitiven Antikommunismus", und auch gar nichts mit „Säbelrasseln" zu tun, sondern zum Beispiel auch mit der Befolgung nach wie vor gültiger Prinzipien, die Kurt Schumacher vor 35, 40 Jahren aufstellte.

Mit freundlichen Grüßen
H. Bärwald,
Grafschaft-Esch

Kirche heute

„Ein Dammbruch der Säkularisation"; WELT vom 15. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anton Schulte ist ein großartiger Prediger. Leider darf er im Kirchenfunk der ARD immer noch nicht sprechen. Um so mehr freue ich mich, wenn er frühmorgens im Evangeliumsrundfunk Wetzlar (Monte Carlo) seine Morgenandachten hält.

Gleichwohl steht ihm ein Urteil über die Gesamtlage unserer evangelischen Landeskirchen nicht zu. Ich habe seinen Lebensbericht gelesen und mehrfach verschenkt. Demnach kommt er aus einer römisch-katholischen Familie, fand in Schottland nach dem Kriegserleben zum lebendigen Glauben an Jesus Christus und ließ sich hier im Oberbergischen Land in Wiedenest an der zentralen Ausbildungsstätte der Freien Evangelischen Gemeinden zum Evangelisten ausbilden.

Ob er die innere Struktur der rheinischen Kirche wirklich nicht kennt? Altenkirchen gehört nämlich zu den typisch ländlichen Kirchenkreisen in unserer Landeskirche mit starken pietistischen Impulsen. Das Gemeindeleben wird von engagierten Christen getragen und ausgebaut und hat sich in vielen Gemeinden der hiesigen Agger-Synode merklich verbessert. Das gilt für die Jugendarbeit, die Gebetskreise und für die Spendentätigkeit.

Daher stehen, soweit es um die Evangelische Kirche in Deutschland geht, den rund zwei Millionen praktizierenden Protestanten über zwanzig Millionen liberal eingestellte gegenüber, die nur zu den hohen Festtagen den Gottesdienst aufsuchen, die Amtshandlungen in Anspruch nehmen, sich für gute Christen halten und nicht daran denken, aus unserer Kirche auszutreten. Ich selbst komme aus einer Familie, die in diesem Sinne gut evangelisch war (und noch ist).

Das kann Anton Schulte nicht wissen und verstehen. Er kann auch nicht begreifen, daß die Kirchenleitungen in unseren Volkskirchen diesen Spannungszustand aushalten müssen. Kein Mensch in unserer Kirche wird daher verlangen können, daß die Mehrheit unserer Kirchenvorstände und Pastoren – aus dem Volksganzen kommend – fundamentalistisch eingestellt ist. Austrittstendenzen hat es immer gegeben aus der Richtung der Freidenker und der Sektierer. Die Letzteren können keine Kirche ertragen, der auch liberale Protestanten angehören.

An einer Stelle gebe ich Anton Schulte völlig recht: „Wort zum Sonntag" und die Morgenandachten sind in meinen Augen für uns Pietisten oft unerträgliche liberale Ergüsse, angereichert mit politischen Anmerkungen aus der sozialdemokratischen Szene. Es wird Zeit, daß der Pietismus – im Rahmen der Landeskirche – seinem Anteil entsprechend auch in der ARD zur Sprache kommt. Dieser liegt in der Rheinischen Kirche, soweit ich es sehe, bei den Kirchenvorständen und Pastoren bei knapp einem Drittel der Gesamtkirche. Auch wird es Zeit, daß die maßgebenden Gremien unserer Kirche endlich gegen das Kinderfernsehen am Sonntagvormittag vorgehen, weil immer noch rund 100 000 Kinder allein in der rheinischen Kirche am Sonntagmorgen zum Kindergottesdienst gehen wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Joh. Kitzel, Pfarrer
Wiehl-Oberbantenberg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Der emeritierte Professor für Anorganische Chemie an der Technischen Universität Braunschweig, Dr. **Hellmut Hartmann**, feierte gestern seinen 90. Geburtstag. Der gebürtige Breslauer studierte an der Technischen Hochschule Breslau Chemie, promovierte zum Dr.-Ing. und habilitierte sich dort 1931 für das Lehrgebiet „Anorganische Chemie". 1938 erhielt er einen Ruf nach Braunschweig verbunden mit der Aufgabe, ein Institut für Anorganische Chemie einzurichten. Dieses Institut hat er dann nach völliger Zerstörung durch Luftangriffe nach Kriegsende wieder aufgebaut und über seine Emeritierung hinaus bis 1965 als Direktor geleitet. Die zahlreichen und vielschichtigen Forschungsarbeiten, die Professor Hartmann allgemeine Anerkennung eingebracht haben, betrafen elementorganische Acetylenverbindungen, Carbide, die Chemie des Trink- und Abwassers mit Entwicklung neuer Verfahren zur Reinhaltung der Flüsse sowie Untersuchungen an Gläsern.

*

Der emeritierte Ordinarius für Pädagogische Psychologie an der Justus-von-Liebig-Universität in Gießen, Professor Dr. **Kurt Günzel**, feierte in Gießen seinen 80. Geburtstag. Der in Schlesien geborene Wissenschaftler, der fast 20 Jahre an der Universität Gießen gewirkt hat, beschäftigte sich vor allem mit Fragen einer ganzheitlichen Psychologie und Soziologie. Von 1966 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1971 war Professor Günzel außerdem Mitdirektor des Seminars für Pädagogische Psychologie an der Universität Gießen.

*

Einer der maßgeblichsten geistigen Gestalter des Deutschen Sportbundes (DSB), Professor **Franz Lotz**, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Der Sportpädagoge Lotz, von 1949 bis 1980 Leiter des Instituts für Leibesübungen der Universität Würzburg, ist in Darmstadt geboren. Nach Studienjahren in Frankfurt am Main, Gießen und München erhielt er 1936 seine Promotion in Berlin. 1938 übernahm er eine Institutsleiterstelle in Leoben und kehrte nach dem Krieg nach Würzburg zurück. Als Mann der ersten Stunde im deutschen Sport nach 1945 wirkt er im wissenschaftlichen Beirat des DSB seit 1950 und war DSB Präsidialmitglied von 1955 bis 1970. Besondere Verdienste erwarb er sich mit seiner stillen Arbeit um die Olympische Akademie in Griechland, das Thema Partnerschaft Kirche und Sport und die Charta des deutschen Sports.

*

Der langjährige Bundestagsvizepräsident **Richard Wurbs** feiert am Montag seinen 65. Geburtstag. Er hatte sich Anfang letzten Jahres aus privaten Gründen aus der Bundespolitik zurückgezogen und sein Amt als Schatzmeister der FDP niedergelegt. Wurbs, der ein 1895 gegründetes Bauunternehmen in seiner Vaterstadt Kassel leitet, ist seit 1973 Vizepräsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und seit 1964 Präsident der Handwerkskammer Kassel. Der Vater zweier Söhne war 1960 in die FDP eingetreten und nach fünfjähriger Tätigkeit in der Kommunalpolitik 1965 in den Bundestag eingezogen. In Bonn leitete er unter anderem mehrere Jahre den Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen der FDP-Fraktion und war Vorsitzender der Arbeitsgruppe Mittelstand. Nach seiner Rückkehr aus dem Zweiten Weltkrieg als Oberleutnant hatte Wurbs das Maurerhandwerk erlernt. 1949 legte er die Meisterprüfung und das Ingenieursexamen im Hochbau ab.

UNIVERSITÄT

An der Universität Dortmund ist von der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin **Anke Fuchs** erstmals an einer Hochschule Nordrhein-Westfalens das Fach „Philosophie der Technik" eingerichtet worden. Auf den neuen Lehrstuhl wurde, als einer der wenigen international anerkannten Technikphilosophen, Professor Dr. **Friedrich Rapp** berufen. Professor Rapp war nach Studien in den Fächern Physik, Mathematik und Philosophie sowie nach einer Assistententätigkeit für Geometrie und Kinematik bis Anfang August Professor für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Technischen Universität Berlin.

WAHL

Der wissenschaftliche Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen, Professor Dr. **Eberhard Hamer**, ist in den internationalen akademischen Beirat des Institut Economique de Paris gewählt worden. Das Pariser Institut sucht die Mitarbeit von Professor Hamer vor allem für das Privatisierungsthema, welches ein neuer Schwerpunkt dieses Institutes werden soll. Professor Hamer gilt auf dem Gebiet der Privatisierung international als einer der führenden Köpfe.

Professor Dr. **Karl Heinz Büsing**, früherer Leiter der Wasserabteilung im Hygieneinstitut der Universität Marburg, ist im Alter von 73 Jahren verstorben. Professor Büsing, in Stettin geboren, hatte 1942 die Leitung der Wasserabteilung und 1943 eine Dozentur für Hygiene und Bakteriologie an der Philipps-Universität übernommen. Er erwarb sich vor allem auf dem Gebiet der Wasserhygiene einen Namen. Nach seiner Pensionierung 1976 führte er ein privates Untersuchungslabor.

Doris Dörries erster Kinofilm: „Mitten ins Herz"

Außenseiter unter sich

Einsamkeit ist peinlich wie Fußpilz. Also spiele ich weiterhin den Clown. Irgendwie braucht man doch für alles, was man tut, einen Zuschauer." Zu dieser deprimierenden Erkenntnis kommt Anna Blume, 22 Jahre alt, Kassiererin in einem Supermarkt und unter dem Alleinsein leidend. Dieser Zustand scheint zu Ende, als ihr der Zahnarzt Dr. Armin Thal, den sie bei der Wohnungsauflösung seiner Mutter kennenlernt, das seltsame Angebot macht, in seine luxuriöse Villa zu ziehen. 2500 Mark will er ihr im Monat dafür zahlen – ohne die geringste Verpflichtung für Anna. Die akzeptiert diesen kuriosen Vertrag und zieht in das Luxusgefängnis des Arztes.

Das Zusammenwohnen dieser beiden Außenseiter geht, natürlich, nicht gut. Anna hat, den „Vertragsbestimmungen" zum Trotz, in diese Vernunftgemeinschaft doch mehr Gefühle investiert – und erwartet. Die Affäre, die nicht stattfindet, trifft sie nun „Mitten ins Herz". So nennt Doris Dörrie ihren ersten Kinofilm, der

Mitten ins Herz – ARD, 20.15 Uhr

1983 entstand. Die Produktion sollte ursprünglich nur ein halbes Jahr in den Kinos laufen; der große Erfolg, auch im Ausland, veranlaßte die Verantwortlichen beim WDR jedoch, die Kinoauswertung zu verlängern und den TV-Termin zu verschieben.

Doris Dörrie, die mit ihrem Film um die Welt gereist ist, konnte interessante Publikumsreaktionen sammeln. In China z. B. meldete sich ein Kinobesucher zu Wort, den der Film an ein Theaterstück erinnerte, dessen Titel ihm entfallen war. Nur soviel wußte er noch: zwei, manchmal vier Männer saßen unter einem kahlen Baum und warteten auf jemanden – ein sehr schmeichelhafter Vergleich übrigens, denn die tiefschürfende Absurdität von Becketts „Warten auf Godot" findet in diesem Streifen nicht statt. In Tokio und New York wurde die Situation der beiden Außenseiter als etwas völlig Normales empfunden – Einsamkeit als Lebensform ist allgegenwärtig in den Metropolen. In Italien (der Film lief bei den Internationalen Filmfestspielen in Venedig 1983) schrieb dagegen eine Zeitung von den „entsetzlichen Frauen des deutschen Films".

Und wer ist diese „entsetzliche Frau", die mit ihrem Werk die Kinobesucher „mitten ins Herz" getroffen hat? Doris Dörrie, 1955 in Hannover geboren, studierte nach dem Abitur Theaterwissenschaften und Film in Amerika und landete schließlich als Filmvorführerin beim Goethe-Institut in New York. Ihre Karriere als Filmemacherin begann 1978 recht vielversprechend mit ihrer Abschlußarbeit der Münchner Filmhochschule „Der erste Walzer", der bei den Filmtagen in Hof, Lübeck und im Forum der Berlinale gezeigt wurde. Es folgten Auftragsarbeiten für verschiedene ARD-Anstalten und das ZDF. „Mitten ins Herz" ist eine WDR-Produktion, die weitgehend vom Kölner Haus finanziert wurde.

Für ihre Hauptpersonen hatte sie ganz bestimmte Typen im Sinn: Neben Beate Jensen, die die Anna mit norddeutscher Kodderschnauze spielt, ihre Sehnsucht nach Zärtlichkeit hinter naßforschen Sprüchen verbergend (sie erhielt für ihre Darstellung 1984 den Max-Ophüls-Preis der Stadt Saarbrücken), wollte Doris Dörrie für den Seelenkrüppel in ihrem Film einen Mann haben, der „immer ein bißchen aus dem Anzug platzt", der nicht deckungsgleich ist mit dem Milieu, in dem Zahnärzte gemeinhin angesiedelt werden. In Josef Bierbichler, bekannt aus Achternbusch-Filmen, fand sie ihre Idealbesetzung: ein etwas ungelenker, unbeholfener Mensch, der nicht viele Worte sagt aus Angst, das falsche zu sagen, der andererseits auch tolpatschige Fürsorge rührend darzustellen weiß.

„Ich stehe nicht auf moralische Attitüden, sondern auf vitale, bösartige Geschichten", sagte Doris Dörrie zu „Mitten ins Herz". „Jeder nimmt sich, was er kriegt, und die Sanftheit, die ja doch nie stimmt, verabscheue ich zutiefst." Diese Aussage soll provozierend klingen, aber man hört doch hindurch, wie betroffen die Regisseurin selbst ist. Und betroffen ist der Zuschauer auch. Denn wenn die Protagonisten in dem Film vordergründig auch nicht „sanft" agieren, wenn sie sich verletzen und den Kampf auf die Spitze treiben, um sich mitten ins Herz zu treffen – eine Metapher, die bewußt und zu recht doppeldeutig angelegt ist –, so empfindet der Zuschauer ein zärtliches Gefühl für die Personen, die Angst vor ihren Emotionen haben. Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil sie ein bißchen von sich selbst in Anna und Armin wiedererkennen?

RAINER NOLDEN

KRITIK

Mit dem Chef eingesperrt

Wochenende – für viele die langerwartete Freizeit nach der Alltagsarbeit, für andere aber auch nur „ein schwarzes Loch, durch das man hindurch muß". So empfindet es auch die Sekretärin Eva Rißmann, Hauptfigur in der zweiten Folge der **Wochenendgeschichten** (ARD). Der Notdienst im Amtsgericht ist für sie deshalb auch keine allzu lästige Pflicht. Aber dann wird sie mit ihrem Chef, dem strengen Richter Dr. Bernd Kunkel, versehentlich eingeschlossen.

Das „Gerichtliche Nachspiel" bringt zwei Menschen zusammen, die bisher nicht viel füreinander übrig hatten. Eva Rißmann ist dem Richter eine unkorrekte Arbeitskraft. Sie sieht in Dr. Kunkel einen herz- und gnadenlosen Rechtsprechungscomputer, der die Menschlichkeit an seinem Arbeitsplatz ausklammert.

Und das sagt sie ihm schließlich auch im Verlauf der 60 Filmminuten, die sich zäh und ereignislos in die Länge ziehen. Der Zuschauer wartet vergebens auf eine Pointe. Daß aus dem peniblen, überkorrekten Vorgesetzten ein einsichtiger, einfühlsamer Mann wird, mag den Zuschauer mit Genugtuung erfüllen. Das reicht aber nicht, um die ansonsten nur vage angedeuteten Persönlichkeitsstrukturen zu spannender Fernsehunterhaltung zu verknüpfen.

Alles bleibt am Ende offen: wie die Wochenendgeschichte des ungleichen Paares in den Alltag mündet – darauf gibt das Drehbuch keinen Hinweis. Der Zuschauer jedenfalls ist froh, nach langen Erwartungen mit den Eingesperrten endlich wieder frei zu sein. Es muß doch Wochenendgeschichten geben, die uns mehr fesseln...

HARALD FRITZ

„...wie man im Leben lebt"

Auf der weitläufigen Terrasse seines Palazzos war das ZDF **Zu Besuch bei Renato Guttuso in Sizilien**. Über die Malerei des kommunistischen Malerfürsten war indes nicht viel zu erfahren. Verschiedene Bilder wurden illustrativ eingeblendet, durchweg ohne Titel und Kommentar. Der Film enthielt sich jeder Kritik, jeder Stellungnahme überhaupt. Der Reporter stellte die erwarteten Fragen, der bemerkenswert vitale 73jährige gab die zu erwartenden Antworten. Sie betrafen den Kommunismus und die Kommunistische Partei, für Guttuso eine Selbstverständlichkeit. Er lebt in ihr, „wie man im Leben lebt"; trotz mancherlei Vorbehalte blieb er ihr stets treu.

Die zwangsläufig nächste Frage: Wie vereinbart sich das mit seinem fürstlichen Besitz, seinem Reichtum und der Tatsache, daß Arbeiter sich seine teuren Bilder nicht kaufen können? Der Künstler verwies darauf, daß sie sich ja seine Druckgraphiken kaufen könnten, wenn sie einen „Guttuso" haben wollten. Im übrigen blieb er dabei: er male für alle und so, daß alle ihn verstehen. Natürlich will er damit auch das politische Bewußtsein beeinflussen, aber indirekt und langfristig. Er malt in letzter Zeit Ideologisches nicht mehr so penetrant wie früher. Über seinem letzten „Liebesgarten" wehen nicht mehr die roten Fahnen.

Das ändert nichts an seinem Engagement. „Alles was ich bin und wofür ich eintrete", sagt er, „erscheint in meinen Bildern." Die Kunst sei das bedeutendste Zeugnis für die zukünftige Gesellschaft und alle, die ihren Tod verkünden, nennt er Totengräber. Er meint es ernst; das spürte man.

EO PLUNIEN

STUDIO

Der WDR veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Düsseldorf einen Autorenwettbewerb **Dramatische Szene**. Teilnahmeberechtigt an diesem Wettbewerb, der innerhalb des „5. Nordrhein-westfälischen Autorentreffens" am 16. November in der Düsseldorfer Kunsthalle ausgetragen wird, sind Autorinnen und Autoren des Landes NRW. Die Beiträge der Endausscheidung, Kurzhörspiele und Theater-Einakter, wird die WDR-Hörspielabteilung anschließend vorstellen. Darüber hinaus sind ein 1. und 2. Preis in Höhe von 2000 bzw. 1000 Mark ausgeschrieben. Über die Bedingung der Teilnahme, deren Frist am 31. August 1985 ausläuft, informiert das Kulturamt der Stadt Düsseldorf.

DW.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Verkehrsgericht
Ein schwarzer Tag für Steffi
11.55 Umschau
12.10 Panorama
Mit Peter Gatter
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
Die zweite Chance
15.25 Fauna Iberica
Luchs auf der Lauer
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (8)
16.55 Die Mellops finden Öl
Zeichentrickfilm
17.05 Admiral's Cup
Hochsee-Segelregatten vor England und Irland
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mitten ins Herz
Deutscher Spielfilm (1983)
Mit Beate Jensen, Josef Bierbichler u. a.
Buch und Regie: Doris Dörrie
21.50 Brennpunkt
Jäger 90 – Eine europäische Bauchlandung
Moderation: Peter Staisch
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Die Königin der Zigeuner
23.45 Im Zauberspiegel
Christa Schulze-Rohr interviewt Eduard Rhein
Gut schreiben, das konnte er schon immer, der dritte Mann in der Hamburger Presse-Welt, Eduard Rhein, Jahrgang 1900. Am 23. August wird er 85 Jahre alt. Zum ersten Mal hat sich Eduard Rhein einem großen Live-Interview gestellt.
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Der Waschbär Rascal
Letzte Folge: Sommerfest am See
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 SP
Das falsche Pferd
16.30 Babbelgamm
Lach- und Lügengeschichten
Durch die Sendung führt Peter Rapp
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Rauchende Colts
Ben Slocum
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
Regie: Ewald Burike
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Polizeirevier Hill Street
Hill Street Roulett
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Internationales Leichtathletik-Sportfest
Aufzeichnung aus dem Letzigrund-Stadion in Zürich
Reporter: Rolf Kramer
Fußball-Bundesliga
Berichte vom 3. Spieltag
23.30 Das kleine Fernsehspiel
Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen
Kamerafilm von Christina Perincioli
0.45 heute



13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Big Valley
Heath, Du bist kein Barkley
15.00 Black Beauty
Pferdedieb (2)
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Der falsche Vetter
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Wo sollen wir die Taufe nehmen?
18.00 Es darf gelacht werden
Liebe, Schüsse und ein General
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Bericht über den Motorboot-Europameister Peter Walusch / Vorbericht zum DFB-Vereinspokal
Moderation: Roman Köster
Anschl. das Skatturnier der BILD-WOCHE
20.00 Offen gesagt
Ilja Richter im Gespräch mit Reni Walther
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Mister Dynamit – Morgen küßt euch der Tod
Deutsch-ital.-span. Spielfilm (1966)
Mit Lex Barker, Maria Perschy, Amadeo Nazzari u. a.
Regie: J. J. Gottlieb
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Götter, die in Höhlen wohnten
19.00 heute
19.30 Live aus dem Letzigrund-Stadion in Zürich:
Internationales Leichtathletik-Meeting
Kommentar: Peter Tobler
22.45 Kulturjournal
23.30 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.30 Neues von der Katze mit Hut (3)
19.00 Aktuelle Stunde
mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD

18.30 Neues von der Katze mit Hut (3)
19.00 ESTA
Internationaler Kongreß der European String Teachers Association

HESSEN

18.30 Neues von der Katze mit Hut (3)
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Brot – einmal nicht vom Bäcker
19.35 Der Physik-Zirkus II (7)
Nicht nur Salz kann man streuen

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Heute live aus Lübeck
Ein musikalisches Stadtporträt mit Filmen, Gesprächen, Diskussionen und Musik aus dem Kursaal Travemünde
Moderation: Carl Heinz Ibe und Hans-Jürgen Börner
21.45 Rückkehr nach Monopoli
Ein Haus in der Heimat
Zweiteiliger Film von Peter Kammerer
22.30 Rache aus dem Knast
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit George Kennedy, Anne Jackson, Eli Wallach u. a.
Regie: Richard A. Colla
Als der Versicherungsdetektiv Paul Cameron von seinem Arzt erfährt, daß er nicht mehr lange zu leben hat, entwickelt er einen heiklen Plan ...
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

16.00 Jeremy
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
The Who
20.15 Wanderungen durch die DDR
Der östliche Harz
21.00 Berüchtigt
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Ingrid Bergmann, Gary Grant u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
22.40 Das romantische Zeitalter
Die sanfte Gewalt der Musik
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Weißblaue Musikparade
20.45 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
In einem japanischen Garten
21.50 Claire (4)
22.40 „Wenn wir nicht kommen ..."
Fliegende Ärzte in Afrika
23.25 Rundschau

Amerikanisches Fernsehen feilscht

● Fortsetzung von Seite 1

Zeitunterschied von 13 Stunden zwischen Seoul und New York ein schweres Handicap. Zahlreiche Entscheidungen sind nicht mehr „live" zu senden.

Barry Frank hält dem entgegen, daß die Spiele von Seoul nicht in ein Sommerloch fallen, das vom Fernsehen sonst mit billigen Wiederholungen gestopft wird, sondern in einer Zeit stattfinden, in der die Amerikaner am fernsehhungrigsten sind, nämlich vom 17. September bis 2. Oktober.

Außerdem ist Olympia-Verkäufer Frank ein alter Fernsehhase, der sich nicht mit billigen Argumenten abspeisen läßt. Er war einst Präsident der Sportabteilung der Fernsehgesellschaft CBS. Und das wirksamste Argument, das Frank den klagenden Olympia-Einkäufern entgegenhält, ist eine Statistik. Sie zeigt, daß sich in den vergangenen 20 Jahren der olympische Fernsehpreis alle vier Jahre mindestens verdreifacht hat. Und großzügig, wie er ist, hat Frank wissen lassen, daß er dieses Mal mit einer Verdoppelung des Preises von Los Angeles zufrieden sein könnte.

Also: 450 Millionen zum ersten, zum zweiten …

Kreml bleibt Konferenz in Erice überraschend fern

Möglicher Grund: Sowjetischer Wissenschaftler verschwunden

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das mysteriöse Verschwinden eines sowjetischen Wissenschaftlers und eines Sicherheitsbeamten der römischen Sowjetbotschaft überschattet das diesjährige internationale Treffen von Erice (Sizilien), wo seit Jahren Top-Wissenschaftler aus Ost und West über Atomwaffen und die Gefahren eines nuklearen Krieges diskutieren. Der Fall, der einem Kriminalroman à la John Le Carré zu gleichen scheint, hat die sowjetische Delegation offensichtlich bewogen, auf ihre bereits fest zugesagte Teilnahme an der bis Samstag dauernden Zusammenkunft zu verzichten.

Zur gestrigen Eröffnungssitzung in Anwesenheit des italienischen Außenministers Andreotti waren die Sowjets, deren Delegation vom Sohn des sowjetischen Staatsoberhauptes, Anatolij Gromyko, geleitet werden sollte, jedenfalls nicht erschienen.

Bei dem spurlos verschwundenen Wissenschaftler handelt es sich um den 44jährigen Mathematiker Wladimir Alexandrow, Direktor des Rechenzentrums der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Als einer der Spitzenvertreter der sowjetischen Erice-Delegation hatte er im vergangenen Jahr mit seinen alarmierenden Berechnungen der mutmaßlichen Folgen eines Atomkrieges für das Klima der ganzen Erde weltweit Aufsehen erregt.

Zum letzten Mal war Alexandrow Anfang April in Madrid gesehen worden. Sein Verschwinden wurde im Westen erst bekannt, als sich seine Frau einige Wochen später hilfesuchend an Freunde in den USA wandte. Die Sowjetbotschaft in Madrid teilte am 17. Juli offiziell mit, daß der Wissenschaftler vermißt werde.

Auf die Frage, ob sich Alexandrow in den USA aufhalte, antwortete in Erice der amerikanische Atomwissenschaftler und Initiator des SDI-Projektes, Edward Teller: „Ich habe glaubwürdige Leute danach gefragt. Sie haben mir versichert, daß er sich nicht bei uns befindet. Ich weiß nicht einmal, ob er überhaupt noch am Leben ist."

Vor etwa drei Wochen verschwand in Rom auch der erst kurz zuvor aus Moskau eingetroffene Sicherheitsattaché der Sowjetbotschaft, Vitalij Jurtschenko, der in Erice über die Sicherheit der sowjetischen Delegationsmitglieder wachen sollte. Die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera" spekulierte allerdings, Jurtschenko habe Nachforschungen über den verschwundenen Alexandrow anstellen sollen.

Bayern will wieder mündliches Physikum für die Mediziner

München kündigt Länder-Abkommen mit Mainzer Institut für Prüfungsfragen

PETER PHILIPPS, Bonn

Für die Mediziner-Ausbildung zeichnet sich eine entscheidende Veränderung ab. Denn die ärztliche Vorprüfung, bei der im Frühjahr etwa die Hälfte der Kandidaten erst durchfiel und dann durch „Gnadenakt" der aufgeschreckten Politiker doch fast vollständig noch bestand, soll das (nach 1981) zweite, aber auch letzte „Skandal-Physikum" gewesen sein. Hierzu sind jedenfalls die Bayern fest entschlossen, nachdem sie das angewandte „Multiple-choice-Verfahren", das allein aus dem Ankreuzen von Antworten besteht, ohnehin in den vergangenen Jahren nur sehr widerwillig mitgetragen haben.

Da auf den üblichen Wegen eine Änderung des bisherigen Prüfungs-Verfahrens offensichtlich nicht zu erreichen ist, hat die bayerische Staatsregierung das Länder-Abkommen mit dem für das Physikum zuständigen Mainzer „Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen" (IMPP) jetzt gekündigt. München folgt damit dem Beispiel der Landesregierung in Hannover, um den notwendigen Druck für eine Neuregelung zu erzeugen.

Nachdem sich die Länder nach langwierigen Verhandlungen bereits darauf geeinigt haben, bei der Zulassung zum Studium endlich wieder dem persönlichen Gespräch zwischen Professor und Student einen wesentlichen Rang bei der Entscheidung einzuräumen, wollen die Bayern nun auch bei der ärztlichen Vorprüfung die schriftliche Beantwortung von Fragen zurückdrängen zugunsten eines wesentlichen mündlichen Prüfungsteils, „um zu gerechteren Ergebnissen zu kommen".

Um zu einer größeren Prüfungsgerechtigkeit zu kommen, war das „Kreuzchen-Verfahren" Anfang der siebziger Jahre aus den USA importiert worden – mit zwei wesentlichen Unterschieden: Die Fragen in Amerika sind im Gegensatz zu den hiesigen immer auf ihren Schwierigkeitsgrad hin „vorgetestet" und nachträglich nicht veröffentlicht worden. In der Bundesrepublik Deutschland hingegen waren die Mainzer Prüfungsexperten zweimal aus allen Träumen geweckt worden, weil sie nach eigenem nachträglichen Eingeständnis die Schwierigkeit der Fragen falsch eingeschätzt hatten. Beide Male im Bereich der ansonsten fast unbeachteten Neurophysiologie. Und die jeweiligen Fragebögen werden bei uns immer veröffentlicht: Dem Mainzer IMPP ging auf diese Weise schnell der Vorrat an noch unbekannten, wirklichkeitsnahen Fragen zur Neige, die Studenten lernen in den vorklinischen Semestern kaum noch, wie man Krankheiten heilt, sondern büffeln alte Prüfungsfragen.

1981 bereits hatten die Landesgesundheitsminister nach einem öffentlichen Aufschrei über ein „Skandal-Physikum" nachträglich allen Kandidaten Punkte gutgeschrieben, nachdem die Unbrauchbarkeit eines ganzen Fragenkomplexes festgestellt worden war. Außerdem wurde den dennoch Durchgefallenen dies nicht als Prüfungsversuch gewertet – entscheidend, weil nur drei Versuche erlaubt sind. Die Nachbesserung gab es auch jetzt wieder.

Die Streichung als Prüfungsversuch hat inzwischen der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann in einem Brief an die Vorsitzende der Konferenz der Ländergesundheitsminister, die baden-württembergische Ministerin Barbara Schäfer, verlangt, mit Kopien an alle Länder-Kollegen sowie Bundesminister Heiner Geißler. Die Antwort aus Stuttgart läßt auf sich warten: Der zuständige Abteilungsleiter ist derzeit mit Frischei befaßt.

WDR diskutiert Neubesetzung des Bonner Büros

gba. Bonn

Der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) befaßt sich heute und morgen mit der Zukunftskonzeption des Westdeutschen Fernsehens, unter anderem mit der Möglichkeit bundesweiter Ausstrahlung des Dritten Programms über Satellit. Dem Vernehmen nach will Intendant Friedrich Nowottny zumindest informell schon seine Entscheidung für die Neubesetzung des Bonner Büros des WDR erörtern, das für die ARD die Berichterstattung und Kommentierung aus der Bundeshauptstadt übernimmt und wöchentlich den „Bericht aus Bonn" produziert.

Seit der Berufung Nowottnys zum Intendanten hat sein bisheriger Stellvertreter Ernst-Dieter Lueg diese Sendung geleitet. Er soll jetzt zum Büroleiter berufen werden. Nachrükker auf seine bisherige Stelle soll dem Vernehmen nach der bisherige Korrespondent in Rom, Eberhard Piltz, vom Bayerischen Rundfunk werden. Aus Unionskreisen wurde mit Unbehagen auf diese Entwicklung verwiesen, da Lueg dem SPD-Lager zugerechnet wird und auch Piltz als Anhänger einer sozialliberalen Politik gilt. Zwar wird Luegs Bemühen um ausgewogene Berichterstattung nicht bestritten, dennoch sieht man in der Besetzung beider Spitzenposten mit eher links von der Mitte orientierten Journalisten die Gefahr künftiger Einseitigkeit der unter Nowottny als unabhängig geltenden Berichterstattung.

Der Bundesverband Kabel und Satellit hat gestern den WDR-Verwaltungsrat aufgefordert, dem Intendanten Anweisung zu erteilen, das dritte regionale Fernsehprogramm nicht über Satellit auszustrahlen. Der Verband protestierte damit gegen „Bestrebungen der ARD-Anstalten, die ja bereits über mehrere terrestrische Sendernetze verfügen, jetzt auch auf den Satelliten und darüber hinaus in den Kabelnetzen eine durch nichts gerechtfertigte Vorrangstellung zu erzwingen".

Hamburger Pilot in Ungarn verhaftet

dpa, Bonn

Der 30 Jahre alte Hamburger Pilot Jörg Steber ist Anfang August wegen des Verdachts der Fluchthilfe in Ungarn verhaftet worden, bestätigte auf Anfrage in Bonn das Auswärtige Amt. Steber soll in Csongrad nahe der rumänischen Grenze festgenommen worden sein. Nicht bekannt ist jedoch, ob er mit seiner Sportmaschine vom Typ Piper PA 12 nach Ungarn geflogen ist.

Steber soll heute in ein Gefängnis nach Budapest verlegt werden. Mit seiner Maschine war er in Hamburg als „Himmelschreiber" für Reklameaktionen bekannt geworden.

„DDR"-Einreise: Diskriminierungen

dpa, Berlin

Mehr als 380 West-Berlinern ist in diesem Jahr nach Angaben von Innensenator Heinrich Lummer (CDU) die Einreise in die „DDR" verweigert worden. Im vergangenen Jahr seien es insgesamt 703 gewesen. Von dem Einreiseverbot sind vor allem ehemalige Übersiedler aus der „DDR" betroffen und West-Berliner, deren Verwandte in der „DDR" einen Ausreiseantrag gestellt haben.

Der Übersicht des Senats zufolge ist auch 28 Mitgliedern der Alternativen Liste (AL) die Einreise von den Ostberliner Behörden nicht gestattet worden.

Erneut schwere Kämpfe in Beirut

dpa/UPI, Beirut

Christliche und moslemische Milizen haben sich in der Nacht zum Dienstag in Beirut erneut schwere Kämpfe geliefert. Nach über neunstündigen Gefechten unter Einsatz von Artillerie, Granatwerfern und Raketen im Osten und Süden der Stadt, bei denen auch der internationale Flughafen von 40 Raketen getroffen wurde, meldete der Sender „Stimme der Nation", daß mindestens 22 Menschen getötet und über 100 verletzt worden seien. Erst am Vortag waren bei zwei Anschlägen 29 Menschen ums Leben gekommen und rund 90 verletzt worden.

Papst und Hassan überwinden Gegensätze

■ Fortsetzung von Seite 1

xistischen Ideologie gegenüber wesentlich sicherer zeigen als die christliche Welt.

„Wir brauchen den Marxismus nicht; seine Lehre finden wir viel besser im Koran", sagte uns der Religionsminister des sozialistischen Algerien noch zu einer Zeit, als Algerien der Hort der Weltrevolutionäre war. Auf diese Basis des Islam gründet Hassan II. seine von der westlichen Welt immer noch nicht verstandene Union mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi. Der Herrscher des Sherifen-Reiches sieht hierin eine bessere Möglichkeit, Libyen aus der sowjetischen Umarmung herauszuhalten.

Der Papstbesuch in Marokko zeigt, daß der Pole Karol Wojtyla die Chance gemeinsamer Gläubigkeit über die Gegensätze der Religion stellen will: Johannes Paul II. in Casablanca: „So wichtig die wirtschaftlichen Probleme sind, der Mensch braucht seine intellektuelle und geistige Freiheit. Der Verlust der inneren Werte und die Identitätskrise, durch die unsere Welt heute geht, zwingen uns, nach dem Plan Gottes uns neu zu orientieren." Die beiden Religionen sehen den gleichen Individualismus, der dem marxistischen Denken entgegensteht.

Um auch die Gegensätze auszusprechen – die anzuerkennen zum gegenseitigen Respekt gehören –, erläuterte der Nachfolger Petri die „Idee, die die Christen von der Person und dem Werk Jesus von Nazareth haben. „Ihr wißt, daß Jesus für uns Christen zur intimen Kenntnis der Mysterien Gottes über seine Abstimmung von ihm kam." Für den Islam ist Jesus nicht mehr als ein Prophet. Die Vorstellungen eines Gottessohnes lehnt der Moslem entschieden ab. So kann denn das ruhige Schweigen der Massen nach diesen Worten als ein Zeichen der Toleranz gewertet werden, die der Anerkennung und gegenseitigen Respektierung dienen kann.

Wo der „DDR"-Geheimdienst Sekretärinnen einschleust

Für das MfS ist nicht nur das Kanzleramt interessant

dpa, Hamburg

Dem „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und anderen östlichen Geheimdiensten ist es seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gelungen, in Vorzimmern von Behörden Agentinnen unterzubringen, die sich dann im Laufe ihrer Tätigkeit in informationsträchtige Positionen hocharbeiteten.

Für jeden Top-Spion in der Bundesrepublik wendet das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit jährlich bis zu 150 000 Mark auf. Jeder hat seinen eigenen „Instrukteur". Diese Führungsoffiziere dürfen mit der „Quelle", dem Spion also, nur im Ausland zusammenkommen. In der Regel finden solche Treffs in Amsterdam, Brüssel, Zürich, Helsinki, Kopenhagen oder Wien statt.

Im Falle der verschwundenen Sonja Lüneburg gilt es als möglich, daß die Versetzung der langjährigen Sekretärin von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann auf den Platz einer Sachbearbeiterin vom „DDR"-Geheimdienst als ein „Kaltstellen" aufgefaßt worden sei. Die Angst vor einer vermeintlichen Enttarnung hätte den Befehl an Frau Lüneburg bewirken können, ihren Platz sofort zu verlassen. Beim jüngsten Fall, dem Verschwinden der 52jährigen Ursula Richter, die seit mehr als zwölf Jahren als Buchhalterin in der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn gearbeitet hat, scheint dagegen zunächst noch völlig unklar zu sein, was für den Geheimdienst der „DDR" von Interesse hätte sein können.

Die höchste Haftstrafe wurde bislang gegen Christel Guillaume, die Ehefrau des „DDR"-Spions Günter Guillaume, verhängt. Guillaume war bis 1974 Referent des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt. Frau Guillaume – sie arbeitete in der hessischen Landesvertretung in Bonn – wurde zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

29. Juni 1958: – Die Behörden nehmen Erika Schneider, die bereits entlassene Vorzimmerdame von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, fest. Frau Schneider hatte Dienstgeheimnisse an die „DDR" weitergegeben. Frau Schneider wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Für das KGB spioniert

Oktober 1960: – Rosalie Kunze, die seit 1956 als Sekretärin im Bundesverteidigungsministerium arbeitete, wird als Mitglied eines mehrköpfigen Agentenringes festgenommen. Sie wird 1961 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

22. März 1962: – Liselotte Krolopp, Sekretärin im Auswärtigen Amt, wird enttarnt und verhaftet. Sie hatte seit 1958 dienstliche Schreiben an den „DDR"-Nachrichtendienst weitergeleitet.

11. Oktober 1967: – In Bonn wird die Sekretärin im Auswärtigen Amt, Leonore Sütterlin, unter dem Verdacht der Spionage für den sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Sie begeht am 15. Oktober Selbstmord.

26. Februar 1970: – Die Vorzimmerdame von Wissenschaftsminister Hans Leussink, Irene Schultz, wird zusammen mit ihrer Agentenführerin Liane Lindner festgenommen. Frau Schultz hatte seit 1957 für den „DDR"-Geheimdienst spioniert. Sie wird im September 1972 ohne Gerichtsverfahren in die „DDR" abgeschoben.

24. April 1974: – Gemeinsam mit ihrem Mann Günter Guillaume, dem Referenten des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, wird Christel Guillaume verhaftet. Wegen Landesverrats und Beihilfe zum Bruch von Dienstgeheimnissen wird sie im Dezember 1975 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Im März 1981 wird sie gegen Häftlinge aus der „DDR" ausgetauscht.

Schwerer Geheimnisverrat

14. Mai 1976: – Die Chefsekretärin im Auswärtigen Amt, Helge Berger, wird als „DDR"-Spionin enttarnt. Wegen besonders schwerer Agententätigkeit verhängt das Oberlandesgericht Düsseldorf im November 1977 eine fünfjährige Freiheitsstrafe.

1. Juni 1976: – Renate Lutze, Chefsekretärin in der Sozialabteilung des Verteidigungsministeriums, und ihre Agentenführerin Christine Gerstner werden verhaftet. Im Juni 1979 wird sie zu sechs Jahren Haft verurteilt. Frau Gerstner erhält eine siebenjährige Freiheitsstrafe.

4. Mai 1977: – Die im Bundeskanzleramt tätige Sekretärin Dagmar Kahlig-Scheffler wird festgenommen. Wegen umfangreichen Geheimnisverrats erhält sie im Mai 1979 vier Jahre und drei Monate Haft.

2. Februar 1979: – In Brüssel wird Ingrid Grabe, Sekretärin bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der NATO, festgenommen und den deutschen Behörden übergeben. Wegen Spionage für die „DDR" wird eine Freiheitsstrafe von vier Jahren gegen sie ausgesprochen.

Anfang August 1985: – Sonja Lüneburg, eine Mitarbeiterin von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP), verschwindet. Am 19. August bestätigt die Bundesregierung, daß Frau Lüneburg möglicherweise eine falsche Identität angenommen hat. Der Spionageverdacht erhärtet sich.

19. August 1985: – Ursula Richter, eine 52jährige Angestellte des Bundes der Vertriebenen, ist nicht aufzufinden. In ihrer Wohnung werden nach Angaben der Behörden „nachrichtendienstliche Gegenstände" entdeckt. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit.

Höffner kritisiert Befreiungstheologie

dpa, Köln

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat der insbesondere in Lateinamerika vertretenen Theologie der Befreiung vorgeworfen, sie verabscheue den Kapitalismus so sehr, „daß von vornherein ein Ja zum Umsturz dieses Systems vermutet werden kann". Auf einer Tagung im Institut der deutschen Wirtschaft sagte Höffner weiter, diese Theologie sei „in wesentlichen Aussagen mit der Soziallehre der Kirche nicht vereinbar".

Die Befreiungstheologie, die es als konkrete Aufgabe des Christentums ansieht, sich für soziale Reformen zugunsten unterdrückter Bevölkerungsschichten einzusetzen, war bereits im vergangenen Jahr vom Vatikan kritisiert worden. Dem brasilianischen Franziskanerpater Leonardo Boff, einem der bekanntesten Vertreter dieser theologischen Richtung, wurde ein einjähriges öffentliches Rede- und Äußerungsverbot auferlegt.

Expertenausschuß für Euthanasie

AFP, Den Haag

In den Niederlanden hat eine vor drei Jahren zur Vorbereitung einer neuen Euthanasie-Gesetzgebung ins Leben gerufene Kommission erklärt, Ärzte sollten auf ausdrücklichen Wunsch des Betroffenen dem Leben eines unheilbar erkrankten Patienten unter bestimmten Voraussetzungen ein Ende setzen können. Mehrheitlich war die Kommission der Auffassung, eine Euthanasie sollte auf den ernstzunehmenden Wunsch des Patienten zulässig sein, wenn der Arzt sie im Rahmen einer Behandlung vornähme und der Bittsteller sich in einer aussichtslosen Lage befinde. Dabei dürfe der Arzt jedoch nicht alleine handeln, sondern müsse einen Kollegen zu Rate ziehen, der auf eine von den zuständigen Ministerien aufzustellende Liste aufgenommen sei.

SPD: Renaissance der Genossenschaftsform

p.p. Bonn

Die SPD will, nachdem sie sich der Genossenschaften als einer ihrer alten Säulen erinnert hat, auch mit Gesetzesvorlagen im Bundestag aktiv werden. Hans-Ulrich Klose, Vorsitzender der Partei-Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen, hat gestern angekündigt, daß es dabei u. a. darum gehen soll, das „Arbeitsförderungsgesetz zu erweitern". Nach dem Vorbild Österreichs sollen Belegschaften, die ihren von der Pleite bedrohten Betrieb in Genossenschaftsform selbst weiterführen wollen, unter gewissen Voraussetzungen „Liquiditätshilfen" erhalten können.

Ein erster praktischer Schritt soll nach den Vorstellungen Kloses möglicherweise beim parteieigenen „Vorwärts" versucht werden.

Sommer-Pause

J. Sch. (Paris) – Wenn es nach den Franzosen ginge, so würden sie am liebsten alle im Juli oder August Urlaub nehmen. Das liegt nicht nur an den auf diese beiden Sommermonate konzentrierten Schulferien. Vorher oder nachher zu verreisen gilt in diesem Lande auch immer noch – dem Nachbarn oder Kollegen gegenüber – als degradierend. Aber die Erfordernisse der Wirtschaft zwingen allmählich zum Umdenken. Der immer stärker werdende internationale Wettbewerb erlaubt Frankreich nicht mehr, seine Industrieproduktion und seinen Export um diese Jahreszeit weitgehend einzustellen.

Noch vor drei Jahren hatten in Frankreich 54 Prozent aller Unternehmen im Juli oder August wegen Betriebsferien geschlossen. In diesem Jahr werden es nach jüngsten Erhebungen 41 Prozent sein. Auch das ist noch eine sehr hohe Ausfallquote. In der Bundesrepublik und in Großbritannien ist sie nur halb so groß und verteilt sich auf drei Monate. In den USA und in Japan dagegen wird voll durchgearbeitet. Nur Italien übertrifft Frankreich noch an Betriebsruhe.

Immerhin aber hat Frankreich erstmals einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zu einer den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechenden Urlaubsstaffelung erzielt, ohne daß es diesmal besonderer amtlicher Ermahnungen bedurft hätte. Zwar sind die Feriengewohnheiten gerade in lateinischen Ländern besonders starr. Unumstößlich sind sie aber nicht – vor allem nicht in Krisenzeiten, wenn man sich ohnehin nur noch einen kürzeren Urlaub leisten kann.

Whisky und Bier

fu – Kommt der „white knight", der weiße Ritter, doch noch rechtzeitig, um den schottischen Whisky-Produzenten Arthur Bell & Sons („Bell's") aus der immer enger werdenden Umklammerung des expansionshungrigen Brauerei-Konzerns Arthur Guinness zu befreien? Es sieht nicht danach aus, um die Frage umgehend gemäß dem jetzigen Stand der Dinge zu beantworten. Denn ein Retter, der da auf ominöse Weise ins Spiel gebracht worden ist, der Tabak-Konzern Rothmanns International, hat Spekulationen über ein beabsichtigtes Gegenangebot in letzter Minute als frei erfunden zurückgewiesen. Noch wenige Tage zuvor hatte sich die Führung von Arthur Bell & Co. auf entsprechende Fragen in vielsagendes Schweigen gehüllt. Dieses Nicht-mit-der-Sprache-Herauswollen hat viele Aktionäre verunsichert und hat damit die Glaubwürdigkeit von Bell erheblich untergraben. So sieht alles danach aus, als würde die Mehrheit der Bell-Aktionäre das Guinness-Angebot in Höhe von 360 Millionen Pfund annehmen unter dem Guinness-Motto: „Whisky und Bier – das rat' ich dir."

US-ZINSEN / Präsident Reagan kritisiert die hohen Spannen der Geldinstitute

Überteuerte Kredite der Banken behindern wirtschaftliche Erholung

HORST-A. SIEBERT, Washington

Nicht nur dem deutschen Kreditgewerbe werden überhöhte Zinsspannen vorgeworfen. In den USA kommt die Kritik direkt aus dem Weißen Haus; so hat sich Präsident Ronald Reagan schon mehrfach darüber beklagt, daß „die Banken, Sparkassen und anderen Finanzinstitute die gesunkenen Geldpreise nicht an die Verbraucher weitergeben, was die wirtschaftliche Erholung behindert".

Dabei weist der Präsident gern darauf hin, daß die Prime Rate, der eigentliche Leitzins, seit seinem Amtsantritt im Januar 1981 von 17 auf 9,5 und der amtliche Diskontsatz von zwölf auf 7,5 Prozent zurückgenommen worden sind.

Zinsschelte verteilt auch der Kongreß. Von Senatoren und Abgeordneten beider Parteien sind noch stärkere Töne zu hören – zum Beispiel der Vorwurf, nach dem Reinfall in Lateinamerika und den vielen faulen Farm-, Energie- und Schiffbaukrediten sanierten sich die Institute auf Kosten der inländischen. Dafür sprächen die hohen Gewinne trotz zunehmender Rückstellungen; geschont würden die Aktionäre, heißt es. Der amerikanische Bankenverband reagiert ähnlich wie der deutsche. Sie weisen darauf hin, daß die Zinsen vom Markt bestimmt werden.

In den USA begnügt man sich nicht mit Worten, man legt nackte Zahlen vor. Erst einmal geprüft werden die Geldeinstandskosten der Banken; das sind zum Beispiel die Zinsen, die sie selbst an ihre Einleger zahlen. Gesetzlich vorgeschrieben sind nur noch die Habenzinsen der Sparbuchbesitzer; sie erhalten 5,5 Prozent per annum. Im Durchschnitt zahlten die Institute in der vergangenen Woche für Notenbanktagegeld (Federal Funds), 7,88 und für Geldmarktkonten 6,9 Prozent. Für die Benutzung des Diskontfensters wurden den Mitgliedsbanken des Federal Reserve Systems 7,5 Prozent abverlangt, während einmonatige Certificates of Deposit (CDs) über mindestens eine Mill. Dollar, ein wichtiges Refinanzierungsinstrument der Großbanken, 7,78 Prozent kosteten.

Den Geldeinstandskosten gegenüber stehen die Sollzinsen, also der Preis, der den Kreditkunden der Institute in Rechnung gestellt wird. Die Prime Rate, der Zinssatz für kurzfristige Darlehen an beste Adressen, ist heute nur noch eine grobe Meßgröße. Kaum ein Unternehmen dieser Kategorie zahlt 9,5 Prozent, da zumeist Rabatte ausgehandelt werden. Kleine und mittlere Firmen müssen mit einem Aufschlag von zwei bis vier Prozent rechnen. Normalerweise beträgt die Spanne zwischen Prime Rate und CDs rund 1,5 Prozent.

Anders sieht es bei den Verbraucherkrediten aus. Für ungesicherte persönliche Darlehen mit einer Laufzeit von drei Jahren verlangte die Chase Manhattan (New York) letzte Woche mindestens 16,75 Prozent per annum. Bei der Continental Illinois (Chicago) und der Bank of America (San Francisco) betrug der Satz 17 und 19,5 Prozent. Für Hypotheken wurden im Landesdurchschnitt 12,58 Prozent verlangt.

Nach einer Aufstellung der US-Notenbank kosteten im Mai ausstehende Kreditkarten-Zahlungen durchschnittlich 18,74, 24monatige persönliche Kredite 16,09 und 48monatige Autodarlehen 13,16 Prozent. Billiger sind die Finanzierungsgesellschaften der Autokonzerne. Für neue Wagen berechneten sie im Juni 12,06, für gebrauchte Autos 17,77 Prozent. Den Markt durcheinandergebracht hat jetzt General Motors, die Autodarlehen für 32 Modelle zu 7,7 Prozent anbietet. Es ist der niedrigste Jahreszins seit Bestehen der Finanztochter.

Um die Entwicklung der Marktzinsen und der Spannen richtig einzuschätzen, dürfen die Finanzierungskosten des Staates nicht fehlen. Nach Angaben der US-Notenbank versteigerte das Schatzamt im Juli drei- und sechsmonatige Bills für durchschnittlich 7,05 und 7,16 Prozent. Dreijährige Papiere brachten 9,18, zehnjährige 10,31 und 30jährige 10,5 Prozent. Für erstklassige Unternehmensanleihen (AAA) wurden 10,97, für BAA 12,43 Prozent per annum gezahlt.

DEUTSCHER WERBERAT

Medien sollten Werbung nicht völlig ausreizen

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Medien sollten ihre Eigenwerbung mit Fingerspitzengefühl betreiben." Dankwart Rost, Vorsitzender des Deutschen Werberats, beklagte gestern in Bonn, daß vor allem am Markt der Publikumszeitschriften „mit immer härteren Bandagen um Käufer und Abonnenten geworben wird". Er appellierte an die Herausgeber, ihre Werbung „nicht völlig auszureizen".

Rost begründete seine Kritik mit dem Anstieg der Verbraucherbeschwerden über Werbemaßnahmen der Medien: Im ersten Halbjahr 1984 waren nur ein Prozent aller bei diesem Selbstkontrollorgan der Werbewirtschaft eingegangenen Eingaben gegen Werbung von Zeitschriften oder Zeitungen gerichtet; im ersten Halbjahr 1985 sei dieser Prozentsatz auf sieben gestiegen. Ursachen des Unwillens bei den Verbrauchern seien vor allem Verletzungen religiöser Gefühle und der Würde der Frau gewesen.

Rost räumte allerdings ein, daß sich die Medien „durchweg" an die werberechtlichen Bestimmungen halten. Überdies sei zu berücksichtigen, daß sich die Werbeausgaben der Massenmedien in den vergangenen zehn Jahren vervierfacht hätten, „und wenn eine Branche mehr wirbt, rückt sie auch stärker in die Zone der Kritik".

Sinkende Auflagen und schrumpfende Werbeeinnahmen zwängen eben zu mehr Eigenwerbung, „und da verläßt manchen Fachmann das Gefühl für die Empfindlichkeit einzelner Gruppen in der Gesellschaft". Der Werberat bedaure dies, „denn das nach den ideologischen Verwüstungen der siebziger Jahre mühsam wieder hergestellte Vertrauen zwischen Öffentlichkeit und Werbewirtschaft könnte durch die Entgleisungen Einzelner Schaden erleiden".

Ansonsten aber sei der Werberat mit der Wirtschaft zufrieden, heißt es im Bericht. Die Zahl der Beschwerden im ersten Halbjahr 1985 lag bei 149 (Vorjahr: 110). Dieser Anstieg sei klein angesichts der Tatsache, „daß die Massenmedien die Bürger in der letzten Zeit besonders intensiv auf diese Beschwerdeinstanz hingewiesen haben". Gemessen an den vielen tausend Werbeeinschaltungen pro Tag sei die Zahl sogar „verschwindend gering", heißt es weiter.

Am stärksten von Beschwerden betroffen waren, wie aus dem Bericht hervorgeht, der Dienstleistungsbereich wie Ehevermittlung, Glücksspiele und Immobilien, gefolgt von Presseerzeugnissen, Arzneimitteln, Lebensmitteln und Körperpflegeartikeln.

Der Werberat konnte erreichen, daß in sämtlichen von ihm als begründet angesehenen Beschwerden die Werbung eingestellt oder geändert wurde. Nur in einem Fall habe eine Rüge ausgesprochen werden müssen. Als unbegründet wies die Institution 56 Beschwerden zurück; in 35 Fällen war sie nicht zuständig.

Börsen im Umbruch

Von CLAUS DERTINGER

Für die Börsianer der Main-Metropole ist 1985 nicht nur das Jubeljahr, in dem das 400jährige Bestehen der Frankfurter Wertpapierbörse gefeiert wird. Es ist zugleich ein Jahr, in dem tiefgreifende Veränderungen auf die Schiene gebracht werden, die freilich nicht nur die größte unter den acht deutschen Börsen tangieren, sondern die gesamte Börsenlandschaft.

1985 wird einmal als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem endlich die Konsequenzen daraus gezogen wurden, daß der Partikularismus, das eifersüchtige Pochen auf Eigenständigkeit und die Konkurrenz gegeneinander die Leistungsfähigkeit des deutschen Wertpapiermarktes behindern. Es ist schon ein alarmierendes Zeichen, wenn die Umsätze großer deutscher Standardaktien in London größer sind als in der Bundesrepublik.

Dem regional aufgesplitterten deutschen Börsenwesen haftet mehr als nur ein Hauch Provinzialität an. Denn Strukturformen, die noch aus der Zeit der Einführung des Telefons und Fernschreibers stammen, haben sich im Zeitalter elektronischer Kommunikationsmittel, die nicht nur innerdeutsche Landesgrenzen, sondern auch nationale Grenzen überspringen, längst überlebt.

Die Börsen der Bundesrepublik als eines der führenden Industrieländer, deren Wertpapiere gerade in der jüngsten Zeit zunehmende internationale Bedeutung gewonnen haben, stehen heute im Wettbewerb mit großen ausländischen Börsenplätzen. Dabei geht es nicht um die Börsen an sich als Institutionen, sondern darum, den deutschen Wertpapiermarkt so attraktiv zu machen, daß auch die deutsche Wirtschaft von den internationalen Kapitalströmen profitiert.

Der Initiative der Börsenpräsidenten Berlins und Frankfurts ist es zu verdanken, daß die Börsen jetzt miteinander erste Schritte zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Gesamtmarktes unternehmen, ohne daß dadurch die regionale Verwurzelung der einzelnen Börsenplätze beseitigt wird, deren Kundennähe zweifellos ein positives Element ist.

Die vom Gesetzgeber vorgegebene Föderalität der Börsenstruktur läßt durchaus einen Computerverbund der einzelnen Börsen und ihrer Makler zu, der nicht nur die Transparenz des Marktes erweitert, sondern im Interesse der Anleger auch einen optimalen Ausgleich von Angebot und Nachfrage ermöglicht. Die Nutzung moderner Technik macht den Effektenhändler und Makler, der die Börse mit Leben erfüllt, keineswegs überflüssig.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Zentralisierung der technischen Abwicklung des Geschäfts, die qua Rationalisierung Kosten spart, wovon letztlich die Anleger profitieren könnten. Auch das stärkt schließlich die Attraktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Börse. Ferner wird daran gedacht, die Anträge auf Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel von einer einzigen Stelle zentral bearbeiten zu lassen, was den Emittenten einiges an Geld sparen könnte.

Zu einem organisatorischen Zusammenschluß gehört natürlich auch ein effizientes professionelles Börsenmanagement, das über den acht Regionalbörsen steht und den Gesamtmarkt nach außen repräsentiert. Dafür soll ein Verein der deutschen Wertpapierbörsen e. V. mit einem Vorstand und einer hauptamtlichen Geschäftsführung geschaffen werden.

Man fragt sich, warum das, was eigentlich so selbstverständlich und überfällig erscheint, nicht schon längst geschehen ist; denn sachliche Hindernisse haben einer Reform des deutschen Börsenwesens wirklich nicht im Wege gestanden. Auch bei Meinungsverschiedenheiten über mehr oder weniger technische Details hätten sich die regionalen Börsen mit gutem Willen einigen können.

Die Ursache für das zu lange Festhalten an den überkommenen Strukturen kann nur in der übergroßen Rücksichtnahme auf persönliche Empfindlichkeiten, dem Kleben an Pöstchen und vor allem in der Angst vor einer Übermacht der Frankfurter Börse gesehen werden. Doch an der Erkenntnis, daß die Main-Metropole nun einmal der führende deutsche Finanzplatz ist und auch an einem reformierten Markt bleiben wird, kam schließlich niemand vorbei.

AUF EIN WORT

» Die Gläubigkeit an den Staat, dessen Direktiven und Finanzgebaren, hat noch zu keiner Zeit zur dauerhaften Eindämmung von Arbeitslosigkeit geführt. Statt dessen haben die Ausweitung der Staatsquote auf beinahe 50 Prozent in den letzten 15 Jahren und das sprunghafte Ansteigen der jährlichen öffentlichen Neuverschuldung nicht verhindert, daß wir Vollbeschäftigung gegen Massenarbeitslosigkeit eingetauscht haben. «

Dr.-Ing. Franz Schulenburg, Präsident der Industrie- und Handelskammer Bochum. FOTO: DIE WELT

GELDINSTITUTE

Die Kreditkosten sinken jetzt auf breiter Front

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Zinsen für private Überziehungs- und Ratenkredite sinken auf breiter Front um 0,7 bis um mehr als einen Prozentpunkt. Das ergibt sich nach den gestrigen Zinssenkungsankündigungen der Großbanken und Sparkassen. Überraschenderweise wurden noch keine Sparzinssenkungen angekündigt. Die Deutsche Bank sieht dafür zur Zeit noch keine Notwendigkeit. Obwohl sich eine Sparzinsermäßigung gleichzeitig mit einer Kreditverbilligung hätte leichter „verkaufen" lassen, glaubt man, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis die Sparzinsen auf breiter Front um 0,5 Prozent zurückgenommen werden. Offenbar wartet einer auf den anderen mit dem weniger populären Schritt.

Am weitesten mit der Zinsverbilligung geht bisher die Deutsche Bank. Sie senkt den Zins für Überziehungskredite wie auch die Dresdner Bank und die Commerzbank von 10,5 auf 9,75 Prozent, und die Sparkassen gehen im Schnitt um 0,75 Prozentpunkte auf 9,25 bis 9,50 Prozent zurück. Ratenkredite verbilligt die Deutsche Bank dagegen um mehr als einen vollen Prozentpunkt. Bei 60monatiger Laufzeit sinkt der Effektivzins einschließlich zwei Prozent Bearbeitungsgebühr von 10,71 auf 9,62 Prozent bei Krediten über 10 000 DM, und von 11,26 auf 10,16 Prozent bei kleineren Beträgen. Dresdner Bank und Commerzbank senken die Zinsen von 10,63 auf 9,96 Prozent bei Krediten über 10 000 DM, und von 11,08 auf 10,41 Prozent bei kleineren Beträgen. Bei den Sparkassen sinken die Ratenkreditzinsen im Schnitt um 0,75 Prozentpunkte auf 9,28 bis 9,51 Prozent bei fünfjähriger Laufzeit.

AUSFUHREN

Nordrhein Westfalen hat führende Rolle behalten

HARALD POSNY, Düsseldorf

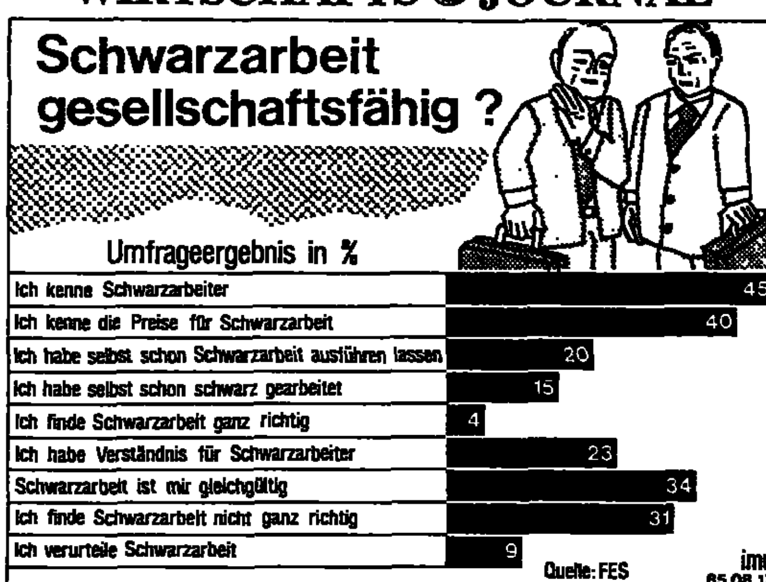
Die führende Position in der deutschen Ausfuhr hat das Land Nordrhein-Westfalen besser behauptet als allgemein angenommen wird. Zu diesem Ergebnis kommt die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf. Danach ist das Bundesland nicht – wie statistisch ausgewiesen – nur mit 26,6 Prozent sondern mit 29,7 Prozent an der Ausfuhr deutscher Waren beteiligt. Bisherige Berechnungen hatten den „Export von Waren mit ausländischem Ursprung" nicht herausgerechnet. Bundesweit lag dieser Anteil bei 41 Mrd. DM bzw. 8,4 Prozent an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik von über 488 Mrd. DM.

Bereits 1984 haben diese 41 Mrd. DM die Exportbeiträge der Bundesländer Schleswig-Holstein, Bremen, Saarland und Berlin überschritten. Dieser Trend werde sich auch 1985 fortsetzen, so daß man heute bereits statistisch neben den elf Bundesländern von einer zwölften Größe „Export von Waren mit ausländischem Ursprung" ausgehen sollte.

Dieses Phänomen ist nach Darstellung der Kammer bisher weder in den Außenhandelsanalysen der Bundesländer, noch in den Analysen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft berücksichtig. Es würde zu Fehlschlüssen führen, wenn beispielsweise die beträchtlichen Exporte japanischer Waren in die Berechnungen von Exportkennzahlen deutscher Waren einflössen.

Zu welch fraglichen Ergebnissen die Vernachlässigung der Exporte ausländischer Waren geführt hat, zeigt nach IHK-Ansicht der Zehnjahres-Vergleich des Exportbeitrags der Bundesländer: Nach bisheriger Methode hätten nur Baden-Württemberg und Bayern ihren Anteil an der deutschen Ausfuhr ausgeweitet.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Für Schwarzarbeiter hat fast jeder vierte Bundesbürger Verständnis, ein Drittel zeigt Gleichgültigkeit. Verurteilt wird die Beschäftigung an der Steuer vorbei nur von wenigen. Im Gegenteil, viele Befragte gaben zu, selbst schon schwarz gearbeitet zu haben oder Dienste auch ohne Quittung in Anspruch genommen zu haben. Einen Schwarzarbeiter kennt sogar fast jeder zweite Bundesbürger. QUELLE: IMU

US-Wachstum wurde nach oben revidiert

Washington (dpa/VWD) – Das Bruttosozialprodukt in den USA ist im zweiten Quartal 1985 um zwei Prozent gestiegen, berichtete die Behörde für Wirtschaftsanalysen in Washington. Sie revidierte damit erste Zahlen von Mitte Juli, in denen das Wirtschaftswachstum für die Zeit von April bis Juni mit plus 1,7 Prozent angegeben worden war. Für das erste Halbjahr ergibt sich damit ein Anstieg von 1,1 Prozent und nicht – wie zuvor errechnet – von einem Prozent. Um das von der Regierung vorhergesagte Wirtschaftswachstum von drei Prozent für 1985 noch zu erreichen, müßte das Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr um 4,9 Prozent ansteigen. Dies wird von vielen Experten für unwahrscheinlich gehalten.

Stahlproduktion stabil

Brüssel (VWD) – Die Rohstahlproduktion der Neunergemeinschaft ohne Griechenland erreichte nach Angaben der EG-Kommission im Juli 1985 mit 9,8 Mill. Tonnen den Vorjahresstand. Gegenüber Juni 1985 errechnet die Kommission einen saisonbereinigten Rückgang von 4,1 Prozent. Für Juni war ein gegenüber dem Vormonat um 5,6 Prozent auf 10,6 Mill. Tonnen erhöhter Ausstoß ausgewiesen worden. Die Erzeugung von Januar bis Juli 1985 übersteigt um 0,9 Prozent das entsprechende Vorjahresergebnis.

Investitions-Konjunktur

Bonn (dpa/VWD) – Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hat im ersten Halbjahr 1985 maßgeblich zur konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik beigetragen. Zum ersten Mal seit 1980 hat die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich wieder zugenommen – um 79 907 Personen oder 2,3 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt, Frankfurt, bei der Vorlage des Statistischen Jahrbuchs 1985 in Bonn mit. Insgesamt wurde der Personalbestand im verarbeitenden Gewerbe in diesem Zeitraum um 55 803 Mitarbeiter oder 0,9 Prozent aufgestockt.

Mehrbranchen-Messe

Berlin (dpa/VWD) – Die Bedeutung Leipzigs als Handelsplatz zwischen Ost und West nimmt nach Angaben des Generaldirektors des Leipziger Messeamtes, Siegfried Fischer, weiter zu. Einen der Gründe für die auch im Herbst wieder starke in- und ausländische Beteiligung sieht Fischer darin, daß die Möglichkeiten der traditionellen Mehrbranchenmessen seit 1983 für die Darstellung internationaler wissenschaftlich-technischer Entwicklungen intensiver genutzt würden. Fischer sagte in Ost-Berlin, die Ansiedlung von Spezialmessen zusätzlich zu der Frühjahrs- und Herbstmesse wird vom Leipziger Messeamt nicht erwogen. Das Ausstellungkonzept bestehe darin, die Vorzüge der Mehrbranchenmesse weiter zu entwickeln. Auf der vom 1. bis 7. September stattfindenden Investitions- und Konsumgütermesse stehe traditionell die Chemie im Mittelpunkt.

Treffen in Berlin

Bonn (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) trifft am 26. und 27. August in Berlin die Vorstände und Aufsichtsratsvorsitzenden von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, soll dabei die finanzpolitische Lage sowie die Beteiligungspolitik der Regierung besprochen werden.

Kooperation angestrebt

Hamburg (dpa/VWD) – Die Länder des Nahen und Mittleren Ostens zeigen wachsendes Interesse an Koperationen mit Unternehmen aus Industrieländern. Darauf wies der Nah- und Mittelost-Verein (NuMOV), Hamburg, hin. Das Anlagevolumen in den Orientländern sei aber immer noch relativ gering. Nach Angaben des Ländervereins belaufen sich die deutschen Direktinvestitionen in dieser Region auf 2,24 Mrd. DM (1984) und machten damit nur rund zwei Prozent der gesamten deutschen Auslandsinvestitionen aus.

Wochenausweis

	15.8.	7.8.	15.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	63,1	62,7	61,8
Kredite an Banken	89,1	100,8	102,3
Wertpapiere	3,4	3,5	3,5
Bargeldumlauf	109,7	101,4	109,5
Einl. v. Banken	39,8	53,0	50,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,2	1,6	4,5

JAPAN-HANDEL

Industrie urteilt skeptisch über Tokios Programm

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Äußerst skeptisch beurteilt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das neue handelspolitische Aktionsprogramm der japanischen Regierung. Es enthalte zwar eine Fülle von Maßnahmen zur Einfuhrförderung, die im Laufe der nächsten drei Jahre verwirklicht werden sollen, so Zollsenkungen beziehungsweise Zollbefreiungen für mehr als 80 Prozent der zollpflichtigen Einfuhrartikel.

Trotz der spektakulären Werbeaktion für den Kauf ausländischer Produkte durch Premierminister Nakasone im April sei der Außenhandelsüberschuß Japans im Juni auf den neuen Höchststand von 5,71 Milliarden Dollar geklettert. Hauptursache dafür war nach Angaben des BDI jedoch weniger die Zunahme der Exporte als der Rückgang der Einfuhren um 12,2 Prozent im Vorjahresvergleich.

„So bleibt der Eindruck, daß es sich bei den verschiedenen japanischen Aktionsprogrammen zur Einfuhrförderung im wesentlichen um eine Goodwill-Demonstration der Regierung handelt, um dem wachsenden Unmut vor allem der USA und Europas über die japanische Exportstrategie und ihre Konsequenzen entgegenzuwirken", heißt es beim BDI.

Solange sich das Mißverhältnis zwischen rigoroser Ausschöpfung der Absatzmöglichkeiten auf den westlichen Märkten und der De-facto-Abschirmung des japanischen Marktes nicht änderte, würden die Erklärungen Tokios, die Einfuhren zu erleichtern, auch weiterhin auf Skepsis stoßen. Immerhin handele es sich bei dem jüngsten Programm bereits um das achte seit 1981.

SCHWEIZ / Am Genfer See stehen Villen zum Verkauf – Ausländer werden abgeschreckt

Genehmigungen gibt es immer seltener

AFP, Genf

Der Erwerb eines kleinen Chalets in den Schweizer Alpen oder eines Apartments am Genfer See ist auf Grund der restriktiven Gesetzgebung sehr schwer, wenn nicht sogar unmöglich. Und dies zu einer Zeit, da die Mehrzahl der Villen am Genfer See zum Verkauf stehen. Kaufberechtigt sind jedoch nur Schweizer.

Gegenwärtig ist der Verkauf von Wohnungen an Ausländer streng geregelt. Die Schweizer fürchten einen „Ausverkauf" ihrer „Genfer Riviera", an der sich reiche Ausländer zu Preisen ansiedeln, die sich „normale" Eidgenossen nicht leisten können. Die sogenannte „Lex Furgler", benannt nach ihrem geistigen Vater, dem gegenwärtigen Bundespräsidenten, Kurt Furgler, verbietet den Verkauf von Häusern und Wohnungen an nicht in der Schweiz lebende Ausländer oberhalb einer festgelegten Quote. War 1981 noch der Verkauf von Immobilien an 6000 Ausländer zugelassen, sank die Quote auf 2000 in diesem Jahr. Doch auch die genehmigte Zahl der Verkäufe wird oft nicht erreicht, da die Behörden die notwendigen Kaufbewilligungen nicht erteilen.

Die Ausländer sind zudem meistens nur an Immobilienbesitz in bestimmten Kantonen interessiert. Am beliebtesten sind Häuser oder Wohnungen in den Wintersportorten. Am Genfer See ist es derzeit nur noch in Montreux möglich, sich einzukaufen. Der Quadratmeter kostet 7000 bis 8000 Schweizer Franken. Im Kanton Genf und in den Kantonen Basel-Stadt sowie Zürich gibt es in diesem Jahr keine Bewilligungen.

Die Eidgenossen ersannen ein ganzes System von Vorschriften, mit denen Ausländer abgeschreckt werden sollen. Während ihrer Abwesenheit dürfen die ausländischen Besitzer ihre Wohnungen oder Häuser nicht vermieten, ein Weiterverkauf darf erst nach frühestens fünf Jahren erfolgen. Der Käufer muß in diesem Fall ein Schweizer sein.

Doch alle Einschränkungen scheinen Interessenten nur wenig abzuschrecken. Eine Adresse in der Schweiz zu haben wird von manchen so sehr gewünscht, daß sie sogar Grundbesitz kaufen, ohne dann Besitzer zu sein.

So zahlte der saudi-arabische König Fahd im vergangenen Jahr 1,6 Millionen Dollar für ein an seinen Besitz in Collonge-Bellerive angrenzendes Grundstück. Fahd, dem man zunächst den Kauf des Geländes verweigert hatte, schenkte das Grundstück sofort nach dem Kauf der Gemeinde. Bedingung für diese spendable Geste war, daß er einziger Pächter des Geländes sei. Ein Kompromiß in der Frage des Immobilienerwerbs durch Ausländer, der gegenwärtig noch einzigartig sein dürfte.

SÜDAFRIKA

Zinssenkung trotz Rand-Schwäche

WILHELM FURLER, London

Die von der südafrikanischen Notenbank zum Wochenbeginn durchgeführte Zinssenkung war nach Ansicht von Beobachtern in London dringend notwendig, um der verarbeitenden Wirtschaft des Landes etwas mehr Luft zu verschaffen. Die Zinssenkung von 17,75 auf 16 Prozent für die Rediskontierung von Schatzwechseln durch die Zentralbank hat die Geschäftsbanken Südafrikas inzwischen veranlaßt, ihre Ausleihe- und Überziehungssätze für erste Adressen von bisher immerhin 21 Prozent auf zwischen 19 und 20 Prozent zu reduzieren. Dieser Stimulus für die südafrikanische Wirtschaft sei trotz der gegenwärtig „abnormen politischen Verhältnisse" gerechtfertigt, meinte Südafrikas Notenbank-Gouverneur de Kock.

Damit spielte er auf die Tatsache an, daß der südafrikanische Rand durch die jüngsten Unruhen stark unter Druck geraten ist, was eine Lockerung der strengen Zinspolitik eigentlich als verfehlt erscheinen ließ. Londoner Beobachter verweisen darauf, daß insbesondere nach der weltweit mit großer Enttäuschung aufgenommenen Rede von Präsident Botha am vergangenen Donnerstag in Durban das heimische wie das ausländische Vertrauen zusätzlich schwer erschüttert worden ist.

Die schwerste Rezession in der südafrikanischen Wirtschaft seit dem Krieg hat zu einer Rekord-Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung geführt; diese wiederum hat wesentlich zu den anhaltenden Unruhen in den schwarzen Townships beigetragen. Dies veranlaßte inzwischen viele ausländische Investoren, Kapital aus Südafrika abzuziehen.

FRANKREICH

Beschäftigung stabilisiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen hat sich in Frankreich im Juli um ein Prozent und saisonbereinigt um 0,3 Prozent auf 2,41 Millionen erhöht. Arbeitsminister Michel Delebarre sieht darin eine Stabilisierung der Beschäftigungslage. Sie wurde aber hauptsächlich durch Sozialmaßnahmen herbeigeführt.

Allein 136 000 Jugendliche sind inzwischen zum halben Mindestlohn für öffentliche Arbeiten teilbeschäftigt. Diese Ziffer hat sich zwar im Juli nur geringfügig erhöht, nachdem 16 000 solcher Teilzeitverträge ausgelaufen waren.

Andererseits aber wurden 10 000 Jugendliche dank staatlicher Subventionen den Unternehmen zur Ausbildung zugewiesen. Außerdem entlastet die sogenannte Umschulungsbeurlaubung von Entlassungskandidaten die Arbeitslosenstatistik.

Bei dieser „sozialen Behandlung" des Arbeitslosenproblems wird es immer schwerer, die Entwicklung des französischen Arbeitsmarktes zu beurteilen. Immerhin aber hat sich in letzter Zeit das Stellenangebot etwas erhöht. Auch zeigt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit leicht rückläufige Tendenz. Mit etwa elf Monaten liegt sie aber immer noch über dem internationalen Durchschnitt.

Neuerdings sind wieder Unternehmen zu Produktionseinschränkungen gezwungen. Im Juni schrumpfte der Produktionsindex, wie jetzt bekannt wird, gegenüber dem Vormonat um saisonbereinigt 1,5 Prozent, dabei um 4,7 Prozent bei der Elektroindustrie und um 4,3 Prozent bei der Textilindustrie.

LUFTFAHRT / Schäden häufen sich – Probleme mit Ansprüchen aus Passagier-Haftung

Londoner Rückversicherer betroffen

fu/Py. London/Düsseldorf

Für die Flugzeugversicherer ist 1985 das schlimmste Jahr überhaupt. Einschließlich der drei tragischen Abstürze von Großraumflugzeugen während der letzten Wochen über dem Atlantik bei Irland, in Dallas und in der Nähe von Tokio haben die Versicherungsansprüche allein für die Flugzeugschäden, also ohne Berücksichtigung von Ansprüchen aus der Passagier-Haftung, bis heute bereits 305 Mill. US-Dollar (840 Mill. DM) erreicht. Im bislang schlimmsten Jahr, 1983, erreichten die Versicherungsansprüche für 30 Schadensfälle, davon 4 Großflugzeuge, weltweit 302 Mill. US-Dollar.

Dabei ist nicht der Anspruch aus der „hull insurance", der die Versicherer schreckt, sondern die auch nicht annähernd zu quantifizierende Höhe der Ansprüche aus der Passagier-Haftung. Nach Angaben von David Larner, Pressesprecher der Versicherungsbörse Lloyds of London, sind der Passagier-Haftung auf Inlandsflügen im Gegensatz zu internationalen Flügen in der Regel keine Grenzen gesetzt.

Schadenshöhe unbestimmt

Entsprechend hat die weltweite Assekuranz auch keinerlei Vorstellungen darüber, was auf sie aus dem Absturz des Jumbo-Jets der Japan Airlines auf dem Flug von Tokio nach Osaka zukommen wird. 1983 kamen bei Flugzeugunglücken mehr als 1000 Menschen ums Leben.

Die zehn Jahre alte Boeing 747 der Japan Airlines ist für 35 Mill. US-Dollar bei der Tokio Marine and Fire versichert; 57 Prozent davon sind am Versicherungsplatz London, also bei Lloyds und anderen See- und Luftfahrtversicherern, rückversichert.

Die gleichen Prozentsätze gelten für die Passagier-Haftung. Die Lockhead Tristar der Delta-Airlines, die bei der Landung in Dallas abstürzte, war für 25,7 Mill. US-Dollar versichert, wovon der Platz London 20 Prozent an direkter Versicherung zu tragen hat. Ebenfalls 20 Prozent entfallen bei der Passagier-Haftung auf London.

Mit 90 Mill. US-Dollar war der Jumbo-Jet der Air India, der in der zweiten Juni-Hälfte ins Meer stürzte, sehr hoch versichert, und zwar bei der Insurance Corporation of India. Der Platz London hat, wie Larner gegenüber der WELT betonte, „einen außergewöhnlich hohen Rückversicherungsanteil" übernommen. Er dürfte bei mindestens 80 Prozent liegen.

Ein Beispiel, was auf die internationale Versicherungswirtschaft aus der begrenzten Passagier-Haftung gemäß der Warschauer Konvention (also bei Auslandsflügen bzw. bei Inlandsflügen in Ländern, die ausdrücklich eine begrenzte Haftung vorsehen) zukommt: Durch den Abschuß der Boeing 747 der Korean Airlines durch die Sowjets im Jahr 1983 mit 269 Toten entstand ein Schaden von rund 300 Mill. US-Dollar.

Grundsätzlich steht die Assekuranz in den Fällen der Passagier-Haftung hinter den Fluggesellschaften; das heißt, sie deckt die Ansprüche an Fluggesellschaften in voller Haftungshöhe. In Fällen unbegrenzter Haftung richten sich die Versicherer ebenfalls nach der zwischen Fluggesellschaft und Anspruchsnehmern gerichtlich oder außergerichtlich ausgehandelten Haftungssumme. In jedem Fall bleibt die Passagier-Haftung eine langwierige Angelegenheit.

In der Bundesrepublik versuchen sich die Versicherer zu schützen. 74 deutsche Erst- und 6 Rückversicherungsunternehmen haben sich zum Deutschen Luftpool (DLP) zusammengeschlossen, in den sie sämtliche Unfall-, Haftpflicht- und Kaskorisiken einbringen. Er ist eine reine Rückversicherungsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft.

Die Versicherungsverträge werden von den Mitgliedsgesellschaften des Pools abgeschlossen. Damit nehmen sie hinsichtlich des von ihnen in den Pool eingebrachten Geschäfts 100 Prozent Rückdeckung in Anspruch, gewähren aber auch in Höhe des am Pool gezeichneten Anteils für das gesamte DLP-Geschäft Rückversicherungsschutz.

Versicherung im Pool

Um den Risikoausgleich zu erhöhen, kann der DLP selbst mit anderen am Pool nicht beteiligten Versicherern Rückversicherungsverträge abschließen, auch im Ausland. So „atomisiert" sich der Schaden soweit, daß auf ein einzelnes deutsches Unternehmen nur Aufwendungen in allenfalls einstelliger Millionenhöhe zu verbuchen sind.

Der Hagelschlag vom 12. Juli 1984 in München brachte dem Pool einen Bruttoschaden von 100 Mill. DM, netto – nach Rückversicherung – wird er die einzelnen Erstversicherer allenfalls 1 Mill. DM gekostet haben.

Der Deutsche Luftpool hatte 1984 Beitragseinnahmen von 135 (125) Mill. DM, davon waren 40 (33) Mill. DM Rückversicherungseinnahmen. An Leistungen wurden 1983 rund 48 Mill. DM aufgewendet. Weltweit zeichnete die Luftfahrtversicherung in den letzten Jahren Prämienvolumina von über 600 Mill. Dollar für Kasko- und Hafpflichtschäden. Die Beitragseinnahmen und Prämien schwanken stark.

ITALIEN / Mehr Devisen aus dem Tourismus

Urlaubsdauer nimmt ab

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach einem mageren ersten Halbjahr, in dem Hotels und Pensionen durchweg eine niedrigere Belegungsquote als in der gleichen Vorjahreszeit meldeten, hat die Sommersaison in Italien doch wieder kräftig aufzuholen begonnen. Aufgrund neuester Schätzungen der Fremdenverkehrsbetriebe erwartet das staatliche italienische Fremdenverkehrsamt ENIT in Rom jetzt für 1985 Deviseneinnahmen aus dem Ausländertourismus in Höhe von 17 000 Milliarden Lire (27,5 Mrd. DM), 13 Prozent mehr als im Vorjahr.

Da die Inflationsrate in diesem Jahr bei knapp neun Prozent liegen dürfte, rund zwei Prozentpunkte unter der des vergangenen Jahres, entspricht dies einer realen Steigerung von rund vier Prozent. Diese Zunahme in italienischer Währung kommt ungefähr der durchschnittlichen Lira-Abwertung gegenüber den Hauptherkunftsländern der ausländischen Urlauber gleich.

Damit bestätigt das staatliche italienische Fremdenverkehrsamt die Erwartungen des Zentralverbandes des Beherbergungsgewerbes, die für 1985 auf eine unveränderte Zahl von Urlauber-Nächtigungen gerichtet sind. Auch das ist freilich schon ein kleiner Fortschritt, nachdem die Nächtigungen 1984 um 0,4 Prozent und 1983 sogar um 2,1 Prozent zurückgegangen waren.

Obwohl dazu bisher jede Angabe fehlt, läßt sich daraus und aus der Tatsache, daß die durchschnittliche Urlaubsdauer ständig abnimmt, eine leicht erhöhte Zahl von ausländischen Touristen ableiten. Darauf deutet auch die Präsenz ausländischer Touristen in den drei Hauptkunststädten Rom, Venedig und Florenz hin, die im ersten Halbjahr über denen der gleichen Vorjahresperiode lagen.

Kunststädte und Strände sind auch in diesem Jahr die Hauptattraktionen des Fremdenverkehrslandes Italien. Der Meerurlaub leidet allerdings mehr und mehr unter der Wasser- und Umweltverschmutzung, die stellenweise unerträgliches Ausmaß anzunehmen begonnen hat. Schon in diesem Jahr hätten fast alle Gemeinden in den Hauptküstengebieten der Riviera und der Adria Badeverbot erlassen müssen, wenn die Anwendung des entsprechenden Gesetzes nicht für diese Saison noch ausgesetzt worden wäre. Problematisch wird die Bade-Zukunft an Italiens Küsten jedoch in den kommenden Jahren werden, wenn die Kommunal- und Regionalverwaltungen wie bisher den Umweltschutz schleifen lassen. Hinweise dafür, in welche Richtung sich der Badetourismus verstärkt entwickeln könnte, liefern schon jetzt die zunehmenden Reisen auch italienischer Touristen nach Griechenland. Davon verschont werden lediglich die Touristendörfer bleiben, die von sich aus große Anstrengungen unternehmen, um ihre Küstenstreifen vor Verschmutzung zu bewahren.

Den Höhepunkt der sommerlichen Urlaubszeit erreicht Italien in diesem Monat, in dem 20 Millionen ausländische Touristen neben mindestens ebensovielen einheimischen die Urlaubsorte bevölkern. In diesem Monat werden der Zahlungsbilanz mindestens 2000 Milliarden Lire an Devisen zugeführt. Die Italiener selbst konzentrieren ihren Urlaub auf die Tage um Mariä Himmelfahrt. Auf diese Zeitspanne entfallen etwa 30 Prozent aller Urlauberübernachtungen des Jahres. Mit Folgen für Preise und Service, die nicht immer den Erwartungen der Touristen entsprechen.

Protest gegen US-Einfuhrpolitik

dpa/VWD, Singapur

Die Absicht der USA, ihre Textileinfuhren aus Südostasien erheblich einzuschränken, hat bei den betroffenen Ländern der Asean-Staatengruppe, zu der Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen und Brunei gehören, lebhafte Proteste ausgelöst. In einer Erklärung, die einer US-Kongreßdelegation in Bangkok als „ernste Warnung" übergeben wurde, beklagten die Asean-Länder die zunehmende protektionistische Haltung der Vereinigten Staaten.

Die geplanten Kürzungen würden der Textilindustrie Südostasiens einen nicht mehr zu reparierenden Schaden zufügen, was um so schwerer wiege, als es sich um eine Schlüsselindustrie handele, aus der ein beträchtlicher Teil der Nationaleinkommen bestritten werde.

Dies müsse sicherheits- und allgemeinpolitische Auswirkungen haben, warnten die Staaten der Asean-Gruppe.

Hauptbetroffene sind Indonesien und Thailand. Indonesien würde 80 Prozent seiner bisherigen Textilexporte in die USA verlieren und Thailand fast 65 Prozent. Allein in Thailand würden rund 100 000 Arbeitsplätze gefährdet.

Die Philippinen müßten 21 Prozent ihrer bisherigen Textilausfuhren in die Vereinigten Staaten abschreiben und Singapur 2,6 Prozent.

Erheblich weniger Wein verkauft

adh. Frankfurt

Die Entwicklung in den ersten zehn Tagen im August läßt befürchten, daß in diesem Monat in den Nahe-Winzer-Kellereien etwa 200 000 bis 300 000 Flaschen Wein weniger verkauft werden könnten, vermutet die Nahe-Winzer-Kellerei in Bretzenheim/Nahe. Die eingetragene Genossenschaft und staatlich anerkannte Erzeugergemeinschaft ist der größte Vermarktungsbetrieb für Nahewein.

Durch die häufige Verquickung des Namens Pieroth mit durch Glykol verfälschten Weinen sei der Nahewein derartig „ins Gerede gekommen", so die Genossenschaft, daß die Existenz vieler Winzerbetriebe an der Nahe ernstlich gefährdet sei. Die Situation werde dadurch verschärft, daß die Firma Pieroth angekündigt habe, sie werde noch bestehende Lieferverträge mit Verbundwinzern nicht in vollem Umfang aufrechterhalten können.

Mit einem Appell an die Verbraucher, die Kaufzurückhaltung aufzugeben, und einer „Garantie für die Echtheit und Reinheit" jeder Flasche will die Genossenschaft noch größere Absatzeinbußen verhindern. Die Geschäftsleitungen der betroffenen Großkellereien hätten die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns vermissen lassen, betont die Genossenschaft, es habe offensichtlich an der gewissenhaften Aufsichtspflicht der verantwortlichen Geschäftsleitungen gefehlt, meinen die Nahewinzer.

MANAGEMENT / Chinesen lernen in der Bundesrepublik

Deutsche Methoden gefragt

dpa/VWD, München

Kapitalistische Managementmethoden stehen auf dem Unterrichtsplan des Seminars: Kosten-Nutzen-Analyse, Rationalisierung, Investitionsplanung, Marketing. Die Schüler hören interessiert zu. Eigentlich ein normaler Unterricht. Ungewöhnlich sind nur die „Studenten": Ingenieure, Hochschullehrer und Universitätsassistenten aus China.

Die Kosten für das ungewöhnliche Projekt haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Freistaat Bayern übernommen. Der 640 000 DM teure Unterricht wird in München durchgeführt. Die Lehrer kommen von der Carl-Duisberg-Gesellschaft und dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft. Ihre Aufgabe: Fach- und Führungskräfte aus China im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe weiterzubilden.

„Strategisches Management", das sogenannte „Controlling", sollen die zehn Männer und vier Frauen aus China lernen. Und das fällt ihnen nicht leicht. „Controlling ist für uns sehr fremd", sagt Ma Lin, 46 Jahre, in ihrer Heimat als Elektroingenieurin tätig. Kapitalistische Methoden sind für Wissenschaftler aus einem kommunistischen System ungewohnt. „Dennoch glauben wir, die erlernten Methoden und Instrumente wenigstens zum Teil umsetzen zu können."

Probleme gab es schon zu Beginn des Unterrichts. Als die Chinesen vor zehn Monaten in der Bundesrepublik eintrafen, sprachen nur die wenigsten von ihnen fließend Deutsch. Erst nach einem Sprachkurs konnte der Controlling-Unterricht beginnen. Die Sprachprobleme waren behoben.

Die Chinesen sind vom Nutzen des Seminars überzeugt. Mittlerweile rechnen sie Betriebsergebnisse durch, beurteilen die „Lebenslinien" von Produkten und denken über die Marktchancen neuer Artikel nach. Als fertige Controller sollen sie dann der Unternehmensleitung Entscheidungshilfen bei der Betriebsführung geben. Andere, wie der 26jährige Zhang Daohong von der Fakultät für Managementwesen in Xian, werden ihr neugewonnenes Wissen an Studenten weitergeben.

Sollte ein solcher Controller-Kurs wiederholt werden, hat Zhang jedoch Verbesserungsvorschläge. Der Lehrstoff ist nach seiner Ansicht zu allgemein gehalten und wird zu selten in praktische Arbeit umgesetzt. „Ich weiß nicht, ob wir so den Stoff in China dann noch beherrschen werden." Die praktische Ausbildung besteht zudem nur aus Betriebsbesichtigungen, bei denen erfahrene Controller aus ihrer täglichen Arbeit erzählen.

„Wir haben außerdem einige unnötige Betriebe besichtigt, wie etwa eine Brauerei oder einen Milchbetrieb", ergänzt Ma Lin die Kritik ihres Kollegen; denn die Chinesen kommen vor allem aus den Bereichen Maschinenbau, Leichtindustrie und Elektronik. „Es wäre statt dessen besser gewesen, wenn wir in einigen Betrieben hätten mitarbeiten dürfen", sagt die Elektroingenieurin.

Dennoch sind die Chinesen von dem Nutzen des Seminars überzeugt. „Das Leben und das Studium in Bayern haben uns sehr gut gefallen", sagt Chefingenieur Lu Shaoguan. „Wir hatten nur zu wenig Zeit, um Deutsche näher kennenzulernen."

MÖVENPICK / „Glückliche Phase in Deutschland"

Angebot stetig erweitert

INGE ADHAM, Frankfurt

„Mövenpick befindet sich in Deutschland in einer glücklichen Phase", heißt es im jetzt vorgelegten Geschäftsbericht 1984. Inklusive der Management-Betriebe erreichte die Mövenpick-Gruppe in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 255 (i. V. 204) Mill. DM Umsatz; um Neueröffnungen bereinigt, ist das ein Plus von 10 Prozent. Zu den 33 Mövenpick-Betriebsstätten mit 3500 Mitarbeitern zählen 72 Restaurants mit 140 Mill. DM Umsatz, 9 Hotels mit 75 Mill. DM, 32 Mill. DM werden im Handel umgesetzt und 8 Mill. DM in der Kellerei.

In diesem Jahr erwartet Wolfgang von Hagen, Generaldirektor für Deutschland und künftig auch stellvertretender Verwaltungsratspräsident, bei stetem Wachstum rund 270 Mill. DM Jahresumsatz. Dabei werde, wie bisher, der Ertrag proportional mitwachsen. Die Erträge in Deutschland seien bisher grundsätzlich reinvestiert worden, betont von Hagen. Auch für die Zukunft plant Mövenpick die stete Erweiterung seines Angebots an „Schweizer Gastlichkeit" in der Bundesrepublik. So wird im kommenden Jahr in Düsseldorf der „bisher vielfältigste Betrieb" (Kosten gut 12 Mill. DM) eröffnet werden.

Zur Finanzierung der Expansion will der Verwaltungsrat den Aktionären der Holding auf der Generalversammlung am 27. September die Schaffung von – stimmrechtslosen – Partizipationsscheinen im Nennwert von 50 sfr vorschlagen. Volumen und Ausgabekurs liegen noch nicht fest. Eine Aufstockung des Aktienkapitals von derzeit 27,5 auf 28 Mill. sfr soll gleichzeitig die Fortführung der Mitarbeiterbeteiligung, die Mövenpick seit 15 Jahren praktiziert, sichern. Für 1984 will Mövenpick den Aktionären – die Stimmrechtsmehrheit liegt bei der Familie Prager – eine auf 17 (16) Prozent erhöhte Dividende zahlen.

Das Geschäftsjahr 1984 stand im Zeichen einer nochmaligen markanten Steigerung der Ertragskraft, betont von Hagen und verweist auf den um knapp 19 Prozent auf 7,99 (6,73) Mill. sfr gestiegenen Konzern-Nettogewinn. Der Cash-flow wuchs um gut 21 Prozent auf 35,9 (29,6) Mill. sfr. Damit hat der Ertrag deutlich stärker zugenommen als der Umsatz, der um 16 Prozent auf 567,3 (488,8) Mill. sfr stieg (Konzern). Dazu kommen 53 (50) Mill. sfr Umsatz in Management-Betrieben. Weltweit beschäftigt Mövenpick in eigenen Betrieben 6979 (5989) Mitarbeiter.

Fortschritte seien in allen Bereichen erzielt worden, sagte von Hagen. Besonders stark im Aufwärtstrend befinden sich die Produktions- und Handelsgesellschaften in der Schweiz und in der Bundesrepublik (Lizenzproduktionen bei Eis (Schoeller), Salatsaucen (Hengstenberg) und Kaffee (Darboven)). Mit China haben die agilen Schweizer Hoteliers erste „Verbindungen" geknüpft, und auch im arabischen Raum könnte ein weiteres Hotel zu den derzeit weltweit 20 hinzukommen.

ESSO / Ab 1986 noch zwei Verarbeitungsstätten – 160 Mitarbeiter werden entlassen

Raffinerie Harburg wird geschlossen

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Esso-Raffinerie in Hamburg-Harburg wird im Herbst nächsten Jahres geschlossen. Derzeit werden dort noch 4,5 Mill. Tonnen Rohöl verarbeitet. Zur Schließung hatten sich Vorstand und Aufsichtsrat am Montag entschlossen. Gestern informierte die Geschäftsleitung die rund 550 Harburger Mitarbeiter.

Einem Teil der Angestellten wird eine frühzeitige Pensionierung angeboten. Einige behalten ihren Arbeitsplatz, weil die Schmieröl-Misch- und Abfüllanlage und das anwendungstechnische Laboratorium auf dem Werksgelände weiterbetrieben werden. Auch der Schmierölvertrieb behält seinen Sitz in Harburg. Über den den Sozialplan werden voraussichtlich 160 der 550 Mitarbeiter abgefunden, schreibt das Unternehmen in einer Pressemitteilung.

Mit der Schließung der Esso-Raffinerie setzt sich der Schrumpfungsprozeß in der deutschen Mineralölwirtschaft fort: 1982 stellte die Deutsche Shell die Rohölverarbeitung in Ingolstadt ein, Caltex Deutschland (eine gemeinsame Tochter von Standard Oil und Texaco) die in Raunheim bei Frankfurt und die Esso die in Köln. Seit 1983 baut die BP Deutschland die Rohöldestillation in Hamburg und in Dinslaken ab. Jetzt hat das Unternehmen angekündigt, diese beiden Raffinerien ganz zu schließen. Seit 1984 produziert Elf-Gelsenberg nicht mehr in Speyer. Im März machte Mobil Oil die Pforten in der Raffinerie Wilhelmshaven dicht. Und jetzt fällt auch Esso-Harburg dieser Entwicklung zum Opfer.

Begründet wird dies in allen Fällen mit dem sinkenden Mineralölverbrauch in der Bundesrepublik und mit der steigenden Rohölverarbeitung in den Produzentenländern selbst. Die deutschen Ölgesellschaften stellen sich darauf ein. Sie schränken die Rohölverarbeitung ein und weiten den Handel aus. 1984 importierte die Bundesrepublik 41,5 Millionen Tonnen Mineralölprodukte. Das waren rund 40 Prozent des gesamten deutschen Verbrauchs. Der Anteil der Einfuhr am Verbrauch wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen.

Diesem Trend paßt sich die Esso AG, Hamburg, mit ihrem Konzept an. Noch im vergangenen Jahr waren die selbst hergestellten Produkte mit 80 Prozent am Absatz von 14,7 Millionen Tonnen beteiligt. Das wird sich voraussichtlich ändern. In ein oder zwei Jahren könnten die Importe schon auf 30 bis 40 Prozent ansteigen.

Wenn die Raffinerie in Hamburg geschlossen ist, verfügt die Tochtergesellschaft von Exxon nur noch über zwei Verarbeitungsstätten: in Karlsruhe und in Ingolstadt. Beide zusammen haben eine Kapazität von 12,2 Millionen Tonnen. Änderte sich die bisherige Auslastung von 60 bis 65 Prozent nicht, würde Esso in Zukunft etwa 7,8 Millionen Tonnen Rohöl in den eigenen Raffinerien verarbeiten. Absatzgebiet wäre entsprechend dem Standort der Raffinerien Süddeutschland.

Der Norden müßte mit eingeführten Produkten versorgt werden. Als Bezugsquellen kommen die Raffinerien in Antwerpen und Rotterdam in Frage. Ebenso steht der Weltmarkt offen. Beipielsweise bieten die UdSSR oder auch einige Opec-Staaten manchmal günstig an.

BANKHAUS STEIN / Neues Konzept mit neuem Partner

Mehr Service mit Indosuez

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Konzept, Forcierung des Kreditgeschäfts mit Privatkunden, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmen und dies, regional wie nach Branchen breit gestreut, trägt beim Kölner Bankhaus J. H. Stein, zusehends Früchte. Die Ertragslage 1984 sei wie auch im bisherigen Verlauf 1985 „befriedigend" gewesen, sagt in gewohnter Bankiers-Zurückhaltung Gerd Hollenberg, einer der persönlich haftenden Gesellschafter, in einem Gespräch mit der WELT.

Der Zinsüberschuß überdecke wieder „sehr weit" die gesamten Handlungskosten der Bank, wobei er nach wie vor den gravierenden Teil des Gesamtergebnisses stellt. Der Provisionsüberschuß hat sich zu Lasten des Zinsergebnisses weiter verbessert, die vom Institut erwünschte Quote aber noch nicht erreicht. Wo sie liegt, bleibt noch ungesagt.

Zu dem noch verfeinerungswürdigen Kreditgeschäft ist mit der Beteiligung der international operierenden Banque Indosuez, Paris, einer der großen französischen Banken mit einer Bilanzsumme von 193 Mrd. F (63 Mrd. DM) ein neues Konzept getreten.

Mit der Hereinnahme der Franzosen mit einem Drittel des auf 23,8 (15,1) Mill. DM erhöhten Eigenkapitals will sich Stein vor allem am anspruchsvollen Service der in 65 Ländern der Erde tätigen Suezbank beteiligen und sich dabei sowohl nach Frankreich als auch nach Nah- und Fernost orientieren. Hollenberg schließt nicht aus, daß der neue Partner an Krediten beteiligt wird, die für Stein allein zu groß sind. Aber auch dies sei keine Einbahnstraße.

Das Bankhaus Stein (gegründet 1790) zählt weiterhin zu dem Haftpflichtverband der deutschen Industrie (HDI) und die Familie Stein mit je einem Drittel (vorher 39 und 61 Prozent) zu den Eigentümern.

Stein weist für 1984 Kundeneinlagen von 193 (193) Mill. DM und Bankengelder von 118 (124) Mill. DM aus. Die Kundendebitoren gingen leicht auf 160 (165) Mill. DM zurück, die Bankenforderungen blieben mit 94 Mill. DM unverändert. Die Bilanzsumme beträgt 336 (341) Mill. DM.

Schweizer Uhren gehen wieder besser

dpa/VWD, Biel

Schweizer Uhren gehen nach den Schwierigkeiten der letzten Jahre vor allem im Ausland wieder besser. Wie der Verband der Schweizer Uhrenindustrie mitteilte, sind die Exporte im 1. Halbjahr 1985 um 19,5 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 2,06 Mrd. sfr (rund 2,47 Mrd. DM) gestiegen. Die Ausfuhren von Fertiguhren nahmen um über 50 Prozent auf 11,4 Mill. Stück zu. Ihr Wert verbesserte sich um 22,3 Prozent und erreichte 1,63 Mrd. sfr. Die Zahl der exportierten Uhrwerke erhöhte sich um 11,6 Prozent auf 6,9 Mill. im Wert von 109 Mill. sfr (plus 13,1 Prozent). Die Ausfuhren von nicht zusammengesetzten Uhrwerken steigerten sich zahlenmäßig um 48,2 Prozent auf 9,5 Mill., wertmäßig um 60 Prozent auf 70,4 Mill. sfr.

GOLD-PFEIL / Erfolg mit neuer Marketing-Strategie

Export stützt Wachstum

adh. Frankfurt

Erste positive Auswirkungen der neuen Marketing-Strategie – Etablierung der Marke als Depotmarke im Lederwarenfachhandel – sieht die Gold-Pfeil Ludwig Krumm AG, Offenbach. Mit dem Festhalten an der Tradition der handgearbeiteten Lederwaren erzielte Gold-Pfeil im vergangenen Jahr mit 620 (i. V. 601) Mitarbeitern ein Umsatzplus von 10 Prozent auf 63,4 (57,7) Mill. DM und schnitt damit weitaus besser als die Branche ab.

Stärkste Stütze des Wachstums sei wiederum der Export gewesen, heißt es, der um 30 Prozent auf gut 21 (16) Mill. DM gewachsen ist. Dabei expandierte besonders das USA-Geschäft mit einem Plus von 43 Prozent. Die arabischen Länder nahmen 85 Prozent mehr ab, Fernost 21 Prozent und Europa 19 Prozent.

Deutlicher noch fiel die Ertragsverbesserung aus: Das Betriebsergebnis wuchs um 43 Prozent. In seiner Erfolgsrechnung weist das Unternehmen 0,63 (0,32) Mill. DM und damit fast eine Verdoppelung des Jahresüberschusses aus.

Daraus werden 8 Prozent Dividende gezahlt (die Dresdner Bank hält mehr als 25 Prozent der Anteile) und 0,31 Mill. DM in die Rücklagen gestellt. Zur positiven Entwicklung hätten alle Unternehmensbereiche beigetragen, betont das Unternehmen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat der Aufwärtstrend mit einem Umsatzplus von 7,6 Prozent angehalten.

RHODIA / Hohes Absatzplus im nicht-textilen Sektor

Preissteigerungen erheblich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die zum französischen Rhône-Poulenc-Konzern gehörende Rhodia AG, Freiburg, Hersteller von Rhiakabeln (für Zigarettenfilter), synthetischen Spinnfasern und Garnen, verbuchte im ersten Quartal dieses Jahres einen Umsatzanstieg von vier Prozent, wobei sich der Zuwachs über die ganze Programmbreite erstreckte. Hinsichtlich der Ergebniseinschätzung für das laufende Jahr gibt man sich freilich einigermaßen vorsichtig, da es zu erheblichen Preissteigerungen auf der Materialseite gekommen sei.

In 1984 war der Umsatz um 11,4 Prozent auf 593 Mill. DM angewachsen, wovon 532 Mill. DM (plus 12,9 Prozent) auf Eigenerzeugnisse entfielen. Der Absatz der für die Textilindustrie bestimmten Erzeugnisse, hier sind es vor allem Fasern für Sportbekleidung und Feinstrümpfe, nahm gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent zu. Besonders erfolgreich war Rhodia bei Produkten für den nichttextilen Sektor, wobei der Hauptumsatzträger dieser Gruppe die Rhiakabel sind.

Bei einer Mengensteigerung um fast 17 Prozent erreichte diese Sparte einen Anteil von fast 50 Prozent des Gesamtumsatzes. Die Exportquote lag bei textilen Produkten bei gut einem Drittel, bei den nichttextilen Erzeugnissen erreichte sie fast zwei Drittel.

Unter dem Strich erscheint ein Jahresüberschuß von 5,2 (Vorjahr: 9,9) Mill. DM. Erstmals seit 1969 wird wieder eine Dividende ausgeschüttet, nämlich 9 Prozent plus 6 Prozent Bonus auf ein Aktienkapital von 37,5 Mill. DM. Die Eigenkapitalquote beträgt rund 25 Prozent. Investiert wurden 37 (41) Mill. DM und abgeschrieben 35 (34) Mill. DM. In den Bemühungen um weitere Diversifikation hofft Rhodia, mit einem auf der Basis von Feinstfasern entwickelten hochwirksamen Ölbindemittel am Markt Anklang zu finden. Nach dem Anlauf einer entsprechenden Pilotanlage sollen Produkte für die Lebensmittelfiltration folgen. Von den rund 2500 Mitarbeitern sind über 2100 im Freiburger Stammwerk und knapp 400 im Werk Rottweil beschäftigt.

Weitere Wirtschaftsberichte auf der Seite 13

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Teves zufrieden

Frankfurt (dpa/VWD) – Der zum ITT-Konzern gehörende Bremsenhersteller Alfred Teves GmbH, Frankfurt, profitiert von der anziehenden Autokonjunktur. So stieg der Umsatz im 1. Halbjahr 1985 um 15 Prozent auf 920 Mill. DM. Ein Teil des Anstiegs spiegelt allerdings die Einbußen während der Tarifauseinandersetzungen im letzten Jahr wieder. Auch bei den Aufträgen sowie in der Belegschaftszahl zeigt sich der positive Trend. Im Halbjahresvergleich ergibt sich für Teves ein Zuwachs im Auftragsbestand von 17 Prozent. In der Gruppe konnten im gleichen Zeitraum über 750 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, davon mehr als die Hälfte im Inland. Weltweit arbeiten für den Bremsenhersteller derzeit 12 326 Mitarbeiter.

Computersystem für China

Paderborn (hdt.) – Die Nixdorf Computer AG, Paderborn, erhielt ihren ersten Hotelauftrag aus der Volksrepublik China. Es handelt sich um ein vollintegriertes System, bestehend aus einer digitalen Telefonanlage mit drei Computern und 26 Kassenterminals für die Gastreservierung und -kontenführung sowie für die Restaurants und Verkaufsläden im 33stöckigen Hotel Asia in Shanzhen, Südchina, im Gesamtwert von rund 3,3 Mill. DM.

Beschwerde

Tübingen (dpa/VWD) – Die Zanker GmbH in Tübingen hat beim Landesarbeitsgericht Beschwerde gegen eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Reutlingen eingelegt. Der Geschäftsleitung des Waschgeräteherstellers war am 9. August untersagt worden, weitere Teile der Waschvollautomatenfertigung zu demontieren. Der schwedische Elektrolux-Konzern hatte Anfang dieses Jahres die Zanker GmbH übernommen. Elektrolux will die Produktion von Waschvollautomaten von Tübingen zu der Elektrolux-Tochter Zanussi nach Italien verlagern. Nach dem geplanten Abbau der Belegschaft in zwei Stufen um zunächst 86 und später 19 Mitarbeiter soll Zanker in Tübingen von Anfang 1986 an noch 348 Mitarbeiter beschäftigen.

Vorsichtiger Optimismus

Bielefeld (hdt.) – Nach recht zufriedenstellenden Umsätzen in den beiden letzten Monaten erwartet der Facheinzelhandel im Bereich Hausrat, Eisenwaren und Geschenkartikel auch für das restliche Jahr eine durchaus positive Entwicklung. Die EK-Großeinkauf eG, Bielefeld, sieht dies durch die Ergebnisse bestätigt, die nach einem Umsatz von 571 Mill. DM im Vorjahr jetzt bis einschließlich Juli ein Plus von 4 Prozent bei durchaus stabilen Preisen erzielte.

Auch NUR erhöht

Hamburg (dpa/VWD) – Durchschnittliche Preissteigerungen bei Flugreisen im Mittelstreckenbereich von vier bis fünf Prozent und bei Fernreisen von fünf Prozent hat die NUR Touristic, Frankfurt, zweitgrößter deutscher Touristikveranstalter, für die kommende Wintersaison 1985/86 angekündigt. Entsprechende Preiserhöhungen hatten bereits TUI und ITS bekanntgegeben.

OLDENBOURG / Wertpapierdruck und Sicherheitsprodukte bereiten Freude

Kräftiger Aufwind wird etwas nachlassen

DANKWARD SEITZ, München

Mit gedämpften Wachstums- und Ertragserwartungen sieht die R. Oldenbourg GmbH Co. KG, München, dem Geschäftsjahr 1985 entgegen. Diese Annahme basiert offensichtlich darauf, daß das zweite Halbjahr wesentlich schlechter verläuft als die ersten sechs Monate. Denn per Ende Juni konnte die Familiengruppe, die mit ihrem technischen Betrieb zu den 40 größten deutschen Druckereien zählt, immerhin ihren Umsatz gegenüber der Vorjahreszeit noch um beachtliche 19 Prozent auf 99 Mill. DM steigern. Dennoch rechnet die Geschäftsleitung damit, daß sich sowohl Umsatz als auch Ertrag schwächer entwickeln werden als im vergangenen Jahr.

Im Jahr 1984 befand sich die Gruppe trotz des Druckerstreiks in einem starken Aufwind. So stieg der Gesamtumsatz im Branchenvergleich überdurchschnittlich um 17 Prozent auf 208 Mill. DM – konsolidiert entspricht dies den Angaben zufolge 181 Mill. DM. Und obwohl neun Prozent höhere Personal- und 21 Prozent höhere Materialkosten verkraftet werden mußten, wurde ein Gewinn vor Steuern von über fünf (1982: 4,5) Prozent vom Umsatz erreicht. Der Cashflow verbesserte sich um 50 Prozent auf 17 Mill. DM.

Die guten Erträge wurden, so die Geschäftsleitung, für eine kräftige Aufstockung der Rücklagen verwendet. Die Eigenmittel nahmen dadurch um 18 Prozent auf 34,5 Mill. DM zu und machen jetzt 39 Prozent der Bilanzsumme aus. Investiert wurden wieder etwa vier Prozent des Umsatzes in neue Anlagen. Die Gruppe beschäftigte 1984 etwa 1200 Mitarbeiter (plus fünf Prozent).

Die erfolgreiche Entwicklung in den letzten zehn Jahren – 1975 lag der Umsatz noch knapp unter 110 Mill. DM – führt man nicht zuletzt auf die produktmäßige und geographische Diversifikation zurück. Obwohl Oldenbourg auch auf durch Überkapazitäten und Preiskämpfe gekennzeichneten Märkten (Offset-Druck und Buchbinderei) tätig sei, habe man dies mit anderen Produkten ausgleichen können.

So bereitete denn auch 1984 der jüngste Geschäftsbereich Wertpapierdruck und Sicherheitsprodukte mit einem Umsatzplus von 47 Prozent auf 49 Mill. DM die größte Freude. Unter anderem werden hier Euroscheck-Karten hergestellt, wo Oldenbourg mit 15 Mill. Stück pro Jahr führend in der Bundesrepublik ist. Ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnete auch der Bindereibereich mit 21 Prozent auf 52 Mill. DM. Etwas verhaltener verlief die Umsatzentwicklung im Verlag mit plus acht Prozent auf 31 Mill. DM und im Druckbereich mit plus sechs Prozent auf 73 Mill. DM.

Aktien zum Teil erholt

Interesse vor allem für Rendite- und Warenhauspapiere

DW. – Vorbörsliche Käufe einiger Ausländer hatten an der Dienstagbörse die Voraussetzung für eine teilweise freundlichere Tendenz geschaffen. Denn es hatte sich herausgestellt, daß das Angebot auf Basis der gegenwärtigen Kurse äußerst begrenzt ist. Offensichtlich ist der Berufshandel noch nicht geneigt, zweifellos vorhandene Schieflagen verlustreich aufzulösen. Abgestützt wurde die stabile Tendenz zusätzlich durch die sich im Tempo verschärfende Zinssenkung. Sie sorgte für eine Bevorzugung renditestarker Papiere.

Die Ausländer kauften die schon früher von ihnen bevorzugten Aktien von Siemens, Deutsche Bank, Daimler und auch teilweise Papiere der Großchemie. Der Anstieg von BASF, Bayer und Hoechst hängt aber auch mit den bei ihnen erzielbaren Renditen zusammen, die sie für inländische institutionelle Anleger interessant machen. Aus dem gleichen Grunde dürften auch RWE- und Veba-Aktien ihren Anstieg fortgesetzt haben. Dabei erreichte die Veba einen neuen Jahreshöchststand. Der Handel in Bankaktien blieb von einer gewissen Unsicherheit geprägt, weil niemand abzuschätzen vermag, wie sich die Zinssenkung auf die Erträge im Kreditgeschäft auswirken wird. Weiterhin lebhafte Nachfrage auch nach Kali und Salz, wo allerdings der Spitzenstand nicht ganz gehalten werden konnte.

Frankfurt: Um 20 DM höher taxiert wurden Esslinger Maschinen und Mainkraft. Chemieverwaltung stockten um 28 DM auf. Enka zogen um 8 DM und Enzinger um 7,90 DM an. Kochs Adler verbesserten sich um 8 DM.

Düsseldorf: Aigner stockten 6 DM und Gehe um 5 DM auf. Gildemeister verbesserten sich um 2,90 DM und Hochtief um 11 DM. Nachgegeben haben Dyckerhoff St. um 3,50 DM. Agrippina verminderten um 10 DM, während Asch. Rück um 60 DM erhöhten.

Hamburg: HEW zogen um 0,50 DM an, NWK waren um 3,90 DM fester. Um 1 DM verbesserten sich Phoenix Gummi und Reichelt. Beiersdorf fielen um 1 DM zurück. Vereins- und Westbank erhöhten um 2 DM.

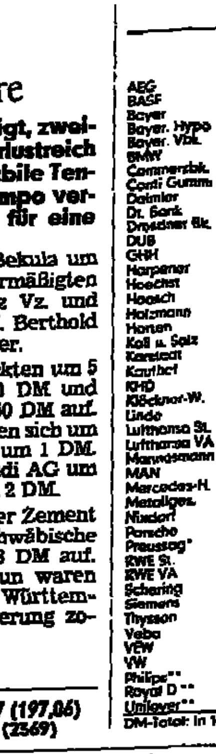
Berlin: Bergmann verbesserten sich um 20 DM und Berliner Elektro um 14 DM. DeTeWe erholten sich um 4,40 DM und Bekula um 1,70 DM. Herlitz St. ermäßigten sich um 3 DM, Herlitz Vz. und Kempinski um je 2 DM. Berthold lagen um 1,50 DM leichter.

München: Aigner stockten um 5 DM, Gehe AG um 0,60 DM und Leonische Draht um 2,50 DM auf. Otto Stumpf verbesserten sich um 4 DM und Süd Chemie um 1 DM. Nachgegeben haben Audi AG um 10 DM und Patrizier um 2 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement stiegen um 7 DM. Schwäbische Zellstoff stockten um 3 DM auf. Württembergische Cattun waren um 38 DM nachgebend. Württembergische Feuerversicherung zogen um 10 DM an.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 198,37 (197,06)
WELT-Umsatzindex: 3082 (2569)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	20.8.	19.8.
H Aach M Bet. 10	1510	1538
H Aach. M. Vers. 7	610G	620B
D Aach. Rück. 9	2140	2080
D Assog *4	490G	490G
M Ackr-Gögg. 6	119	120
H Adca 5	137	137
D Adler 9	295	295
F Adt 0	35,9	35,2
F AEG-Telef. 0	132,1	130,1
D AEG-Kabel 9	278bB	275T
S Aesculap 9	425	423
H Br.H.Hypo 10+1	362	358
Hn Brach.Jute *0	92	95
H Breitenb.-C. *25	600G	600G
H Br. Straßb. *0	440G	440
H Br. Vulkan 0	74,1	74,8
H Br. Wollk. 7	162	160,5
F BBC 6	236	235,7
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	122,5G	122,5
D Buderus *12,6	385G	385G
M Bgl.Br.Ing. *12+1	985G	985G
S Bgl.Brh.Nov. *0	375G	375G
S Colw D. **18	735bG	735bB
M En. Oberfr. 6	2788	2788
M En. Ostb. 6	–	210
H Elbrott 0	91,5	90
B Engelhardt 7	210T	210T
D Enka 7,5	344	336
M Erlus 12,5	–	330B
M Erste Kulmb. 9	1270G	1260G
S esbi *0	7,58	76G
S Essl. Masch. *6	435TG	431bG
M Esterer **10	555G	555G
D Farb. Liqu. RM 0	7,9	8,2
F Flachglas 9	229	233
D Ford *19,36	850T	850T
B Forst. Ebn. *4 %	4750T	4750T
S Hohner *6	178,5	178
H Holsten-Br. 6	236	236G
F Holzmann 10+1	448xD	458
D Horten 6	185	184,5
B Hw Kayser *12	260G	260G
D Hussel 8	340,2	337
M Hutschenr. 9+1	260B	260bB
H Hypo Hbg. 10+2,5	500G	500G
D IKB 7,5	209,5	210,8
S IWKA 4	274,5	275
M Isar-Amper 7,5	338bG	338
D Iserlbeck 4,75	170T	170T

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die überraschende Hochrevidierung des amerikanischen Bruttosozialproduktes im zweiten Quartal auf zwei Prozent nach 1,7 Prozent ließ den Dollarkurs am 20. 8. explosionsartig auf knapp 2,79 ansteigen. Der gleichzeitig rückläufige Preisdeflator von 2,8 auf 2,7 Prozent wirkte ebenfalls in diese Richtung. Bis zum Zeitpunkt der Bekanntgabe am frühen Nachmittag pendelte der Dollarkurs in einem fast bewegungslosen Handel zwischen 2,7620 und 2,7680 bei einem amtlichen Mittelkurs von 2,7652. Die übrigen amtlich notierten Währungen verzeichneten gegenüber der D-Mark nur minimale Veränderungen, die in keinem Fall über einen Viertelprozentpunkt hinausgingen. US-Dollar in: Amsterdam 3,1145; Brüssel 56,0150; Paris 8,4410; Mailand 1854,15; Wien 19,4230; Zürich 2,2648; Ir. Pfund/DM 3,108; Pfund/Dollar 1,3981; Pfund/DM 3,868.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 19.8.: In D-Mark 2,22462 (Parität 2,24184); in Dollar 0,80588 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 20. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Nach Bekanntgabe des US-Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal befestigten sich am 20. August die US-Dollar-Zinsen, am Terminmarkt vergrößerten sich daraufhin die Abschläge für US-Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,89-0,79	2,51-2,41	5,00-4,80
Pfund/Dollar	0,47-0,46	1,15-1,12	1,87-1,82
Pfund/DM	3,10-1,70	7,00-5,60	11,9-10,5
FF/DM	24-8	61-45	114-98

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze (im Handel) unter Banken am 20.8.: Tagesgeld 4,50–4,60 Prozent; Monatsgeld 4,60–4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60–4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent. 6 Mon. 4,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20.8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 14. Aug. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,22) – 6,25 (5,56) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,60) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,05) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,30, 2 Jahre 5,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,30, Rendite 6,18.

GROSSBRITANNIEN

CMA wirbt mehr für Lebensmittel

hdt, London

Der Umsatz deutscher Lebensmittel und Getränke auf dem britischen Markt, der in den letzten zehn Jahren ständig wuchs, erreichte 1984 nach einem erneuten Plus von 22 Prozent die bisherige Rekordmarke von 1,2 Mrd. Pfund. Dazu Kurt Bettin, verantwortlich für die Verkaufsförderungsaktivitäten der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) in London: „Deutsche Produkte sind jetzt nicht mehr nur in Feinkostgeschäften, sondern überall im Einzelhandel zu erhalten, und somit ist die Voraussetzung für gezielte Werbung auf nationaler Basis gegeben." Die CMA steigt daher erstmalig in die Fernsehwerbung in Großbritannien ein. Im Londoner CMA-Büro und dem dort angeschlossenen German Food Centre ist man überzeugt, nicht zuletzt durch die so verstärkte Werbung im laufenden Jahr die Umsatzzahlen des Vorjahres noch zu übertreffen.

Sorgen machen jedoch die Entwicklungen auf dem Weinmarkt, denn die Folgen der Skandale in jüngster Vergangenheit schwappten auch auf die Britischen Inseln über. Die österreichischen Provenienzen sind denn auch inzwischen aus den Regalen verschwunden, eine mit einem jährlichen Importvolumen von 700 000 Hektoliter nur relativ kleine Menge. Noch kam der deutsche Wein nicht ins Gerede, ihn würde das allerdings wesentlich härter treffen, denn mit 180 Mill. Hektoliter ist Großbritannien derzeit größter Abnehmer bei den deutschen Weinexporten.

Albert-Frankenthal wieder auf Touren

VWD, Frankenthal

Die Albert-Frankenthal AG, Frankenthal, rechnet 1985 nach Rückgängen wieder mit einer Umsatzausweitung und einem positiven Ergebnis. Der Auftragsbestand des Druckmaschinenherstellers von gut 260 Mill. DM zur Jahresmitte sichere die volle Beschäftigung bis in das Jahr 1986 hinein, heißt es im Geschäftsbericht. Bereits 1984 hatte der Auftragszugang mit 264 Mill. DM fast das Zweieinhalbfache des Vorjahres erreicht, in dem staatliche Förderung zu einem Auftragsloch geführt hatte. Zahlreiche Inlandsbestellungen waren vorgezogen worden.

Der Umsatz fiel daher 1984 um 14 Prozent auf 223,1 (258) Mill. DM zurück. Bei einem Auslandsanteil von 70 Prozent der Bestellungen wird der Exportanteil am Umsatz (42 Prozent) im laufenden Jahr wieder steigen. Durch den Umsatzrückgang konnte 1984 das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. Die Erfolgsrechnung schließt erneut praktisch ausgeglichen, nachdem im Jahr zuvor 1,88 Mill. DM Überschuß den Verlustvortrag ausglichen. Der Bilanzgewinn von 44 000 DM wird vorgetragen.

NAMEN

Heinrich Freiberger, langjähriger früherer Vorsitzender der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) und des Vereins der Bayerischen Metallindustrie (VBM), feiert heute den 85. Geburtstag.

Richard Theodor Fleitmann, Schwerte, bis 1980 Vorstandsmitglied der Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG vorm. Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co. und langjähriger Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, vollendet heute das 70. Lebensjahr.

Wolfgang von Meister, Lechbruck, früherer Leiter der Finanzabteilung der Farbwerke Hoechst AG und letzter lebender Enkel der Gründergeneration der Farbwerke Hoechst AG, vormals Meister, Lucius und Brüning, wird heute 90 Jahre.

Dr. **Manfred Schmidt** (47), Leiter des Valvo Unternehmensbereichs Bauelemente der Philips GmbH, Hamburg wurde zum Geschäftsführer der Philips GmbH bestellt.

Anton Frederik Knappert (54), Vorstandsmitglied der österreichischen Philips Gesellschaft, wurde zum 1. September 1985 in den Vorstand der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH (Alldephi), Hamburg, berufen. Er wurde außerdem zum Geschäftsführer der Philips GmbH bestellt und ist damit in beiden Funktionen Nachfolger von **Jacob Herman Schakel** (62), der in den Aufsichtsrat der Alldephi berufen wurde.

Hans-Albrecht Lynen, Mitinhaber des Eschweiler Kabelwerkes Lynenwerk GmbH & Co. KG, hat am 20. August das 75. Lebensjahr vollendet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Hans-Dieter Ossege; **Bochum:** Herbert Schwedhelm; **Hamburg:** City Elektrik GmbH Elektro- u. Sanitärinstallation; **Hamm:** Wulf-Frost, Wilhelm Wulf GmbH, Unna; **Herford:** Articulor-Sitzmöbel GmbH, Hiddenhausen 5; **Kleve:** Wolf Metallbau GmbH; **Mannheim:** IC – Industry Consult Ges. f. Organisation u. Planung mbH, Mannheim-Neckarau.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Ohltrans Speditionsges. mbH.

Warenpreise – Termine

Während sich Gold am Montag am Terminmarkt der New Yorker Comex geringfügig festigen konnte, wurde Silber durchweg kräftig zurückgenommen; Kupfer schloß deutlich niedriger. Kaffee wurde in allen Positionen höher bewertet, Kakao schloß uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19.8.	16.8.
Sept	287,50	293,50
Dez.	302,25	304,50
März	307,50	311,50

Weizen Winnipeg (can $/t)		
Wheat Board of St. Lawrence 1 CW	228,89	229,79
Amber Durum	225,94	226,84

Roggen Winnipeg (can $/t)		
Okt.	116,50	114,60
Dez	120,00	118,00
März	125,30	123,00

Hafer Winnipeg (can $/t)		
Okt	98,80	99,00
Dez.	99,80	100,70
März	102,00	102,00

Hafer Chicago (c/bush)	19.8.	16.8.
Sept.	119,75	121,75
Dez	128,25	130,25
März	129,75	132,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept	231,25	231,75
Dez.	225,50	225,00
März	231,75	233,75

Gerste Winnipeg (can $/t)	19.8.	16.8.
Okt	115,00	115,40
Dez.	116,40	116,80
März	119,00	119,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19.8.	16.8.
Terminkontr. Sept	136,00	135,00
Dez	139,40	138,60
März	140,45	139,65

Kakao New York ($/t)	19.8.	16.8.
Terminkontr. Sept.	2085	2095
Dez.	2141	2145
März	2200	2209
Umsatz	2717	3354

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr 11 Sept	4,18	4,20
Okt	4,27	4,33
Jan.	4,40	4,52
März	4,71	4,93
Mai	4,92	5,10
Umsatz	10755	8564

	19.8.	16.8.
Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,21	4,71

Kaffee London (£/t) Robusta-	19.8.	16.8.
Kontrakt Sept.	1659-1665	1655-1658
Nov	1700-1702	1687-1689
Jan.	1730-1735	1718-1719
Umsatz	4533	5343

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1699-1700	1697-1699
Dez.	1706-1708	1706-1707
März	1772-1773	1721-1725
Umsatz	1604	2274

Zucker London (£/t) Nr 6	19.8.	16.8.
Okt	117,40-117,60	120,40-120,80
Dez	119,20-119,60	124,80-125,00
März	129,00-129,20	134,20-134,40
Umsatz	1870	3496

Pfeffer Singapur (Straits-$ag-S/100kg)	20.8.	19.8.
schw. Sarawak spez.	690,00	690,00
weißer Sarawak	870,00	870,00
weißer Muntok	880,00	880,00

Orangensaft New York (c/lb)	19.8.	16.8.
Sept.	134,75	-
Nov.	131,25	-
Jan	128,90	-
März	127,50	-
Mai	126,40	-
Umsatz	400	-

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	19.8.	16.8.
Südstaaten fob Werk	38,00	38,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,75	22,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	22,22	22,57
Sept	22,25	22,52
Okt.	22,20	22,50
Dez.	22,20	22,45
Jan	22,31	22,60
März	22,55	22,80
Mai	22,75	22,90

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	22,50	22,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choice white hog 4% fr. F.	13,50	14,00

Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,75
fancy	14,50	14,50
bleichfähig	14,00	14,00
yellow max. 10% fr. F	10,50	11,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	45,75	44,60
Okt	34,50	37,90
Dez	38,85	40,35

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug	46,65	48,80
Feb	56,80	58,60
März	56,55	58,30

Häute Chicago (c/lb)	19.8.	16.8.
Ochsen elek. schwere River Northern	55,50	55,50
Kühe extr. schwere River Northern	41,00	41,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	519,25	523,00
Sept.	506,25	510,50
Nov	509,75	514,00
Jan.	518,00	522,00
März	528,50	537,00
Mai	536,50	540,00
Juli	540,50	545,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	122,40	123,70
Sept.	123,10	124,50
Okt	124,70	125,80
Dez	127,60	129,30
Jan	129,70	131,00
März	131,50	133,50
Mai	134,40	135,00

Leinsaat Winnipeg (can $/t)	19.8.	16.8.
Okt.	315,50	320,00
Dez	318,50	327,50
März	328,80	332,40

Kokosöl New York (c/lb)	19.8.	16.8.
Westküste fob Werk	24,00	24,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20.8.	19.8.
jegl. Herk. cif	930,00	920,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	645,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	400,00	410,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	136,00	144,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	415,00	445,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	247,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	19.8.	16.8.
Okt.	58,10	57,90
Dez	58,52	58,30
März	59,60	59,75
Mai	59,99	60,05
Juli	59,76	59,76
Okt.	54,80	54,60

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,00	42,25

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuz.	20.8.	19.8.
Okt.	502-504	504-506
Dez	500-505	504-510
Jan	505-506	-
Umsatz	32	44

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	19.8.	16.8.
Okt.		
Dez	geschl.	geschl.
März		
Mai		
Umsatz		
Tendenz:		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19.8.	16.8.
Okt.	611,00-615,00	613,00-615,00
Dez	-	-
März	-	-
Umsatz	0	-

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20.8.	19.8.
Ost-Afrikan 3 long	600,00	600,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	19.8.	16.8.
Aug.	12947	12850
Sept.	12759	12566

Kautschuk London (p/kg)	19.8.	16.8.
Nr. 1 RSS loco	62,00-64,00	62,25-64,25
Sept.	-62,00	-62,00
Okt.	-65,00	-65,00
Nov	-65,00	-65,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19.8.	16.8.
Aug.	185,25-185,75	185,50-186,00
Sept.	184,00-185,50	184,25-185,00
Nr 2 RSS Aug.	177,50-187,50	177,50-187,50
Nr 3 RSS Aug.	175,00-176,00	175,00-176,00
Nr. 4 RSS Aug.	170,50-171,50	170,50-171,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	20.8.	19.8.
BWC	510	510
BWD	490	490
BTC	510	510
BTD	490	490

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (-); BTC – (-), BTD – (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	20.8.	19.8.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	282,54-282,73	282,15-282,54
drittfolg. Monat	291,44-291,64	291,06-291,25
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	116,00-116,09	112,70-112,80
drittfolg. Monat	115,42-115,61	113,87-114,06
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1343,93-1345,87	1338,12-1340,06
drittfolg. Monat	1347,17-1349,11	1344,39-1347,17
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	204,80-205,27	205,72-204,11
drittfolg. Monat	206,43-206,82	204,11-204,49
Produz.-Preis	229,84	229,80
Reinzinn 99,9%	3804-3842	3819-3857

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20.8.	19.8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	395,82-399,11	399,89-403,18
Blei in Kabeln	123,75-124,75	120,25-121,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vierkantdraht	464,50-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 17 Kupferverarbeiter und -besteller

Messingnotierungen

	20.8.	19.8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	355-359	358-362
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	402-405	405-406
MS 63	394-398	397-401

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	20.8.	19.8.
	30,90	30,97

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20.8.	19.8.
Leg. 225	345–	345–
Leg. 226	347–	347–
Leg. 231	377-380	377-380
Leg. 233	387-390	387-390

Die Preise verstehen sich für Abschlußmengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	31,75	31,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	30340	30410
Rücknahmepr.	29410	29460
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	30470	30770
Rücknahmepr.	29690	29980
verarbeitet	31960	32280
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	29980	30155
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	571,30	587,80
Rücknahmepr.	554,30	568,50
verarbeitet	596,40	608,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	20.8.	19.8.
London 10.30	335,50	339,75
15.00	334,15	340,90
Zürich mittags	335,70-334,20	339,00-339,50
Paris (Fr-kg-Barren) mittags	91500	92000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	447,15	456,20
3 Monate	459,45	468,80
6 Monate	470,75	480,20
12 Monate	494,50	505,20

Platin (£/Feinunze)	19.8.	16.8.
London fr. Markt	237,05	238,00
Palladium (£/Feinunze)		
London 1 Händlerpreis	77,50	76,10

New Yorker Preise	19.8.	16.8.
Gold H&H Handel	[illegible]	[illegible]
Super H&H Arbeit	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz. Preis	[illegible]	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis		
Silber (c/Feinunze)	[illegible]	[illegible]
Aug	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Dez	[illegible]	[illegible]
Jan	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Umsatz		

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19.8.	16.8.
	[illegible]	61,50
Aug	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Dez	[illegible]	[illegible]
Jan	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	[illegible]

Londoner Metallbörse

	20.8.	19.8.
Aluminium (£/t) mittags Kasse	779,50-780,00	779,50-780,50
3 Monate	752,50-753,00	752,50-753,00
Blei (£/t) mittags	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	-	[illegible]
3 Monate		[illegible]
(Kupfer Standard) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) mittags	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) mittags	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl)	-	285-290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	64-70

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Zur Vermittlung von unseren First-Class-
Hotel- und Ferienanlagen

in Bayern, auf Mallorca und an der Algarve-Küste suchen wir Damen und Herren als Vertreter mit exklusivem Gebiet. Höchste Provisionen, Prämien, Spesen und Urlaub in unseren Hotels.

Komplette Gratisinstruktion in einer unserer Anlagen. Starke Verkaufsunterstützung.

Nur schriftliche Bewerbungen an:

ZHZ – Zeit-Hoteleigentum GmbH
Hansa-Allee 2, 4000 Düsseldorf 11

Deutschland, Philippinen, Südostasien

Dtsch. Kaufmann m. Sitz in Manila, zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland, mit hervorragenden Geschäftsbeziehungen, sucht Repräsentanz, Vertretung, Vertrieb etc. jegl. Branchen. Ich erschließe Ihnen den philipp. Markt, auch in Südostasien, kostengünstig mit deutsch. Präzision u. Zuverlässigkeit.

Angeb. unter D 4392 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

NEUHEIT!

AKUPUNKTUR-STAB, piezoelektronisch, für Selbstbehandlung gegen viele Arten von Schmerzen erfolgreich. Großabnehmer gesucht, auch im Ausland. Ideal für Versandhandel.

BIMEX GmbH, Postfach 61 20, 6050 Offenbach/M.
Tel. 0 69 / 89 21 98, FS 4 152 635

Achtung! Porzellan-Fachgeschäfte!

Wer soll ab Ende 1985 durch Villeroy & Boch nicht mehr beliefert werden?

Bitte melden! Es ist die Gründung eines Interessenverbandes beabsichtigt.

Zuschriften unter A 4545 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind Teilnehmer an der STOCK-LOT Messe in Utrecht Mitte September. Auf dieser Messe können wir auch für Sie Ihre **RESTPOSTEN** und **überflüssigen** Lagerbestände verkaufen! Nehmen Sie rasch Kontakt mit uns auf:

ALCO B. V. Oude Wouwsebaan 14, NL-4621 JE Bergen op Zoom, Tel. 00 31 16 40 / 3 30 54.

P. S. Wir sind Import. von Hausrat, Geschenkartikeln u. Spielwaren

Sichere Existenz

Sie können sie sich schaffen, wenn Sie DM 10 000,- Eigenkapital für eine finanziell gesicherte Zukunft einzusetzen in der Lage sind. Greifen Sie zu und wir informieren Sie, wie Sie sich Ihr Leben neu gestalten und sehr gut davon leben können.

Angebote unter F 4572 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kooperation/Übernahme
v. techn. Industrievertretungen für den Raum Neumünster/Mittelholstein gesucht. Außendienst, Büro, Lager, Laden vorhanden.
Anfragen an:
KBS, Jägerstr. 16
2071 Schönberg

Citybüros
Hamburg – Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. Fax, Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz oder Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

Selbständige Existenz

Gehen Sie mit uns in einen expandierenden Zukunftsmarkt mit exzellenten Gewinnchancen im Bereich Freizeit und Lebensgestaltung. Erwerben Sie einen der letzten freien Bezirke. Erforderlicher Kapitaleinsatz DM 12 000,–. Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Lichtbild erreicht uns unter X 4520 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Unternehmen
sucht für das Ruhrgebiet einen
Handelsvertreter?
Abschlußsicher, mit langjähriger Erfahrung im Verkauf. In der Groß und Mittelindustrie bestens eingeführt, suche ich neuen Wirkungskreis.
Angebote, die eine seriöse und dauerhafte Tätigkeit ermöglichen, bitte unter X 4564 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELTFRIEDEN

Sponsor/Partner ges. zwecks Entwicklung eines Versuchsprojekts bas. auf ausgez. Plan o. a. zu erzielen. Unermeßliche seelische und materielle Belohnung zu erwarten. Information erhältlich. Antw. (bitte englisch) an:
Mr. B. Melville, 104/17 Dalry road, EDINBURGH, Scotland EH11 2DW, U. K.

Wiener Handelsagentur
übernimmt Vertretung für Österreich! Büro, Lager und Lieferanten vorhanden.
Handelsagentur Furtlehner
Wernhardtstr. 22, A-1160 Wien
Tel. 00 43 / 2 22 / 95 85 00

Betreiber
für „Fitneß- u. Bodybuilding-Center"
in Kurort Haus Berge (Porta Westfalica) gesucht.
DIBO-Baueonsult GmbH
Tel. 0 51 32 / 62 70

Junges, aufstrebendes
Touristik-Unternehmen in Berlin sucht zwecks Geschäftserweiterung Kapital. Ca. DM 300 000.–, stille Beteiligung möglich. Ang. u. T 4516 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Verkaufsleiter

38 J., führungserfahren, ergebnisorientiert, Profi im Fachhandelsvertrieb, Bereich Color u. Video, sucht neuen anspruchsvollen Wirkungskreis m. Entwicklungsmöglichkeit.

Zuschriften unter Z 4544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leiter/ Geschäftsführer
48 J., dynamisch, einsatzfreudig, langjähr. Führungserfahrung im Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen sowie in der ges. kaufm. Verwaltung, sucht in NRW entspr. Position. Zuschriften unter X 4496 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baustellenkaufmann/ techn. Background
Exporterf., Akquisition in Saudi-Arabien, Ägypten, Irak, sucht als Einzelkämpfer die Herausforderung im Ausland-Einsatz. Alter 43 J.
Zuschr. erb. u. H 4396 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportsachbearbeiterin
34 Jahre (Französisch, Englisch, Grundkenntnisse in Spanisch), sucht neuen, interessanten Wirkungskreis. Bevorzugt wird Einsatz auf Messen und Ausstellungen.
Angeb. u. Y 4565 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst
Welche mittelständ. aufstreb. Firma sucht einsatzfr., dynam., belastbar, gute Verkaufsnachweise, Führungserf., 39 J., verh., festangestellten Außendienstler möglichst im Raum NRW/Westfalen zur Umsatzerweiterung? Aufbau und Führung kl. Verkaufsteams angenehm. Keine Kapitalanlagen. Zuschriften erb. u. U 4517 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgsorientierte
Außendienstführungskraft
(38 J.), z. Z. Bausparkasse/Baufinanzierung, sucht unternehmerische Aufgabe mit Perspektiven, vorzugsweise in NRW. Biete betriebswirtschaftliche Ausbildung u. langjähr. erfolgreiche Außendienst- und Führungserfahrung. Eig. Büro vorhanden. Zuschriften unter W 4495 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.
Auslandsgeschäft
31 J., ldg., in ungek. Pos. im Ausl.-Kreditgesch., Engl., Span. (Franz.) fließ., interess. auch an Reisetätigkeit bzw. Auslandsaufenth.
Zuschr. erb. u. E 4571 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Großhandelskaufmann
27 J., m. mehrjähriger Erfahrung in Stahlhandel u. Service (Verzinkung, techn. Gase, Bauzubehör) sucht interessante neue Verkaufstätigkeit im Innen- u. o. Außendienst auch in artverwandter Branche, EDV-Kenntnisse vorh.
Angeb. u. C 4569 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ök.
Personal u. Arbeit, Unternehmensführung u. Org., Recht, EDV-Grundkenntn., Engl. u. Franz., 33 J., mobil, mehrj. Verw.-Praxis (Post), ½ J. Praktikum (Rechtsw.), sucht Erstanstellung. Ang. unter E 4393 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstler
sucht zu sofort neuen Arbeitgeber. 14 Jahre Außendienst (Baubranche), alte Fa. Konkurs, 25 Jahre FS, unfallfrei. Gerne Gebiet Nielsen II.
Ang. unter F 4394 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Seriöser Spitzenverkäufer
sucht anspruchsvolle Aufgabe im Verkauf/Management.
Zuschr. unter U 4251 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Controlling
Dipl.-Wirtsch.-Ing., erfahren in Aufbau und Einführung, ist frei für Sie ab Dez. 85.
Zuschriften u. W 4519 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Int. Händler in Agriproducts
Ende 20, Erf. Nord-/Süd-Amerika, engl. u. franz. z. Z. in der Schweiz tätig, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. V 4562 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Biologe
Dr. rer. nat., 35 J., seit 5 J. in ungekündigter Stellung in der pharm. Industrie im Kölner Raum tätig, sucht aus famili. Gründen neuen Wirkungskreis, mögl. in Ostwestfalen, aber nicht Bedingung.
Zuschr. erb. u. U 4561 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Bau-Ing.
24 J., flexibel, sucht Tätigkeit im Bereich Siedlungswasser-Ver- u. -Entsorgung und Wasserbau. Zuschriften erbeten unter A 4567 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter
35 J., Engl./Franz., (3 J. in Fr.), Chemie, spez. Klebstoffe f. Holz-, Möbel- u. verwandte Ind., sucht neue Aufgabe, gerne auch in and. Branchen, evtl. Auslandsaufenthalt.
Angebote unter Z 4566 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hauslehrer u. Sprachtherapeut sucht zum Herbst in Hamburg privat Betreuungsaufgaben, auch für alle Behinderungsarten.
Zuschr. unter D 4504 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen im Kraftfahrzeugbereich, Raum Hamburg, und suchen baldmöglichst einen

Assistenten der Geschäftsleitung

Aufgabengebiet: Betriebsorganisation, Reorganisation von Lager- und Werkstattbereich, An- und Verkauf von Gebraucht- und Neufahrzeugen. Branchen- und EDV-Kenntnisse wären von Vorteil.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, die Sie uns mit den üblichen Unterlagen und Ihrer Gehaltsvorstellung unter C 4503 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, zusenden wollen.

STELLENANGEBOTE

MEYRA
ROLLSTÜHLE UND REHABILITATIONSMITTEL

GESCHÄFTSFÜHRER

Wir sind eines der national und international führenden Unternehmen für die Herstellung von Rollstühlen und Rehabilitationsmitteln.

Unser Geschäftsführer für den Unternehmensbereich Finanzen, Rechnungswesen und allgemeine Verwaltung wird in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten.

Wir suchen einen Nachfolger, der sich zunächst als Assistent der Geschäftsleitung in dieses Gebiet einarbeiten soll.

Als Bewerber erwarten wir unternehmerisch geprägte, zielbewußt und konzeptionell denkende Führungspersönlichkeiten, die nicht älter als 40 Jahre sein sollten und über fachliche Erfahrungen und persönliches Format verfügen.

Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung mit handschriftlichem Lebenslauf an:

INTAX Treuhand Brucker & Co. GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/
Steuerberatungsgesellschaft
Lüerstraße 12, 3000 Hannover 1

MEYRA
Wilhelm Meyer GmbH & Co. KG
4925 Kalletal-Kalldorf

Renommiertes Großunternehmen in Hannover sucht für den technischen Bereich eine

Chef-Sekretärin

mit sehr guten Kenntnissen der englischen und der französischen Sprache.

Interessierte Bewerberinnen wollten sich bitte melden unter W 4563 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Amerikaner

Wir bieten Ihnen eine Bezirksdirektion in USA unter einem führenden deutschen Markenartikel-Unternehmen, mit erfolgsorientiertem Know-how und idealer Produktserie. Wir bieten: optimale Einschulung im BRD-Schulungszentrum, hohes Jahreseinkommen, langjährige Vollbeschäftigung. Wir fordern: gute deutsche Sprachkenntnisse, sicheres Auftreten, gute Rhetorik, guten Leumund.

Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Lichtbild an:

LIBELLA-Werbung, Abt. P
Mühlstr. 9–16
8942 Ottobeuren-Ollarzried

Vertriebsprofis

zum Ausbau unserer bundesweiten Vertriebsorganisation gesucht. Das Produkt umfaßt die Versicherungs- u. Bausparsparte. Bewerbungen erbeten unter N 4488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Filmdramaturg

40, M.A., Medien- und Literaturwissenschaft, langj. Erfahrung in der Filmbranche. Wunsch: Stellung in Film-/Fernsehproduktion/Neue Medien, private Anbieter.

Auskünfte erteilt: Frau Reetz
Fachvermittlungsdienst Berlin (West), Charlottenstraße 90 – 94
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-215, FS 183 529 1383

Personalberater und Diplom-Physiker

41, Erfahrung in FuE-Management, Unternehmensberatung, Technologietransfer und Innovation sowie Personaltraining. Leitung/Moderation von Projekt- und Innovations-Teams, innerbetriebliches Kommunikations- und Kooperations-Training; sucht Tätigkeit bei Unternehmensberatung oder Personalabteilung der Investitionsgüter-Industrie.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4
3000 Hannover 1, ☎ 0511/107-1912, FS 921 428 1384

Auslandsanzeigenleiter

Volkswirt, verkaufsstark, mit sehr guten Industriekontakten in fast allen westeuropäischen und zahlreichen überseeischen Ländern, mit nachweisbaren Verkaufserfolgen, fließend englisch sprechend und mit guten Französischkenntnissen ausgestattet, ortsungebunden, sucht zum 1. 1. 1986 oder auch schon früher neuen Wirkungskreis. – Übernimmt ebenso auch Anzeigenvertretung.

Angeb. u. B 4568 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Versierter Operator
mit Datenfacharbeiterabschluß, 34 J., sucht neuen Wirkungskreis. 16 Jahre Berufserfahrung im operativen EDV-Bereich, Systemüberwachung, Organisation, Arbeitsvorbereitung, Cobol-Programmierung u. Operating an den Systemen R 300, H 200, Scan-Data, IBM 360/370, seit 1976 ausschl. an Siemenssystemen BS 1000 u. BS 2000. Sofortiger Arbeitsantritt möglich.
Wolfgang Felsmann, Hauptstr. 56, 1000 Berlin 62, Tel. 0 30 / 7 81 71 29

WERBEWIRT

12jähr. Erfahrung in Industrie/Agentur, marketingorientiert, kreativ, Schwerpunkt Konzeption/Text, sucht entwicklungsf. Aufgabe in Agentur, Verlag oder Industrie.

Ang. u. V 4518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Logistik

43 Jahre, Speditionskaufmann, fundierte Fachkenntnisse in den Bereichen Lagermethoden, Lagereinrichtungen, Kommissionierung, Bestandssteuerung, OZL, Planung und Kontrolle der laufenden Kosten, EDV-Steuerung IBM 38, Führungserfahrung, sucht neuen Aufgabenbereich in Handel oder Industrie.
Ang. unter G 4395 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Physiker/ Physikdidaktiker
promoviert, tätig als Hochschuldozent, sucht adäquate Einstiegsmöglichkeit in den Vertrieb hochwertiger technischer Produkte.
Kontaktaufnahme bitte über die Personalberatung PANKE & Partner GmbH, Heideweg 17, 4600 Dortmund 30, Tel. 0 23 04 / 8 05 38.

Dipl.-Volkswirt
33 J., StB.-Anwärter, Doppel-Studium, WiWi u. Recht, z. Z. bei WPG-StBG, su. Aufgabenbereich in Geschäftsführung oder Linienfunktion.
Zuschr. erb. u. D 4570 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

J. dyn. Kfz-Meister (Lkw)
30 J., sucht neuen Wirkungskreis (In- u. Ausland).
Ang. unter E 4505 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1 01–805

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM _______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______________________

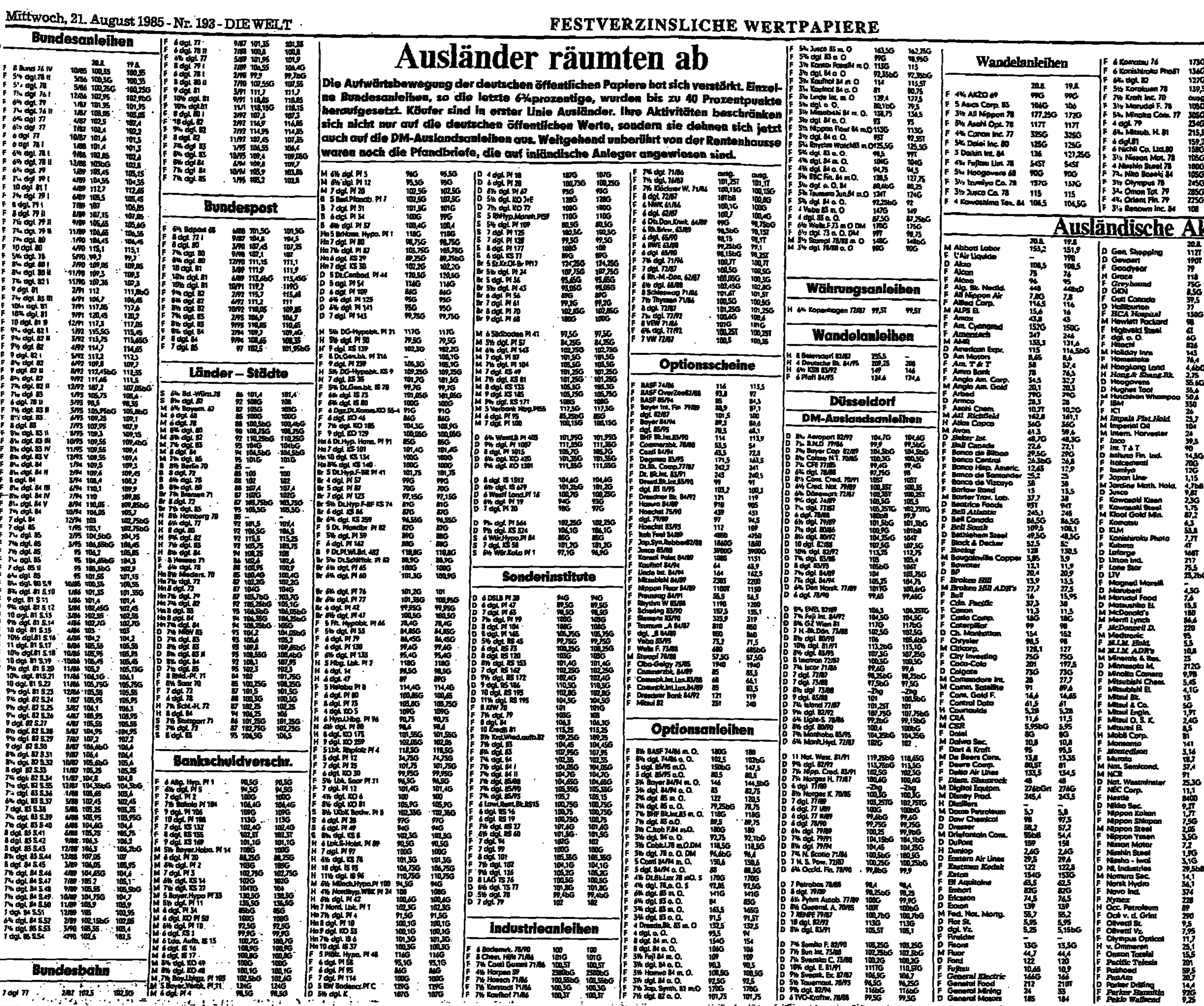
Straße/Nr.: ______________________

PLZ/Ort: ______________________

Vorwahl/Telefon: ______________________

Unterschrift: ______________________

Der Anzeigentext:



Ausländer räumten ab

Die Aufwärtsbewegung der deutschen öffentlichen Papiere hat sich verstärkt. Einzelne Bundesanleihen, so die letzte 6¾prozentige, wurden bis zu 40 Prozentpunkte heraufgesetzt. Käufer sind in erster Linie Ausländer. Ihre Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf die deutschen öffentlichen Werte, sondern sie dehnen sich jetzt auch auf die DM-Auslandsanleihen aus. Weitgehend unberührt von der Rentenhausse waren noch die Pfandbriefe, die auf inländische Anleger angewiesen sind.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesekes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lommon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

NACHRICHTEN

Leichtathletik: Absagen

Hamburg (dpa) – Vier der sieben nominierten Vertreter des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, die im Oktober am Weltcup in Canberra teilnehmen sollten, haben abgesagt. Harald Schmidt, Patriz Ilg und Klaus Just werden in der Europa-Auswahl in Australien starten, Ralf Lübke, Erwin Skamrahl, Heidi-Elke Gaugel und Sabine Everts bleiben zu Hause.

Frankfurt oder Stuttgart

Hannover (dpa) – Das Daviscup-Halbfinale zwischen Deutschland und der CSSR (2. – 4. Oktober) findet nicht in Dortmund und München statt. Der Deutsche Tennis-Bund will sich heute zwischen Frankfurt und Stuttgart entscheiden.

Kohde auf Rang fünf

Düsseldorf (sid) – Die 21 Jahre alte Saarbrückerin Claudia Kohde steht auf der Tennis-Weltrangliste auf Platz fünf. Nach ihrem Sieg in Manhattan Beach verbesserte sie sich um zwei Plätze. Steffi Graf (Heidelberg) rutschte auf den elften Rang ab.

Kein Vertrag für Thurau

Brüssel (sid) – Rad-Profi Dietrich Thurau erhält keinen Vertrag mehr beim belgischen Rennstall Hitachi-Splendor. Nach den Ereignissen bei der Tour de France, als Thurau gegen einen Rennkommissar tätlich wurde, sprach sich der japanische Sponsor für eine Trennung aus.

Piggott in Baden-Baden

Baden-Baden (kgö) – Lester Piggott (48) reitet zur Eröffnung der Internationalen Rennwoche von Baden-Baden (Freitag bis 1. September) im Oettingen-Rennen (76 000 Mark) den Mitfavoriten Hot Rodder.

FUSSBALL / Interview mit Saarbrückens Trainer Uwe Klimaschefski

„Zurückhaltung unseres Vorstandes ist eine Milchmädchenrechnung"

BERND WEBER, Saarbrücken

Heute findet der dritte Spieltag der Fußball-Bundesliga seine Fortsetzung. Eine der wichtigen Fragen heute lautet: Kann der bisher sieglose Neuling 1. FC Saarbrücken dem noch verlustpunktfreien Vizemeister Werder Bremen ein Bein stellen? Die WELT sprach mit Saarbrückens Trainer Uwe Klimaschefski (46).

WELT: Ihre Mannschaft hat den Aufstieg über die Relegationsspiele, wenn man so will, durch die Hintertür geschafft – kam er zu früh?

Klimaschefski: Wir haben uns für die erste Liga qualifiziert. Das allein zählt, jetzt müssen wir das Beste draus machen.

WELT: Die Frage ist aber doch, ob der Ihnen zur Verfügung stehende Spielerkader überhaupt erstligatauglich ist ...

Klimaschefski: Ich würde schon meinen, daß wir durchaus eine realistische Chance haben, den Klassenverbleib zu sichern. Daß dies nicht einfach ist, daß es mit Zittern bis zum letzten Spieltag verbunden sein wird, braucht mir niemand zu erzählen. Das weiß ich selbst.

WELT: Ihr Verein ist mit rund 2,8 Millionen Mark verschuldet. Da waren spektakuläre Neueinkäufe wohl nicht möglich.

Klimaschefski: Wir mußten kleine Brötchen backen. Wir haben ganze 70 000 Mark ausgegeben, um uns mit dem Offenbacher Höfer und dem Bielefelder Schnier zu verstärken. Zum Vergleich: Mitaufsteiger Hannover 96 hat etwa eine Million Mark für neue Spieler aufgebracht – da kann man schon neidisch werden.

WELT: Saarbrücken bemüht sich aber wohl immer noch um den Frankfurter Jürgen Mohr ...

Klimaschefski: Bemühen ist mir zu wenig. Ich glaube erst, daß er für uns spielt, wenn er auch hier ist.

WELT: Kann man Ihre Antwort so interpretieren, daß Sie Ihrem Vereinsvorstand mehr Aktivität abverlangen?

Klimaschefski: Erstens das, und zweitens auch eine größere Risikobereitschaft. Ich habe den Herren schon vor Wochen gepredigt, daß wir fünf neue Spieler brauchen. Aber die wollen ja am liebsten für fünfzig Pfennige einkaufen und dann erleben, daß die für Kleingeld gekaufte Ware den Bundesligahimmel zum Einstürzen bringt. Das ist aber nun mal nicht möglich.

WELT: Vergessen Sie aber nicht, daß der DFB Ihrem Verein eben wegen seiner Schulden Auflagen gemacht hat.

Klimaschefski: Trotzdem, ich weiß genau, daß mehr hätte geschehen können, als bisher geschehen ist. Ich finde es auch erstens nicht gut unseren Fans gegenüber, daß so gar nichts Rechtes geschieht. Und zweitens ist die Zurückhaltung des Vorstands wirtschaftlich gesehen eine reine Milchmädchenrechnung.

WELT: Wie meinen Sie das?

Klimaschefski: Ist doch klar. Die Zuschauer kommen nur, wenn sie wissen, daß wir eine ernsthafte Chance auf den Klassenverbleib haben. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es immerhin nicht ausgeschlossen, daß wir nach zehn, 15 Spieltagen der Konkurrenz hoffnungslos hinterherlaufen – dann würden wir nur noch vor kleiner Kulisse herumgurken. Das kann in niemandes Interesse liegen, in meinem schon gar nicht.

WELT: Zum Spiel gegen Bremen, geben Sie Ihrer Mannschaft Chancen?

Klimaschefski: Die sind nun leider auf ein Minimum geschrumpft. Ich muß meinen Abwehrspieler Walter Müller ersetzen, der für die Bewachung von Rudi Völler vorgesehen war und der in unserer Abwehr mit der wichtigste Mann ist. Aber Müller fällt kurzfristig ebenso wegen Verletzung aus wie Detlev Schnier. Jetzt muß ich wohl eine Kerze in der Kirche stiften, um heil über die Runden zu kommen.

Bundesliga heute

Saarbrücken – Bremen	(-:-)
Nürnberg – Kaiserslautern	(-:-)
Köln – Dortmund	(6:1)
Hannover – Gladbach	(-:-)
Schalke – München	(1:1)
Uerdingen – Stuttgart	(3:2)

In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres.

STAND ● PUNKT

Ursachen bleiben

Die Reaktion war abzusehen: Als Antwort auf die Krawalle in Fußballstadien verfaßten die Politiker eine Erklärung. In der europäischen „Anti-Hooligan-Konvention", die jetzt von sechs Ländern unterzeichnet wurde, schlagen sie Maßnahmen vor, mit deren Hilfe die Gewalt künftig aus den Stadien verbannt werden soll. Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Niederlande und Österreich einigten sich auf folgende Vorschläge: Hinreichender Ordnungsdienst, engere Zusammenarbeit der Polizeibehörden, Trennung gegnerischer Anhänger, Ausschluß von Unruhestiftern und Betrunkenen, begrenzter Verkauf von Alkohol und verstärkte Kontrollen.

Aufwendige Maßnahmen, die Millionen kosten werden, die letztlich aber doch nur das Eingeständnis eigener Hilflosigkeit sind. Denn mit den genannten Aktionen können zwar die Symptome bekämpft werden, nicht aber die Ursachen der Krawalle. Kontrollen, Verbote und drastische Strafen sind immer das letzte Mittel, wenn sich jemand nicht mehr zu helfen weiß. Sie sind die legitimierte Gewalt der Regierenden. Auf der Grundlage der „Anti-Hooligan-Konvention" wird es möglich sein, das Bild der scheinbar heilen Sportwelt wiederherzustellen. Die Krawalle werden aus den Stadien verschwinden. Doch sie werden nur auf andere Schauplätze verlagert, solange Politiker nicht in der Lage sind, der Gewalt die Wurzeln zu ziehen.

ulf

TENNIS

Becker hat sich gefangen

dpa, Cincinnati

Wimbledonsieger Boris Becker scheint sich nach seinem unrühmlichen Auftritt in Kitzbühel wieder gefangen zu haben. Nur 69 Minuten benötigte er in der ersten Runde des Grand-Prix-Turniers von Cincinnati (US-Bundestaat Ohio), um den Israeli Shahar Perkiss (Nummer 56 der Weltrangliste) mit 6:2, 6:3 zu besiegen. Der 17 Jahre alte Becker spielte auch auf einem ihm ungewohnten Boden stark auf – ein gutes Zeichen, denn auf derselben Unterlage wird in der nächsten Woche bei den US-Open in Flushing Meadow gespielt.

Die Auftakt-Niederlage in Kitzbühel hat Boris Becker nach eigenen Angaben überwunden: „Ich nahm ein paar Tage frei und bin jetzt wieder in Form." Das Turnier in Cincinnati dient der Vorbereitung für die US-Open. Prognosen wollte er keine geben: „Ich nehme auch dort jedes Spiel, wie es kommt."

Der 22 Jahre alte Shahar Perkiss, der Becker im Vorjahr in Mephis mit 4:6, 6:4, 4:6 noch bezwungen hatte, wußte diesmal kein Mittel gegen den angriffsfreudigen Deutschen, der vier Asse schlug und seinen Aufschlag bis zum Stande von 5:1 im zweiten Satz mit einer Ausnahme sicher durchbrachte. Becker: „Erst da begann ich nachzulassen. Bis dahin spielte ich meiner Meinung nach gut. Obwohl dies erst mein drittes Turnier auf diesem Boden ist, fühle ich mich darauf wohl." Respekt hat Becker allerdings vor den Schweden: „Es wird schwierig sein, sie hier zu schlagen."

FÜNFKAMPF

Bescheidener geworden

dpa, Melbourne

Die Hoffnungen der deutschen Modernen Fünfkämpfer, sich für das schwache Abschneiden bei den Olympischen Spielen in Los Angeles zu rehabilitieren, sind im australischen Winter in Melbourne ähnlich wie die Temperaturen fast auf den Gefrierpunkt gesunken. Verbands-Präsident Klaus Schormann (Darmstadt) stellte nach der zweiten Disziplin bei der Weltmeisterschaft fest: „Wir sind bescheiden geworden. Wenn die Mannschaft noch Achter wird, muß man zufrieden sein."

Bis Mitternacht zog sich das Fechten hin. Während der zahlreichen Unterbrechungen hielten Wolldecken die Athleten warm. Das Thermometer zeigte sechs Grad an. Dennoch verbesserte sich die Mannschaft von Teamchef Rudi Trost (Berlin) nach dem Debakel im Reiten vom 15. auf den zehnten Rang unter 17 Teams. Mit 4868 Punkten ist der Rückstand zu den führenden Ungarn (5798) allerdings gewaltig. Als bester Fechter erwies sich Detlef Kreher (Berlin), mit 22 Jahren Jüngster im Team, der 38 Siege errang und dafür 1000 Punkte erhielt. Die erfahrenen Michael Zimmermann (840 Punkte) und Diethelm Mette (700) blieben hinter den Erwartungen.

Präsident Schormann kritisierte den Polizisten Diethelm Mette: „Hundert Punkte mehr hätten uns gut getan. Der amtierende Meister, der als Lieblingsschüler von Trost gilt, hatte schon mit einer katastrophalen Leistung im Parcours versagt."

ZAHLEN

HOCKEY

Feldhockey-WM, Junioren, in Vancouver: Deutschland – Holland 0:1 – Tabellenspitze: 1. Holland (21:6-Tore/9:1-Punkte), 2. Deutschland (26:7/8:2).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 664 395,10 Mark, 2: 79 094,60, 3: 3978,40, 4: 76,40, 5: 6,50. – **Toto, Elferwette:** 1: 508,60, 2: 15,70, 3: 2,80. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1: unbesetzt, Jackpot: 344 799,35, 2: 29 812,10, 3: 3726,50, 4: 55,20, 5: 5,50. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 1007,00, 2: 247,80. – **Rennen B:** 1: 1611,20, 2: 244,10. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 79 347,40. (Ohne Gewähr)

Nach Niki Laudas Rücktritt: Selten gab es in der Formel 1 so spektakuläre Transfers

sid, Düsseldorf

Typisch Niki Lauda: Selbst mit seinem zum Saisonende angekündigten Abschied aus der Formel 1 drückte er dem Grand-Prix-Zirkus noch seinen Stempel auf. Seit der Österreicher 1982 in die Elite-Klasse des Motorsports zurückkehrte, hat es nicht mehr so viele spektakuläre Transfers gegeben, wie sie sich bereits jetzt für 1986 abzeichnen.

Der erste Wechsel ist schon vollzogen: Der zweimalige brasilianische Weltmeister Nelson Piquet wechselt – so die noch unbestätigte Meldung der Pariser Sporttageszeitung „L'Équipe" – von Brabham-BMW zu Williams-Honda.

Nur drei Spitzenfahrer haben ihre Zukunft bereits geregelt: Der Italiener Michele Alboreto bleibt bei Ferrari, der Engländer Nigel Mansell hat seinen Vertrag bei Williams-Honda schon im Juni verlängert und der Franzose Alain Prost fährt weiterhin für McLaren-Porsche. Prost, 1984 Vizeweltmeister hinter seinem Teamgefährten Lauda und zur Zeit punktgleich mit Alboreto Spitzenreiter der Weltmeisterschaft, wird wahrscheinlich Konkurrenz durch den finnischen Exweltmeister Keke Rosberg erhalten. Der fühlt sich bei Williams seit der Verpflichtung Mansells vor einem Jahr nicht mehr wohl.

Das amerikanische Force-Team, im nächsten Jahr exklusiv mit dem Ford-Turbomotor unterwegs, hat bis jetzt den Australier Alan Jones, Weltmeister 1980, unter Vertrag. Auch Piquet und Rosberg standen auf der Wunschliste – ebenso wie Lauda. Doch die angeblich geforderten zehn Millionen Dollar für den Weltmeister waren den Amerikanern zuviel.

Tambay ist auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, weil die Zukunft seines Renault-Rennstalles ungewiß ist. In den vergangenen Tagen verdichteten sich die Gerüchte, wonach der französische Staatskonzern nach dem Radrennstall auch das Formel-1-Team stoppen werde. Der Radrennstall verursachte jährlich fünf Millionen Mark Kosten, das Formel-1-Team benötigt 50 Millionen Mark. Von einer Auflösung betroffen wäre auch der Engländer Derek Warwick, der zweite Renault-Werksfahrer. Er könnte bei Lotus-Renault landen, während der Italiener Elio de Angelis vermutlich von Lotus-Renault zu Brabham wechseln wird.

Die Kostendämpfung bei Renault bedroht außerdem die Existenz zweier anderer Rennställe: Es wird erwartet, daß die über 800 PS starken Sechszylinder-Turbomotoren für die Kundenteams um 50 Prozent teurer werden. Sie würden dann 1986 rund 250 000 Mark pro Stück kosten. Ligier, jetzt im zweiten Jahr Geschäftspartner von Renault, wird möglicherweise gar keine Aggregate mehr erhalten. Und ob das englische Tyrell-Team mit dem Gießener Stefan Bellof und dem Engländer Martin Brundle sich den Motor weiter leisten kann, scheint ungewiß.

Ungewiß ist, ob überhaupt ein deutscher Fahrer am Grand Prix beteiligt sein wird. Das deutsche Zakspeed-Team vertraut weiterhin Jonathan Palmer (England).

Tief erschüttert erhielten wir am 12. August 1985 die Nachricht vom Flugzeugabsturz in Japan, bei welchem unser verehrter Juniorchef

Harald Gürke

* 28. Juli 1952 † 12. August 1985

mitten aus seinem Lebenselement gerissen wurde.

Sein geschäftlicher Erfolg war durch sein ausgeglichenes Wesen, das bedingungslose Engagement, hohe Fachkenntnis und viel Fleiß begründet. Er durfte uneingeschränktes Vertrauen bei allen unseren Partnern und Kollegen im In- und Ausland genießen.

Mit viel persönlichem Einsatz hatte er in den letzten Jahren die Exportgeschäfte nach Japan und USA ausgebaut. Mit seiner letzten Reise wollte er noch einmal wichtige und markante Akzente setzen.

Es ist unmöglich, die entstandene Lücke wiederauszufüllen. Wir werden aber allen Ernst und Fleiß daransetzen, das von ihm begonnene Lebenswerk weiterzuführen.

AUTOHAUS GÜRKE
Pforzheim

Wir begleiten unseren Lieben am Freitag, dem 23. August 1985, um 14.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof in Pforzheim zu seiner letzten Ruhestätte. Von Beileidsbezeigungen bitten wir abzusehen. Kondolenzliste liegt auf.

Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Hedi Scholtz-Rautenstrauch

ist kurz nach ihrem 81. Geburtstag in München am 16. August 1985 verstorben.

In tiefer Trauer
Dominik Scholtz-Rautenstrauch
Gabriele Scholtz-Rautenstrauch
Marie-Dorothee Frings
geb. Scholtz-Rautenstrauch
Monika Scholtz-Rautenstrauch
Ute Scholtz-Rautenstrauch
geb. Braun
Andreas Frings
5 Enkel und 3 Urenkel

Barcelona, München, Zürich, Hamburg

Das Requiem und die Beisetzung haben im engsten Familienkreis in Trier stattgefunden.

Wasser statt Wässerchen

JGG – Gorbatschows Anti-Alkohol-Kampagne hat inzwischen auch das Moskauer Bolschoi erfaßt. Die Genossinnen und Genossen der Parteigruppe achten jetzt peinlichst darauf, daß die Sänger und Tänzer während der Vorstellungen total „trocken" sind. Und der Genosse Bühneninspektor haftet mit seinem Job dafür, daß auf der Bühne nicht der kleinste Tropfen Wodka oder Krimsekt ausgeschenkt wird, sondern nur „Woda", sprich: reines Wasser.

Besondere Aufgaben kommen auf den Zensor zu. Ihm obliegt es, die Libretti der Opern nach unzulässigen Trinkpassagen zu durchforsten. Ein erstes Opfer soll bereits zu beklagen sein: die Arie der Violetta aus dem ersten Akt von Verdis „La Traviata". Das „Trinken wir auf die Gesundheit der Liebe" darf nicht mehr geschmettert werden. Überhaupt geht es zunächst Altmeister Verdi an den Kragen: „Änderungen" sind für die Libretti von „Rigoletto", „Falstaff" und „Othello" geplant, getreu dem Ukas, der da besagt, daß niemand mehr von der Bühne zum Trinken animiert werden darf.

Viel bleibt noch zu tun, besonders im Sprechtheater. Von Tschechow bis Gorki gibt es kaum einen russischen Bühnenautor, der nicht irgendwann ein herzhaftes „Na starowje!" ins Spiel brächte. Und was ist mit solchen ausländischen Klassikern wie Goethes „Faust", mit der Szene in Auerbachs Keller etwa? Wahrlich, die „Ent-Alkoholisierung" läuft erst an!

Ein altes russisches Sprichwort sagt freilich: „Wasser läßt nur das Gras wachsen, Wodka das Gespräch". Es wäre doch zu schade, wenn nun auch noch das letzte bißchen freies Gespräch, das sich auf den moskowitischen Bühnen erhalten hat, verstummen müßte.

Zum 65. Geburtstag des Erzählers Ray Bradbury

Der illustrierte Mann

Man kann Raymond Douglas Bradbury, der morgen in Los Angeles seinen 65. Geburtstag feiert, nur mit Vorbehalt als Science-fiction-Autor bezeichnen. Er ist ein brillanter Erzähler, der u. a. eben auch das Medium der Science-fiction benutzt. Daher das Unbehagen vieler SF-Experten, ihn ohne Einschränkungen als einen der Ihren zu akzeptieren.

1920 in Illinois in einer typischen Kleinstadt des amerikanischen Mittelwestens geboren, verfiel der junge Ray der Faszination der Weltraum-Comics um Buck Rogers. Als er vierzehn war, zogen seine Eltern nach Los Angeles um. Bradbury besuchte die High School, verdiente sich Geld durch den Verkauf von Zeitungen und begann zu schreiben: pro Woche eine Erzählung, dazu Gedichte. Mit 21 veröffentlichte er seine erste Kurzgeschichte. 1950 erschienen „Die Mars-Chroniken" – und machten den jungen Schriftsteller mit einem Schlag landesweit berühmt.

Bradbury war nie ein Apologet des fröhlichen Fortschritts, der perfekten Technik. Seine von lyrischem Skeptizismus geprägten Erzählungen benutzen die Welt der Raumschiffe und Roboter meist nur als Staffage, und zwar als bedrohliche. Das eigentlich Schreckliche, der wirkliche „Alien" freilich ist der Mensch. So ist Bradbury eher ein pessimistischer Anthropologe als ein Science-fiction-Autor. Edgar Allan Poe und Ambrose Bierce stehen ihm näher als Jules Verne. Wie sie bewegt er sich stets auf dem schmalen Grat zwischen verdächtig „normaler" Wirklichkeit und magisch leuchtender Unwirklichkeit.

Die bisher wohl besten von Bradburys Geschichten finden sich in der Sammlung „Der illustrierte Mann" von 1951, die weltberühmt wurde. In ihnen zeigt sich seine geradezu metaphysische Abneigung gegen alles bloß Mechanische, Automatisierte und seine Neigung zum individualistischen Helden, der gegen Maschinen und Roboter zur Verteidigung von Gefühl und Phantasie antritt. Nicht umsonst sind diese Helden oft Kinder, auch wenn sie sich mitunter auf grausame Weise gegen die Erwachsenen behaupten, wie z. B. in der Erzählung „The Veldt", wo sie sich in ihrem Zimmer eine eigene Welt erzeugen und die störenden Eltern von Löwen auffressen lassen.

Durch die eindrucksvolle Verfilmung von Truffaut ist Bradburys Roman „Fahrenheit 451" (1953) beinahe noch bekannter geworden als seine Geschichten. Hier geht es um einen totalitären Zukunftsstaat, in dem Bücher verboten sind, die Feuerwehr nicht mehr Brände löscht, sondern aufgefundene Bücher und die Häuser von deren Besitzern verbrennt.

Ray Bradburys wichtigste Werke sind ohne Ausnahme in den fünfziger Jahren entstanden, und so rechnen ihn die Anhänger der SF heute eher zur „Alten Garde". Für Leser, die einfach gute Literatur suchen, bleibt dieser antitechnische Romantiker jedoch ein wichtiger und bedeutender Erzähler der Neuzeit in bester amerikanischer Tradition. Nur die Hälfte seines Werkes läßt sich den Kategorien *Science-fiction* und *Fantasy* zurechnen. Im Roman „Löwenzahnwein" etwa hat er der amerikanischen Kleinstadt ein liebevolles Denkmal gesetzt, auch hier übrigens mit jenem „unschuldigen" jugendlichen Helden, der sein Markenzeichen geworden ist.

PETER BOBBIS



Der Schrecken hinter der technischen Normalität von heute: Der amerikanische Erzähler Ray Bradbury FOTO: DIE WELT

Barockfest auf Schloß Brühl mit Bach und Händel

Schäfer auf der Treppe

In Brühl hat man dem Europäischen Jahr der Musik ein Feuerwerk angezündet. In die Nacht über Schloß Augustusburg knallten die Raketen, daß den Tausenden zwar nicht das Schauen, aber hin und wieder das Hören verging: Wenn es so richtig kulminierte, hatte Händels „Feuerwerksmusik" keine Chance gegen die Donnerschläge aus heiterem Himmel über barockem Park.

Schließlich sind das zusammen 1000 Jahre, muß sich Helmut Müller-Brühl, Spiritus rector der Schloßkonzerte, gesagt haben, als er auf das 700jährige Stadtjubiläum noch die 300-Jahr-Feier für unsere Musik-Heroen Bach und Händel draufsetzte, und hat dann ein Barockfest zelebriert, wie es die Kleinstadt zwischen Bonn und Köln wohl wirklich nur alle 1000 Jahre erleben würde, gäbe es da nicht eben den Helmut Müller-Brühl und seine Capella Clementina. Seit über einem Vierteljahrhundert zeigt er einer Stadt, wozu ihr Prachtschloß taugt: eben nicht nur zu Staatsempfängen, sondern auch als Szenarium barocker Repräsentationen.

Bach für Kopf und Gemüt, Händel für die Sinne. Müller-Brühl hat da ja schon beste Erfahrungen mit seiner pompösen Inszenierung des Händelschen „Alexanderfestes" vor Jahren vor der Schloßsilhouette gesammelt. Ins Treppenhaus ging er diesmal mit seiner szenischen Aufführung von „Acis und Galatea" und setzte damit seine Idee fort, dort Opernaufführungen zu etablieren, nach Mozart und Hasse also Händels Schäferspiel von der Nymphe Galatea und ihrer Liebe zum Hirten Acis, der vom eifersüchtigen Zyklop Polyphem ein schönes Ende bereitet wird. Galatea, so will es die von Ovid überlieferte Legende, verwandelt ihren erschlagenen Geliebten in eine sprudelnde Quelle.

In Brühl läuft eine Stoffbahn die Treppe herab und verändert ihre Farbe von Rot zu Blau. Allerhand Nymphen und Faune, Schäfer und Schäferinnen, Widder und Einhörner bevölkerten die bukolische Szenerie: Selbst wenn der einäugige Polyphem zuschlägt, gibt sich das ganze doch bei Händel keineswegs hochdramatisch. Gelassenheit ist Trumpf, auch in der Inszenierung der Wiener Tanzexpertin Eva Campianu.

Ihr Gewicht hatte die Aufführung im Musikalischen. Man weiß nicht, wem man den Vorzug geben soll: den Solisten – mit Barbara Schlick (Galatea), Paul Elliot (Acis), Guy de Mey (Damon) und Michael Schopper (Polyphem) hatte Müller-Brühl barockerfahrene Sonderklasse aufgeboten – oder den fünf hervorragenden Vokalisten der englischen „Sixteen Consort" für die Chorpartien. Die Capella Clementina leitete Müller-Brühl auf gewohnt hohem Niveau.

Händel für die Sinne, Bach für Kopf und Gemüt. Nicht nur Professor Christoph Wolffs Vortrag zur Idee der Vollkommenheit bei Bach hatte auf der Festakademie dem Thomaskantor gegolten, zuvor schon waren eine Woche lang sämtliche Orchesterwerke des Leipziger Meisters mit prominenten Solisten aufgeführt worden. Daneben versammelten allerhand Vorspiele mit Musik aus dem Umkreis der beiden Großen, aber auch von Schütz und Scarlatti und der „Messias" nachhafte Ausführende, aber auch viel Volks in Schloß und umliegenden Kirchen.

DIETER SCHÜREN

Vor dem Weltkongreß der Germanisten in Göttingen – WELT-Interview mit Prof. Albrecht Schöne

Für einen Kanon des Lesenswerten

Zum erstenmal seit Kriegsende findet der Weltkongreß der Germanisten in Deutschland statt. Vom 25. bis 31. August treffen sich etwa 1200 Mitglieder der „Internationalen Vereinigung für Germanische Sprach- und Literaturwissenschaft" (IVG) in Göttingen. Alle fünf Jahre wird so ein Kongreß veranstaltet, immer im Heimatland des jeweiligen Präsidenten der IVG. Vor fünf Jahren in Basel wurde zum erstenmal ein Deutscher in dieses Amt gewählt: der Göttinger Ordinarius Albrecht Schöne. Er eröffnet und leitet den Kongreß, den er unter dem Generalthema „Kontroversen – alte und neue" organisiert hat. In acht Plenarvorträgen und 340 Referaten sollen Entwicklungen, Tendenzen und künftige Aufgaben der Germanistik deutlich werden.

WELT: Herr Professor Schöne, die Teilnehmer des Kongresses kommen aus einundfünfzig Ländern. Wie steht es mit der Germanistik im Ausland?

Schöne: Das sieht sehr unterschiedlich aus. In manchen Ländern gibt es merkliche Aufschwünge. In China zum Beispiel, nach der „Kulturrevolution". Allein 50 chinesische Hochschullehrer kommen zu unserem Kongreß. In anderen Ländern ist die Entwicklung rückläufig. Etwa in Nordamerika, wo das Interesse der jüngeren Generation an Sprach- und Literaturstudien nachläßt. Oder in England, wo es aufgrund finanzieller Engpässe an den Universitäten sehr kritisch aussieht.

WELT: Trägt die Auslandsgermanistik denn etwas Spezifisches bei zur allgemeinen Entwicklung dieser Fächer?

Schöne: Allgemein gesagt, liegt die große Chance der Germanisten in nichtdeutschen Ländern in ihrer Außenperspektive. Distanz erleichtert kritische Einsichten. Man ist nicht verhaftet an nationale Vorurteile, in landesübliche Überbewertungen und Unterschätzungen. – Die außerdeutsche Germanistik hat sich ziemlich reserviert verhalten gegenüber der Unruhe, die es bei uns in den letzten zwei Jahrzehnten gegeben hat – durch eine Fülle von neuen (oder neuartig sich gebenden) methodischen Ansätzen und Theoriedebatten.

WELT: Hat sich inzwischen nicht auch in der deutschen Germanistik diese Unruhe etwas gelegt?

Schöne: Der häufig mit rabiater Schärfe und Absolutheitsansprüchen geführte Methodenstreit hat sich wohl entspannt. Es kündigt sich eine Phase größerer Toleranz und Aufgeschlossenheit an, vernünftigerweise. Aber interne Bewegungen, wie die Sprachwissenschaft sie mit hochformalisierten Grammatikmodellen, die Literaturwissenschaft mit ihren Theoriedebatten eingeleitet hat, haben extern zu einem Verlust von Kontakten und von Wirksamkeit in der Öffentlichkeit geführt. Die Germanistik hat ihr öffentliches Lesepublikum zeitweise eher verschreckt als ermutigt.

WELT: Weshalb sollen die Germanisten denn in der Öffentlichkeit wirksam sein?

Schöne: In einer Zeit abnehmender Lesebereitschaft und Lesekraft, in der auch das Schreibvermögen und selbst die Redekraft verkümmert, in der unsere jüngere Generation länger vor Fernsehapparaten sitzt als über Büchern – in dieser Phase, in der ein neuer Analphabetismus auf hoher Zivilisationsstufe droht – da sind Sprach- und Literaturwissenschaft herausgefordert. Hochschullehrer, die auch solche Pflichten ihrer Fächer ernst nehmen, müßten wohl unermüdlich darum bemüht sein, daß nicht alles, was sie reden und schreiben, nur noch für Experten verständlich ist, sondern auch für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich, wichtig, interessant.

WELT: Soll die Germanistik die Dichtung retten?

Schöne: Retten kann sie die Dichtung nicht. Sie kann nur beitragen dazu, daß möglichst viele Menschen es nicht verlernen, mit Literatur umzugehen, sondern merken, daß der Umgang mit Dichtung sich lohnt – nicht nur mit der heute entstehenden. Über die Vermittlung von Deutschlehrern, Journalisten, Lektoren müßte die Germanistik dafür sorgen, daß es auch weiterhin eine möglichst große und wachsende Zahl von Menschen gibt, die auch in einem anspruchsvollen Sinn noch lesen und schreiben können.

Denn nicht nur die Lesekraft nimmt ab. Wir leben in einer Zeit, in der eine Viertelstunde Geplauder am Telefon halb so teuer ist wie ein Brief in die Nachbarschaft. In einer Zeit, in der die Ärzte des Leibes und der Seele durchs Examen kommen, wenn sie nur Kreuze machen können in einen Fragebogen.

Das sind bedrohliche Signale. Wir stellen bei Kindern fest, was verlorengeht – und tun wenig dagegen. Die germanistischen Erzeugnisse sind leider oft nicht dazu geeignet, von sich aus interessierte Leser zu erwerben.

WELT: Las man nicht eine Zeitlang in der Germanistik selbst sehr gern Comics?

Schöne: Die Literaturwissenschaft interessiert sich nicht mehr nur für Verse und Erzählungen, sondern auch für nicht-dichterische Texte. Und das mit Recht. Da gab es einen gewaltigen Nachholbedarf. Also: Man hat sich zugewendet den Comic strips und Werbetexten und politischen Reden und der Trivialliteratur. Aber hier und da mit solcher Ausschließlichkeit, daß ganze Studentengenerationen, also künftige Lehrergenerationen, sich fast nur noch mit solchen Texten beschäftigt haben. Man konnte sein Examen machen – was ein Germanistik-Student im Ausland wohl nirgendwo schafft –, ohne jemals etwas von Goethe oder Kafka gelesen zu haben! Wir wissen, daß diese nicht-dichterischen Texte wichtig genug sind, aber als Dauerlektüre sind die meisten doch ziemlich langweilig.

WELT: Halten Sie einen Kanon wichtiger literarischer Werke für sinnvoll?

Schöne: Ja. Der Kanon dessen, was man gelesen haben sollte, was man kennt, worüber man also auch miteinander reden kann, ist eigentlich ein unentbehrliches Verständigungsmittel unter Menschen. Der Kanon stiftet Zusammenhänge und Kontinuitäten – zwischen verschiedenen Ländern, aber auch zwischen den Generationen. Wenn man das gar nicht mehr kennt, was die Väter- und Großvätergeneration gelesen, geliebt hat, was sie als Orientierungsmuster und als Lebens-Mittel verstanden hat – dann brechen Brücken zusammen. Es gibt über diese Frage jetzt eine lebhafte Diskussion.

WELT: Ihnen liegt die Literatur naturgemäß am Herzen. Aber was ginge uns denn wirklich verloren, wenn wir diese alten Bücher nicht mehr lesen würden?

Schöne: Wörter, Sätze, Schriftwerke, Dichtungen sind so etwas wie ein Menschheitsgedächtnis. In ihnen ist unendlich viel versammelt und uns angeboten an geschichtlicher Erfahrung, an Einsicht in die Möglichkeiten des Menschen, an Phantasie, Formkraft, Reflexion – und an allem, was anders ist als unsere kleine und augenblickliche Gegenwart. Wenn es die Sprache ist, die den Menschen zum Menschen macht, dann stellt der bewußte, eindringende, verstehende Umgang mit unserer Sprache und mit den aus Sprache hergestellten Schriftwerken und Dichtungen einen ganz fundamentalen Beitrag zum menschlichen Selbstbewußtwerden und zur menschlichen Identitätsbestimmung dar. Wohin wollen wir denn unsere Kinder und Enkel treiben lassen in der Flut der Bilder, die unsere Welt zu überschwemmen beginnt?

DIETMAR BITTRICH



Organisiert den germanistischen Weltkongreß: Prof. Albrecht Schöne, derzeitiger Präsident des internationalen Germanistenverbandes FOTO: RUTH MÜLLER

Salzburg: Lederhosen tragen nur noch Amerikaner

„Als die Römer frech geworden", so Viktor von Scheffel, „zogen sie nach Deutschlands Norden." Bald trübte sich ihre gute Laune, als Rheuma und Blasenkatarrh epidemisch aufzutreten begannen, weil angesichts des rauhen Klimas mit Stürmen, Schnee und Kälte die Tracht der Legionen völlig unzulänglich war und die luftigen Uniformen eindeutig Reformen erforderten. Behelfsmäßig hüllte man den Unterleib in Felle, letztlich aber wurde damals die Lederhose geboren, deren Tradition bis in unsere Zeit reicht.

Die aber schwindet, mindestens was Österreich betrifft, während Bayern noch etwas mehr am alten Gut hängt. Der Besucher von Salzburg wird unter den Einheimischen kaum noch einen Mann in der kurzen „Ledernen" sehen, woran natürlich auch die blauen Johanne Mitschuld tragen, die ihnen durch Strapazierfähigkeit und Unempfindlichkeit gegen Verschmutzung mindestens ebenbürtig sind.

An sich ist die Gamslederne (oder, noch feiner, Hirschlederne) gar nicht so praktisch, wie's den Anschein haben möchte: Bei der Jagd sind die hellen Knie hinderlich, beim Holzhacken stellen sie eine Gefahrenquelle dar, beim Bergkraxeln müssen wegen der engen Berührung mit den Felsen die Knie bedeckt sein – also weshalb soll man dieses Kleidungsstück favorisieren, wie es vor wenigen Jahrzehnten noch der Fall war?

Natürlich sind Shorts im Sommer angenehm; im Winter aber mußten graublaue Drillichunterhosen über die Knie gezogen werden. Vielleicht hat die Lederhose, wie es gewisse Filme anschaulich machen wollen, einen hormonellen Reiz? Aber dessen bedarf es doch heute nicht. Ihre malerische Qualität soll unbestritten sein, in sozialer Hinsicht hatte sie auch eine Bedeutung, da sie unerhört haltbar war und bekanntlich vom Vater auf den Sohn und immer weiter vererbt wurde, bis das Leder, immer noch nicht durchgescheuert, einen Grad von Steifheit erlangt hatte, der es erlaubte, sie abends neben dem Bett in die Ecke zu stellen.

Tracht hatte immer schon den Flair der Volkstümlichkeit und Heimatliebe, deshalb bevorzugen zum Teil auch heute noch Schloßbesitzer Lodenjoppen und Lederhosen, aber in den Städten sind englische Anzüge doch mehr gefragt. Der steigende Pegel des Salzburger Fremdenstroms beweist es: Jetzt sieht man infolge der Festspiele wieder mehr davon, aber man kann fast sicher sein, daß die jungen Herren mit „Lederner", grünem Hütchen und Spielhahnfeder, die über die Staatsbrücke tänzeln, Ausländer sind, vor allem Amerikaner.

Das weibliche Gegenstück, das „Dirndl", ist bis zur sündteuren Abendrobe aufgerückt, und hier tun sich auch noch die Einheimischen hervor. Denn dieses Kleid ist so kleidsam, daß es beim männlichen Besucher den lebhaften Wunsch erweckt, es möge nicht mehr da sein. In manchen Gegenden ist die „Lederne" mehr zu sehen, in Tirol, in der Steiermark – aber saisonfähig ist nur die Landestracht mit Hirschhornknöpfen und langen Hosen aus dem gleichen Stoff wie das Sakko, womöglich mit grünen Lampas.

Daß die Knöpfe echt sein sollen, ist bei der Konfektionsanfertigung verlorengegangen, genau wie die Tradition vergessen wurde, die in den hohen Zeiten der Lederhose geherrscht hatte, wonach eine solche um aller guten Götter willen nicht neu sein durfte. So übergaben manche Jagdherren ihre Hüte den Revierjägern zwei Jahre lang zum „Vor-Tragen", bis sie schäbig genug waren, um vom Waldbesitzer benützt zu werden. Auch mußten Rucksäcke prinzipiell speckglänzend im Sonnenlicht spiegeln. Übrigens hieß, überaus anschaulich, aber ohne Beziehung auf Jagd oder Jägersprache, der wohl aus mittelalterlicher Mode übernommene Latz „Hosen-Türl".

ERIK G. WICKENBURG

Ein Hochglanzprospekt aus Japan – Yoichi Takabayashis Film „Irezumi"

Muß eine Frau denn tätowiert sein?

Die Hauptdarstellerin wenigstens hat den richtigen Riecher. Der Film ist gerade fünf Minuten alt, da verlangt sie von dem Unglücksmenschen, der die ganze Geschichte in Gang setzt: „Hör sofort auf damit." Und weitere fünf Minuten später zischt sie: „Ich könnte dich töten." Doch leider, der also Angesprochene mag auf den guten Rat nicht hören, und die Heroine bringt den Mut zu der segenspendenden Bluttat nicht auf. Und so geht es weiter, noch bittere neunzig Minuten Strafarbeit voller Abstrusität und Langeweile.

Japanische Filme kriegt man hierzulande ja selten zu sehen. Sei es, weil die reichen Japaner ihr Geld lieber in die Produktion immer raffinierterer Videorecorder stecken, sei es, weil die hiesigen Verleiher glauben, japanische Filme kämen bei uns nicht an. Insofern müßte man eigentlich dankbar sein, einmal etwas aus dem fernöstlichen Inselreich vorgeführt zu bekommen. Aber muß es dann ausgerechnet etwas wie „Irezumi" sein (überdies ein Remake eines Films von Yasuzo Masumura aus dem Jahre 1966)?

Gewiß, ganz so übel ist die Geschichte nicht, und vielleicht hätte tatsächlich etwas in ihr gesteckt. Nur so, wie sie hier erzählt wird, ist sie mißlungen. Da schickt der Bürodirektor Fujieda seine schöne Geliebte Akane zu dem alten Tätowierer Kyogoro, weil er, ein Fetischist, nur tätowierte Frauen lieben kann. Freilich wundert man sich da schon, was Akane an dem ältlichen Hutzelmännchen nur finden mag. Kyogoro seinerseits ist nicht minder ein Fetischist: Seit er einmal eine tätowierte Prostituierte geliebt hat, hat es ihn beinahe zwanghaft dazu getrieben, ein Meister des Tätowierens zu werden.

Dann freilich wird es schon schlimm. All diese Obsessionen und sexuellen Verstrickungen haben Kyogoro zu dem Wahn getrieben, eine Frau nur beim Geschlechtsakt zu tätowieren – weil die Haut dabei besonders bearbeitungsfähig sei. Dafür steht sein junger Gehilfe zur Verfügung (Originalton Akane: „Was machen Sie da?"), der überflüssigerweise noch, was dieser aber vorerst nicht weiß, sein Sohn ist (und die Mutter Fujiedas ehemalige verstoßene Geliebte). Grund also, die Geschichte um ein Familienmelodram zu erweitern, das im Harakiri endet.

Nach dem Sinn des Ganzen zu fahnden gibt man schnell auf. Um den Zusammenhang von Lust und Schmerz könnte es da gehen, um männliche Unterwerfungssucht und die sanfte Gewalt der Frauen durch das freiwillige Ertragen von Leiden. Aber um so komplizierte Zusammenhänge einsichtig zu machen, bedürfte es schon der Zeichnung komplizierter Charaktere. Das aber gerade ist Sache des Regisseurs Yoichi Takabayashi nicht, der vielmehr einen kunstgewerblichen Hochglanzprospekt für Voyeure abgeliefert hat – umwabert von Tätowiererphilosophie, in der dunkel von Fluch und Schuld der Hautschnitzerkunst geraunt wird.

Die mag in Japan nun ja eine andere Bedeutung haben als bei uns. Nur erfährt man nichts darüber. Und eins dürfte sicher sein: Auch in dem oft so fremdartigen Japan verläuft die Grenze zwischen Kunst und Kitsch an haargenau der gleichen Stelle wie im Abendland.

SVEN HANSEN

Fluch und Schuld der Hautschnitzerkunst: Masayo Utsunomiya als Akane in dem japanischen Film „Irezumi" FOTO: PANDORA FILM

JOURNAL

Kulturförderung für Museumsbauten

dpa, Bonn

Die Bundesregierung will ihre Förderung von Kunst und Kultur weiter ausbauen. Nachdem die beim Etat des Innenministeriums angesiedelten Fördermittel in diesem Jahr um 6,4 Prozent auf 230 Millionen Mark erhöht wurden, sollen sie 1986 um weitere sechs Prozent steigen. Dickster Brocken bei den Bauaufwendungen ist das in Berlin geplante Historische Museum für die Geschichte des deutschen Volkes, das etwa 250 Millionen Mark kosten und der alten Reichshauptstadt von der Bundesregierung zur 750-Jahr-Feier geschenkt werden soll. Hinzu kommen das vom Bundeskabinett bereits beschlossene Haus der Geschichte der Bundersepublik im Bonner Regierungsviertel und die in unmittelbarer Nachbarschaft geplante Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes, beide jeweils mit etwa 90 Millionen Mark veranschlagt. Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt erhält für rund 200 Millionen Mark einen dringend benötigten Neubau.

Das Berlioz-Festival von Lyon

AFP, Lyon

Romantik und geistliche Musik bestimmen das Programm des 7. Berlioz-Festivals, das vom 14. bis 22. September in Lyon und La Côte Saint-André, dem Geburtsort des Musikers, veranstaltet wird. Gegeben werden die großen geistlichen Werke, darunter „Te Deum" und „Requiem" mit Nicolai Gedda als Solist. Beim „Requiem" stehen 1000 Ausführende auf der Bühne. Außerdem gibt es das Oratorium „Die Kindheit Christi" und die „Geistlichen Chorwerke", die mit Gounods Cäcilien-Messe verglichen werden. Auch Cherubinis „Requiem" und Liszts „Christus" stehen auf dem Programm des Festivals, das dem 1869 gestorbenen Komponisten gewidmet ist.

Erforschung der Industriekultur

dpa, Frankfurt

Zur besseren Erforschung der Industriekultur hat sich in Frankfurt ein Verein gegründet: die „Initiative für Industrie-Kultur e. V.", der Wissenschaftler, Designer, Werbefachleute, Konservatoren, Techniker und Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Italien angehören. Der Verein plant die Herausgabe einer Fachzeitschrift. Er will ferner mit neuen Initiativen die historische, aber auch zeitgenössische Industriekultur erforschen, dokumentieren, interpretieren und fördern.

Ein internationales Lernfest der Mimen

M. v. Z., Florenz

Zum 6. Internationalen „Festival des Schauspielers" in Florenz (18. 8.–3. 10.) haben sich über 200 Interessenten aus 12 Ländern, zumeist Absolventen von Schauspielschulen, angemeldet. Der Titel „Festival" ist irreführend: Es handelt sich um Kurse, zu denen der Initiator Paolo Coccheri, seit 10 Jahren Leiter eines „Schauspieler-Labors" in Florenz, Persönlichkeiten der internationalen Theaterszene als Referenten einlädt. Diesmal sind es unter anderen: Ingrid Thulin, Carlo Lizzani, Antoine Vitez, der polnische Regisseur Zanussi und der Bühnenbildner Lele Luzzati.

Filmotheken-Festival in zwei Teilen

AFP, Lyon

In zwei Teilen geht dieses Jahr das vom Lumière-Institut in Lyon veranstaltete „Festival des Cinémathèques" vonstatten. Vom 28. August bis 1. September werden 26 Raritäten des französischen Films der 30er und 40er Jahre gezeigt, darunter „L'assassin a peur la nuit" von Jean Delannoy (1942) sowie „La comédie du bonheur" und „La revoltée" von Marcel L'Herbier (1940). Der zweite Teil des Festivals findet vom 5. bis 15. November statt und ist dem 79 Jahre alten Marcel Carné gewidmet, der seine Teilnahme zugesagt hat. 15 Carné-Filme werden vorgeführt.

Der Grimm auf die Märchen von Grimm

w. m., Marburg

Unter dem Titel „Der Grimm auf Märchen" sind die Arbeiten von über 50 Künstlern vom 25. August an im Universitätsmuseum für Bildende Kunst in Marburg zu sehen. Künstler wie Klaus Vogelgesang, Anna Oppermann, Robert Gernhard, Timm Ulrichs, Angela Neuke, Matthias Prechtl, Horst Haitzinger, Peter Neugebauer sind aufgefordert worden, mit ihren Mitteln die Bedeutung der Märchen der Brüder Grimm für sie heute darzustellen. Die Ausstellung soll in diesem Jahr noch in Bonn (17. Oktober), Berlin (8. Dezember), 1986 in Göttingen (20. Januar), Wolfsburg (9. März), Hanau (1. Mai), Heidelberg (10. Juni) und Freiburg (1. August) gezeigt werden.

Hausfrauen lassen Tomaten links liegen

KLAUS RÜHLE, Rom

Die sogenannte Tomaten-Panik in Italien nimmt immer größeren Umfang an. Seitdem bekannt ist, daß italienische Landwirte ihre Tomatenfelder und -stauden seit Jahren mit dem nur bei Zuckerrüben erlaubten Pflanzenschutzmittel Temik behandeln, stockt der Absatz der kleinen roten Kugeln. Auch der Verkauf von Salat, Bohnen und Kartoffeln läßt nach.

Allein in der Provinz Neapel warten drei Millionen Doppelzentner Tomaten darauf, abgeholt zu werden. Doch die Supermärkte bekamen kalte Füße und warten ab.

Auch auf den Gemüsemärkten sind Tomaten rar geworden. Italienische Hausfrauen trauen sich nicht mehr, das „rote Gold" einzukaufen. Und selbst Händler scheinen eine Ware nur ungern anzubieten, die verdächtigt wird, gesundheitsschädlich zu sein.

Minister hält Alarm für stark übertrieben

Die vom Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium angeordnete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Sie dürfte aber, nach jüngsten Äusserungen von Landwirtschaftsminister Filippo Maria Pandolfi zu urteilen, ausgehen wie das Hornberger Schießen. Er mahnt zur Ruhe und hält den Großalarm für übertrieben und unbegründet. Einzelfälle dürften nicht verallgemeinert werden. Wörtlich: „Tomaten gehören zu unserem nationalen Reichtum, daher ist es töricht, sie zu kriminalisieren und die Bevölkerung kopfscheu zu machen."

Tatsächlich würde ein belastendes Ergebnis der Laboruntersuchungen schweren wirtschaftlichen Schaden anrichten. Bisher gab es nur Indiskretionen zu hören. Sie besagen, daß Temik, von „Union Carbide" hergestellt und seit einigen Jahren auf dem europäischen Markt vertrieben, zwar schweres Gift enthält, daß aber die von italienischen Tomatenbauern verwendeten Mengen nicht schädlich seien.

Erstaunt erfährt die italienische Öffentichkeit, daß Temik seit Jahren nicht nur von Rübenbauern als Pflanzenschutz eingesetzt wird. Große Mengen damit gezogener Kartoffeln gingen als Exportware auch nach Deutschland.

Hat Camorra auch hier die Hand im Spiel?

Rätselhaft bleibt, wie Bauern sich dieses Mittel schon seit längerem für die Tomatenzüchtung besorgen konnten. Nach dem Gesetz darf es nur für den Zuckerrübenanbau verwendet werden.

Um Temik kaufen zu können, braucht der Landwirt einen amtlich beglaubigten Sonderausweis. Im neapolitanischen Anbaugebiet, dem wichtigsten Italiens, besitzen diesen Ausweis aber nur 5000 von rund 58 000 landwirtschaftlichen Betrieben. In Neapel selbst scheint es einen schwunghaften Schwarzhandel für Temik zu geben, wobei sehr wahrscheinlich auch die Camorra ihre Hand im Spiel haben dürfte.

Für das Gesundheitsministerium besteht über die Giftigkeit von Temik kein Zweifel. Allerdings träten Schäden nur beim Verzehr großer Mengen auf. Besonders gefährdet seien Landbesteller selber, die in enge Berührung mit dem Präparat kämen.

Im Hinblick auf die enormen wirtschaftlichen Interessen, die für Italiens Landwirtschaft und Konservenindustrie auf dem Spiel stehen, ist die amtliche Beruhigung verständlich.

Ob sich italienische Hausfrauen durch die Verharmlosung beruhigen lassen, darf bezweifelt werden. Um so mehr als auch die Staatsanwaltschaft von Neapel immerhin doch eine Untersuchung in Sachen Temik eingeleitet hat.

Archivare entdeckten ein mittelalterliches Dokument, in dem angebrütete Eier auch schon eine anrüchige Rolle spielten

Ein Eier-Rezept gegen die Pest

„Man nehme ein angebrütetes Ei . . ." Nein, hier geht es nicht um Nudelproduktion. Angebrütete Eier, heute viel geschmäht, waren im Mittelalter begehrte Medizin – sogar gegen die Pest: So in einem Rezept, das der Landschaftsverband Westfalen-Lippe jetzt in einer Handschrift des 15. Jahrhunderts gefunden hat.

Von SUSANNE PLÜCK

Das Rezept: Man stoße von dem Ei „die Spitze ab, lasse die Brut auslaufen, vermenge den Dotter mit rotem Safran, fülle das Ei damit wieder auf und verschließe es mit der abgeschlagenen Schale. Das Ei brate man dann, bis es braun wird, gebe eine gleiche Menge weißen Senfs dazu und vermenge alles unter Beigabe von einem Lot Dill, einem Lot Blutwurz und einem halben Lot Kranichschnabel. Ferner menge man gleichzeitig Theriak hinzu und mische alles in einem Mörser. Von dieser Masse nehme man jeden Morgen eine zwei Erbsen große Menge, gebe Essig hinzu und atme die Ausdünstungen ein. Falls man bereits erkrankt ist, nehme man ein Fünftel der Masse zusammen mit Essig oder Sauerampfer ein, hungere und dürste dann sieben Stunden. Kommt es hierbei zu Schweißausbrüchen, so ist das ein gutes Zeichen."

So verheißungsvoll es klingt, so wenig hat es genutzt. Es ähnelt Hunderten anderer Rezepte, die seit dem Ausbruch des „großen Sterbens" im Jahre 1347/48 wie Pilze aus dem Boden schossen.

Professor Rudolf Schmitz vom Marburger Institut für Geschichte der Pharmazie zu den Erfolgschancen: „Die Sache mit den angebrüteten Eiern ist ein Schwindel, Kräuter helfen zu allem und nichts, und wenn es nach Einnahme der „Arznei" bei dem Erkrankten zu Schweißausbrüchen kam, dann allenfalls, weil er ohnehin Fieber hatte. Das einzig Wirksame an dieser Medizin war der Theriak: Das darin enthaltene Opium wirkte einschläfernd und schmerzdämpfend, wenn es auch nicht half."

Die unzähligen Pestbriefe und -traktate des Mittelalters spiegeln die Hilflosigkeit, mit der die damalige Ärzteschaft der Seuche gegenüberstand ähnlich wie die heutige dem Krebs. Daß die Pest ein Bazillus ist, der durch Nagetiere, Ratten und Mäuse und deren Flöhe auf Menschen übertragen wird, wurde erst 1894 entdeckt.

Kein Wunder, daß der Aberglaube herrschte, wenn schon Gelehrte wie Paracelsus und Johannes Kepler eine ungünstige Konstellation der Planeten Jupiter, Saturn und Mars als Ursache vermuteten.



Ein Pestbegräbnis in Florenz FOTO: ULLSTEIN

Im Volksglauben kam die Pest als blaues Flämmchen, übelriechender Nebel, in Tier- und Menschengestalt. Erst allmählich erkannte man, daß es sich um eine Ansteckung handelte. Dazu trugen Berichte wie die des Franziskanerbruder Michael von Piazza 1347 aus Sizilien bei: „Die . . . Dominikaner und andere Ordensleute, welche den Sterbenden die Beichte abnahmen, wurden selbst so rasch vom Tode ergriffen, daß einige fast im Sterbezimmer selbst zurückblieben."

Die Seuche war schon in der Antike bekannt. Naturpestherde existieren noch heute in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika. Von dort überschwemmte die „Geißel Gottes" schon damals in unregelmäßigen Abständen Europa. Unter der Regierung Kaiser Justinians soll sie in der Zeit von 531–580 die Hälfte der Weltbevölkerung hinweggemäht haben, die um 500 auf annähernd 250 Millionen Menschen geschätzt wurde.

Die letzte gigantische Epidemie wütete in Europa von 1346–1352. Aus China kommend, nahm sie ihren Weg über Karawanen- und Heerstraßen gen Westen. Mit den Händlern des Orients setzte sie über nach Konstantinopel. Andere Routen führten von Indien über Bagdad nach Ägypten. 1346 erreichte die Krankheit Caffa auf der Krim, das Handelszentrum genuesischer und venezianischer Kaufleute am Schwarzen Meer. Von dort setzte sie 1347 auf den fliehenden Schiffen in die Mittelmeerhäfen über. 1348 fiel sie über Frankreich, England und Deutschland her, überrannte Skandinavien und erschien 1351 von Norden her wieder in Rußland.

Zahllose Berichte, den eindrucksvollsten verfaßte der italienische Dichterfürst Boccaccio, beschreiben immer die gleichen Symptome: Fieber und Apathie, Lymphdrüsenschwellungen (Beulen) in Leisten und Achselhöhlen, schwarze Flecken und – bei der besonders kontagiösen Form der Lungenpest – Ausspeien von Blut. Die Krankheit führte in wenigen Tagen zum Tode. Sie raffte ganze Städte und Landstriche hinweg und machte weder vor Bischöfen noch Königen halt. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß „der Schwarze Tod" ein Viertel der europäischen Bevölkerung kostete.

Das Pestrezept aus einer Handschrift des 15. Jahrhunderts in Gotischer Kursive: Es wurde offenbar mit Hingabe zu Papier gebracht. Dabei enthält es nichts als Hokuspokus.

Schon 1348 verfaßten die Mediziner der Pariser Sorbonne ein Gutachten, das alle damals verfügbare ärztliche Kunst aufbot. In Venedig wurde 1403 das erste Quarantänelazarett eröffnet (von quarantana – 40 Tage), 1485 der erste Gesundheitspaß ausgestellt – ohne ihn fanden Reisende aus pestverseuchten Gegenden an keinem Stadttor mehr Einlaß. In Deutschland ergingen noch im 14. Jahrhundert die ersten Apothekerordnungen und Seuchengesetze. Um dem Ursprung der Krankheit auf die Schliche zu kommen, veranlaßte sogar der Papst seinen Leibarzt Guy de Chauliac, Leichenöffnungen vorzunehmen, was aus religiösen Gründen verpönt war – vergebens.

Halbwegs sichere Rettung bot allein die Flucht. Beliebteste Therapie war der Aderlaß, um die Körpersäfte wieder ins erwünschte Gleichgewicht zu bringen. Gegen die Ansteckung durch giftige Nebel „purgierte" man die Luft und räucherte in Häusern und auf Plätzen mit Duftstoffen wie Weihrauch, Tannenrinde, Kampfer oder Quendel. Manche versuchten, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben und verstreuten Mist auf den Straßen. Wer ein Pesthaus betreten mußte, atmete aromatisches Öl ein oder bestrich sich Nase, Lippen und Bart mit wohlriechender Salbe. Man versprengte Rosen- und Lavendelwasser. Duftessenzen gegen die Pest waren der Ursprung für das „Kölnisch Wasser".

Auch magischer Schutz erfreute sich großer Beliebtheit. In ihrer Verzweiflung griffen Totengräber und Pestknechte zu ekelerregenden Methoden und verzehrten – zur Immunisierung – frische und getrocknete Eiterbeulen.

Weil dies alles nicht helfen wollte, nahm das Volk, gegen kirchliche Verbote, Zuflucht zu Bußübungen und Bittprozessionen, was die Ausbreitung der Seuche noch verschlimmerte. Sebastian, Rochus und Karl Borromäus wurden beliebte Pestpatrone, denen man Altäre widmete und Wegkreuze erbaute. Manche Ärzte verordneten zur Prophylaxe Vergnügungen, Tanz und Spiel. Das Oberammergauer Passionsspiel entstand 1633 auf diese Weise. In ganz Europa nahm die Angst groteske Formen an. Man verdächtigte Juden, die Brunnen vergiftet und damit die Pest verbreitet zu haben, Zehntausende wurden in Pogromen erschlagen. Geißlerzüge zogen unter gewalttätigen Ausschreitungen durch die Städte. Mahnungen der Kirche wurden ignoriert. Die Sitten verfielen.

Noch 28mal bis 1700 hielt die Pest nach der „mortalega grande" in Europa Ernte, dann flackerte sie seltener auf. Die bisher letzten 28 Opfer hat sie sich 1936 in Malta geholt.

Staatssekretär bedauert Irrtum der Polizei

f.n. Stuttgart

Der Staatssekretär im Stuttgarter Innenministerium, Robert Ruder, hat den Verdacht gegen den Polizisten Roman Gianoncelli im Zusammenhang mit drei Morden an Autofahrern im Großraum Ludwigsburg/Heilbronn (die WELT berichtete) „zutiefst" bedauert. „Was dem jungen Mann gegenüber geschehen" sei, tue ihm leid. Auch sei es betrüblich, daß die „zuständigen Herren" sich „zu einer solchen Äußerung nicht haben durchringen können". Ruder bezog sich auf eine Pressekonferenz mit Vertretern der Landespolizeidirektion Stuttgart und der Heilbronner Staatsanwaltschaft. Dort war betont worden, der 22jährige Polizist habe sich durch sein Verschwinden selber dem Verdacht ausgesetzt, in die Verbrechen verwickelt zu sein. Ruder hätte es „gut gefunden", wenn „den Herren auch nur der Hauch" eines Bedauerns „über die Lippen gegangen wäre". Gianoncelli war auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem Blutuntersuchungen keinen Beweis gegen ihn erbracht hatten. Keine heiße Spur haben weiterhin die 90 Kriminalisten der „Sonderkommission Hammer" im würtembergischen Großbottwar. Auch die in 25 Gemeinden eingesetzten mobilen Informationszentralen führten bislang nicht zu „entscheidenden" Hinweisen aus der Bevölkerung.

Inseln zu kaufen

AFP, Glasgow

Die schottischen Inseln Killegray und Langay, die zu den Äußeren Hebriden gehören, werden am 11. September in London versteigert. Für 280 000 Mark erwirbt der Käufer von Killegray 180 Hektar Land, ein zwei Jahrhunderte altes Kloster und 300 Schafe.

Schon 42 Giftweine

dpa, Bonn/Wien

Die Liste der mit Diethylenglykol verseuchten deutschen Weine wird immer länger. Das Bundesgesundheitsministerium in Bonn nannte gestern 42 Weine, in denen die giftige Chemikalie bei Kontrollen entdeckt wurde. Die Weine stammen fast alle von wenigen Großabfüllern. Das Ministerium will in der nächsten Woche eine neue vervollständigte Liste der vergifteten österreichischen Weine vorlegen. Es sind inzwischen weit über 800. In Österreich wurden zwei weitere Personen verhaftet, die verdächtigt werden, Prädikatsweine mit Diethylenglykol vergiftet zu haben. Seit der Aufdeckung des österreichischen Weinskandals sind damit bereits 45 Personen in Haft genommen worden.

Überraschender Freispruch

sko, Hamburg

Der 49jährige Diplom-Ingenieur Gerd Arnold Riesle aus Hannover ist gestern von der Anklage des versuchten Mordes an seiner Ehefrau Margarita (WELT v. 20.8.) freigesprochen worden. Der Vorsitzende Richter der 21. Großen Strafkammer am Landgericht Hamburg, Schenck, nannte das Urteil die „Beantwortung einer Rechtsfrage". Der Plan Riesles, per Zeitungsinserat „Killer" zu finden, stehe zwar sittlich auf niedriger Stufe. Die Ausführung des Vorhabens sei jedoch durch das frühe Eingreifen eines getarnten Polizeibeamten verhindert worden.

Urteil zu Vergewaltigung

dpa, Karlsruhe

Der Straftatbestand des sexuellen Mißbrauchs Widerstandsunfähiger kann auch dann erfüllt sein, wenn das „Opfer" außer aus körperlichen auch aus seelischen Gründen nicht mehr zu Widerstand in der Lage ist. Mit dieser Feststellung hat der 4. Strafsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) die Verurteilung eines jungen Mannes wegen sexuellen Mißbrauchs einer widerstandsunfähigen Frau zu einer zehnmonatigen Jugendstrafe auf Bewährung durch das Landgericht Münster bestätigt. Im behandelten Fall war eine Frau laut Gericht durch zwei Vergewaltigungen so „erschöpft, niedergeschlagen und teilnahmslos" gewesen, daß der Angeklagte den ihm bekannten Zustand des „Opfers" zum außerehelichen Beischlaf mißbrauchte. Diesen Zustand habe der Angeklagte „bewußt einkalkuliert". (Az.: 4 StR 307/85 vom 11. Juli 1985)

Londons 23-Tage-Regen

Miesester August seit 24 Jahren / Waldbrände in Südeuropa

PETER MICHALSKI, London

Am Dienstag, also gestern, regnete es in London – genau wie am Montag, am Sonntag und an den 17 Augusttagen davor. Seit 23 Tagen hat die britische Hauptstadt keinen niederschlagsfreien Tag mehr erlebt. Und die Aussichten, daß der gesamte August keinen einzigen Tag ohne Regen bringen wird, sind so überwältigend, daß die Wettbüros ihre entsprechende Gewinnquote für Neueinsätze von 25 zu eins auf zehn zu eins zusammengestrichen haben.

Das Wetteramt prophezeit, daß der angebliche Hochsommermonat, zumindest in London, der mieseste August seit Menschengedenken wird. Der bisher meistverregenete August liegt 24 Jahre zurück: Damals goß es vom 1. bis einschließlich 21. Dieser Rekord dürfte morgen eingestellt werden. Schwacher Trost vom Meteorologischen Amt in London: „Bis jetzt hat es noch nie einen Monat gegeben, in dem jeden einzelnen Tag Niederschlag fiel – nicht einmal im Winter."

Der Engländerin Mary Armstrong, die am Dienstag ihren 100. Geburtstag feierte, reicht es. Sie war im Dezember nach 65 Jahren aus Kalifornien zurückgekehrt, um ihren Lebensabend in der englischen Heimat zu beschließen. Jetzt läßt sie sich eine kleine Wohnung in Los Angeles herrichten und will so bald wie möglich zurück an die amerikanische Westküste. „Ich kann das britische Wetter einfach nicht ertragen", sagte sie, als sie ein Glückwunschtelegramm von der Queen las. „Meine Rückkehr war ein großer Fehler. Bis zu meinem 79. Lebensjahr war ich nicht einen einzigen Tag krank. Seit ich wieder in England bin, bin ich keinen einzigen Tag mehr gesund gewesen. Daran ist das Wetter schuld." (SAD)

*

Die schweren Waldbrände in weiten Teilen Südeuropas waren gestern weitgehend unter Kontrolle oder bereits gelöscht. Auf der griechischen Insel Thassos in der nordöstlichen Ägäis breiteten sie sich dagegen trotz des Einsatzes mehrerer tausend Soldaten und Feuerwehrleute sowie von fünf Löschflugzeugen weiter aus. Seit Beginn der Waldbrände am vergangenen Mittwoch haben nach Zählungen der Hafenpolizei mehr als 42 000 Touristen die Insel verlassen. Aus Portugal und Spanien wurden keine nennenswerten Feuer gemeldet.

LEUTE HEUTE

Gelobt

Zum ersten Mal ist eine westeuropäische Schauspielerin von einem sowjetischen Kritiker in den höchsten Tönen gelobt worden. In der jüngsten Ausgabe von „Iskustwo Kino" schrieb **Georgi Bogemski**, daß **Ornella Muti** (31) für ihn die „Schauspielerin des Jahrhunderts" sei, weil sie die Emanzipation der Frau repräsentiere, ohne männerfeindlich zu sein.

Geliebt

Große Sorgen hatten sich **Romina Power** und Ehemann **Al Bano** um ihre 15jährige Tochter **Ylenia** gemacht. Das Mädchen hatte in New York etwas reichlich das „Highlife" genossen. Als es jetzt hörte, daß die Mutter ein drittes Kind erwartet, kehrte es nach Italien zurück.

Geschwächt

Die „schwere Erkrankung", mit der die griechische Großreederin **Christina Onassis** nach der Tauffeier ihrer Tochter **Athina** zusammengebrochen ist, dürfte ein Kreislaufkollaps gewesen sein. Ein Mitglied des Personals: „Sie aß und trank drauflos, bis ihr übel wurde. Ihr Mann versuchte vergeblich, sie zu bremsen."

Facharbeiter in Uniform

Bundeswehr leistet Entwicklungshilfe in Schwarzafrika

RÜDIGER MONIAC, Bonn

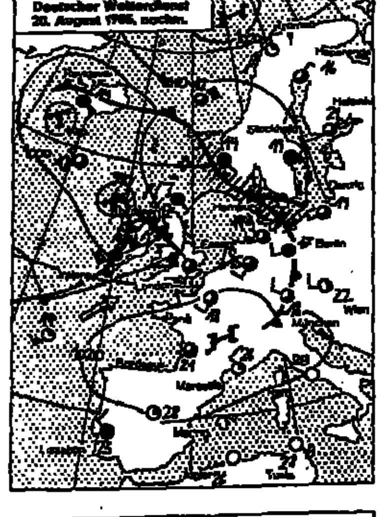
Fast ein ganzes Jahr hat die deutsche Luftwaffe mit dem Einsatz von Transportflugzeugen in Äthiopien und Sudan bei der Verteilung von Lebensmitteln den Hungernden in den Dürregebieten geholfen. Wegen der inzwischen einsetzenden Regenzeit müssen die Flugzeuge vom Typ „Transall" mit Besatzungen und Wartungspersonal zum Monatsende aus Afrika zurückbeordert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Peter Kurt Würzbach gab gestern einen Überblick über die Hilfe die Bundeswehr, die nicht nur in den afrikanischen Hungergebieten, sondern teilweise schon seit zwanzig Jahren auf dem ganzen Kontinent geleistet wird.

Angefangen wurde damit 1965 in Somalia. Inzwischen sind rund 50 Soldaten der Bundeswehr in neun Beratergruppen in Burkina Faso, Dschibuti, Mali, Niger, Ruanda, Somalia, Sudan, Togo und Zaire beschäftigt. Mit den Regierungen von Tunesien und Kenia ist vereinbart, daß in diesen Ländern zum Jahreswechsel zwei weitere Gruppen ihr Tätigkeit beginnen. Würzbach zufolge kommen die Soldaten als „Friedens- und Facharbeiter in Uniform" für ihre afrikanische Entwicklungshilfe aus den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Sanitäts- und Fernmeldewesen sowie der Kraftfahrzeugbranche. In Ruanda zum Beispiel leitet ein Hauptfeldwebel die Ausbildung von Lehrlingen zum Automechaniker. Im Sudan wird mit deutscher Unterstützung ein ganzes Ausbildungszentrum für 300 Handwerkerlehrlinge betrieben. Im Senegal soll mit Hilfe von Soldaten der 10. Panzerdivision in Sigmaringen, die ihren Urlaub auf diese Weise nutzen, und eines Fördervereins in Spaichingen ein Kinderkrankenhaus errichtet werden; dessen Ausstattung von der Bundeswehr kommt.

Diese Art von Ausstattungshilfe rein ziviler Natur, die das Ziel hat, in Entwicklungsländern „Hilfe zur Selbsthilfe" zu organisieren, wird von Bonn über Afrika hinaus in insgesamt 24 Ländern geleistet. In diesem und den nächsten zwei Jahren sind dafür von allen Fraktionen des Bundestages 165 Millionen Mark bewilligt worden. Würzbach sagte, die Soldaten gälten dort als „praktisch handelnde Botschafter".

WETTER: Süden warm und sonnig

Wetterlage: Ausläufer eines von Irland zum Nordmeer ziehenden Tiefs greifen auf den Norden und die Mitte Deutschlands über. Der Süden verbleibt in sehr warmer Mittelmeerluft.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. Sprühregen. ● Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Mittwoch:

Norden und Mitte: Teils aufgelockerte, teils starke Bewölkung und zeitweise schauerartiger Regen. Temperaturen zwischen 20 Grad an der Küste und 25 Grad im Rhein-Maingebiet. Süddeutschland: Sonnig und sehr warm mit Temperaturen bei 29 Grad. Zum Abend Bewölkungszunahme und nachts einzelne gewittrige Schauer.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit Schauern, örtlich auch Gewittern, mäßig warm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	33°
Bonn	18°	Kopenh.	19°
Dresden	18°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	18°
Frankfurt	19°	Madrid	28°
Hamburg	19°	Mailand	26°
List/Sylt	17°	Mallorca	30°
München	18°	Moskau	26°
Stuttgart	18°	Nizza	27°
Algier	26°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	29°	Prag	18°
Barcelona	28°	Rom	28°
Brüssel	17°	Stockholm	19°
Budapest	24°	Tel Aviv	30°
Bukarest	26°	Tunis	28°
Helsinki	21°	Wien	22°
Istanbul	27°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.18 Uhr, Untergang: 20.30 Uhr; **Mondaufgang:** 14.10 Uhr, Untergang: 22.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Duesenberg – wie ein Automobil zur Legende wurde

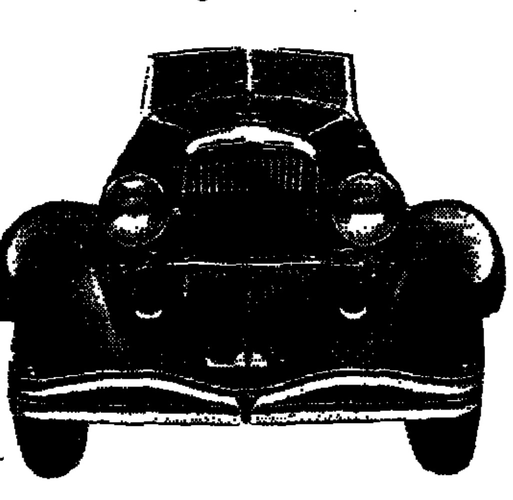
Von RUDOLF ZEWELL

Hollywoods Herzensbrecher Clark Gable entschied sich wie Kollege Gary Cooper für eine Sonderanfertigung, den Speedster SJ, König Alfons XIII. von Spanien und Multimillionär W. R. Hearst ließen sich in einem Modell J-Sedan chauffieren. Eines einte sie: Sie fuhren einen Wagen, der Anfang der 20er Jahre angetreten war, alle anderen Konkurrenten auf der Straße an Klasse, Schnelligkeit und Langlebigkeit zu übertrumpfen – einen Duesenberg.

Zumindest letzteres scheint den Konstrukteuren dieses legendären amerikanischen Wagens gelungen zu sein. Von 470 gebauten Exemplaren des Typs J sind nicht weniger als 300 auf unsere Tage gekommen. In Los Angeles ist jetzt ein Exemplar aus dem Jahre 1929 für umgerechnet eine Million Mark versteigert worden. Das Luxusgefährt aus Zeiten der automobilen Nonkonformität stammt aus dem Fundus der Gesellschaft „Pacific Auto Rental and Movie World Museum" und war bereits in dem Film „Gable and Lombard" zu bestaunen.

Die beiden Brüder Fred und August Duesenberg waren Söhne eines deutschen Einwanderers aus Lippe, der sich in den achtziger Jahren in Rockford, Iowa, niedergelassen hatte. Fred versuchte es anfangs mit Fahrrädern, begann aber bald an Hochleistungsmotoren zu basteln. 1919 – die Brüder waren mittlerweile nach New Jersey umgezogen – brachten sie den ersten Wagen unter ihrem Namen auf den Markt – das Modell A, vermutlich der erste serienmäßig hergestellte Achtzylinder-Reihenmotor der Welt mit 4,3 Litern und einer Leistung von 88 PS. Der Duesenberg A war alles andere als ein Erfolg. Etwa 500 bis 600 Wagen dieses Typs wurden verkauft. 1926 übernahm E. L. Cord die Leitung bei Duesenberg.

Unter Cord wurde nun in Indianapolis jenes Modell entwickelt, das den Namen Duesenberg (der Name wird mit „u" gesprochen) weltberühmt machen sollte: der „J". Der Aufsehen erregende Wagen wurde 1928 erstmals auf dem New Yorker Salon der Importeure gezeigt. Gewiß, er besaß keine Merkmale, die nicht auch andere Luxuskarossen aufzuweisen hatten, aber ihre Kombination verblüffte die Kenner. Sein 6,9-Liter-Achtzylinder-Reihenmotor war mit zwei obenliegenden Nokkenwellen ausgestattet. Seine Leistung wurde mit 265 PS angegeben, was vermutlich etwas übertrieben war.



Der mächtigste von allen: Beim Duesenberg SJ trieb ein Kompressor die Leistung auf 320 PS hoch

Berichte aus der Zeit nennen eine Spitzengeschwindigkeit des Duesenberg J von 186 Stundenkilometern. Der Wagen verfügte bereits über eine elektrische Benzinpumpe, die den Sprit aus dem hinten liegenden 100-Liter-Tank in den Doppelvergaser holte. Das Dreigang-Getriebe war mit dem Motor verbunden. Eine Eigenentwicklung von Duesenberg waren die hydraulischen Bremsen, die besten, die es damals gab.

Die Werbung für den Wagen unterstrich das Selbstbewußtsein der Hersteller. Pflegte etwa Rolls Royce den Hinweis „The best car in the world", so hieß es bei den Duesenbergs unter einem Prominentenfoto bloß: „Er (oder sie) fährt einen Duesenberg". Das reichte. Für den J gab es eine endlose Anzahl von Karosserie-Aufbauten, etwa der elegante Convertible Roadster von Murphy. Etwa 50 Duesenberg erhielten in Europa ihre Karosserie. Ein kompletter Wagen kostete von 13 500 Dollar aufwärts.

Merkwürdig nur, welche absonderliche Austattung manche Kunden einem solch rassigen Fahrzeug verpassen ließen. So bestellte eine Kundin für ihren Duesenberg handgesticktes Seideninterieur und ein Schränklein mit Kosmetik-Sortiment.

ZU GUTER LETZT

„Jetzt bin ich auch tot, aber das sieht noch einigermaßen gut aus." Michael Groß in der ARD-Sportschau zu seinem 200-Meter-Delphin-Weltrekord.